

Stenographischer Bericht

38. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

II. Periode — 22. Dezember 1952.

Personalien:

Entschuldigt sind Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Franz Thoma und Abg. Dr. Amschl (760).

Auflagen:

Abänderungs-, Beschluß- und Bedeckungsanträge des Finanzausschusses, Beilage Nr. 96;

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 94, Gesetz, betreffend die Regelung des Dienstverhältnisses und der Bezüge der vom Land Steiermark bestellten Distriktsärzte;

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 95, Gesetz, betreffend die Regelung des Dienstverhältnisses und der Bezüge der vom Land Steiermark bestellten Distrikttierärzte (früher Landesbezirkstierärzte);

Regierungsvorlagen, Einl.-Zln. 298 und 299, betreffend Bewilligung von außerordentlichen Versorgungsgenüssen an ehemalige Bedienstete des Landes Steiermark bzw. an deren Hinterbliebene, an verdiente steirische Künstler und Dichter sowie an Personen, die sich um die steirische Volkskunde und Heimatpflege besonders verdient gemacht haben, bzw. an Hinterbliebene nach solchen Personen (760).

Zuweisungen:

Beilagen Nr. 94, 95, 96 und Einl.-Zl. 298 und 299 dem Finanzausschuß (760).

Anträge:

Antrag der Abg. Sophie Wolf, Peter Hirsch, Josef Hegenbarth und Richard Schlacher, betreffend die Errichtung einer hauswirtschaftlichen Kommission beim Amt der Steierm. Landesregierung;

Antrag der Abg. Hegenbarth, Wallner, Hirsch und Sophie Wolf, betreffend Regelung der Feiertagsfrage,

Antrag der Abg. Wallner, Hegenbarth, Stöffler und Sophie Wolf, betreffend Maßnahmen zur Bekämpfung der Verwahrlosung der pflichtschulentlassenen Jugend (760).

Verhandlungen:

1. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 93, Gesetz über den Landesvoranschlag und die Landesumlage für das Jahr 1953 sowie die Abänderungs-, Beschluß- und Bedeckungsanträge des Finanzausschusses hiezu, Beilage Nr. 96.

Generaldebatte:

Hauptberichterstatter Abg. Hofmann (761).

Redner: LR. DDDr. Illig (761), Abg. Dr. Speck (767), Abg. Strohmayer (777), Abg. Scheer (778), Abg. Pölzl (780), Abg. Stöffler (785), Abg. Dr. Kaan (787), Abg. Kandutsch (790), Abg. Smolana (798), Abg. Pölzl (799), LR. Prirsch (801), Abg. Ebner (804), LR. Horvatek (804), LH. Krainer (809), Abg. Pölzl (809).

Spezialdebatte:

Gruppe 0:

Berichterstatter: Abg. Dr. Allitsch (811).

Redner: Abg. Stöffler (811), Abg. Hegenbarth (811), Abg. Wegart (812), LR. Dr. E'snitz (812), Abg. Pölzl (813).

Annahme des Antrages (814).

Gruppe 1.

Berichterstatter: Abg. Dr. Allitsch (814).

Annahme des Antrages (814).

Gruppe 2.

Berichterstatter: Abg. Dr. Kaan (814).

Redner: Abg. Afritsch (814), Abg. Sophie Wolf (816), Abg. Schlacher (817), Abg. Lackner (818), LR. DDDr. Illig (818), Abg. Sebastian (818), LH. Krainer (819).

Annahme des Antrages (820).

Gruppe 3.

Berichterstatter: Abg. Hegenbarth (820).

Annahme des Antrages (820).

Gruppe 4.

Berichterstatter: Abg. Sebastian (820).

Redner: Abg. Schlacher (821), LR. Maria Matzner (822), Abg. Stöffler (825), Berichterstatter Abg. Sebastian (826).

Annahme des Antrages (826).

Gruppe 5.

Berichterstatter: Abg. Afritsch (826).

Redner: 1. Landeshauptmannstellv. Dr. h. c. Machold (826), Abg. Scheer (830), Abg. Stöffler (831), Abg. Sebastian (833), Abg. Dr. Speck (835).

Annahme des Antrages (836).

Gruppe 6.

Berichterstatter: Abg. Stöffler (836).

Redner: Landeshauptmannstellv. Dipl. Ing. Udier (836), Abg. Praßl (839), LR. Prirsch (839), Abg. Dr. Kaan (842), Abg. Ertl (842), Abg. Thaller (842), Abg. Lackner (842), LR. Horvatek (843), Abg. Schabes (843), LR. Dr. E'snitz (844), Landeshauptmannstellv. Dipl. Ing. Udier (845), LR. Prirsch (845).

Annahme des Antrages (846).

Gruppe 7.

Berichterstatter: Abg. Ertl (846).

Redner: Abg. Wallner (847), Abg. Pötz (849), Abg. Praßl (850), Abg. Dr. Kaan (851), Abg. Ebner (852), Abg. Hegenbarth (853), Abg. Edlinger (855), Abg. Egger (857), Abg. Koller (858), Abg. Dr. Speck (859), Abg. Pölzl (860), Abg. Weinhandl (862), Abg. Wallner (862), Abg. Stiboller (864), LR. Prirsch (864), Abg. Stöffler (867), Abg. Ebner (868).

Annahme des Antrages (868).

Gruppe 8.

Berichterstatter: Abg. Wurm (869).

Annahme des Antrages (869).

Gruppe 9.

Berichterstatter: Abg. Dr. Speck (869).

Annahme des Antrages (869).

Außerordentlicher Voranschlag:

Berichterstatter: Abg. Stöffler (869).

Redner: Abg. Dr. Kaan (869), LR. Horvatek (870), Abg. Dr. Kaan (870), Abg. Pölzl (870).

Annahme des Antrages (870).

Sondervoranschläge:

Berichterstatter: Abg. Stöffler (870).

Annahme des Antrages (871).

Dienstpostenplan:

Berichterstatter: Abg. Dr. Allitsch (871).

Annahme des Antrages (871).

Beschlußanträge zum Landesvoranschlag 1953, Beilage Nr. 96.

Berichterstatter: Abg. Hofmann (871).

Annahme des Antrages (871).

Verlesung der während der Debatte gestellten Anträge:

Antrag der Abg. Schlacher, Stöffler, Dr. Kaan und Wegart, betreffend die Aufhebung der Beschlagnahme von Wohnungen österreichischer Staatsbürger (872).

Antrag der Abg. Dr. Kaan, Stöffler, Hegenbarth, Wegart und Dr. Allitsch, betreffend den Erwerb von Eigentumswohnungen durch Mieter in Mietwohnhäusern des Landes (872).

Antrag der Abg. Dr. Kaan, Stöffler, Hegenbarth, Wegart und Dr. Allitsch, betreffend die Bildung eines Kreditfonds zwecks Erwerbung von Eigentumswohnungen durch Landesbeamte (872).

Hauptberichterstätter Abg. Hofmann: Antrag auf Annahme des Gesetzes über den Landesvoranschlag und die Landesumlage für das Jahr 1953, Beilage Nr. 93, mit den sich aus der Beilage Nr. 96 ergebenden Abänderungen (872).

Annahme des Antrages (872).

2. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 295, betreffend die Erwerbung der im Eigentum der Frau Dr. Hilde Morari, Graz, Klosterwiesgasse Nr. 23, stehenden Murbrücke in Stübing durch das Land Steiermark mit einem Ablösebetrag von 180.000 S bei gleichzeitiger Übernahme dieser Brücke als Bestandteil der Landesstraße Friesach—Stübing in die Landesstraßenverwaltung.

Berichterstätter: Abg. Peterka (872).

Annahme des Antrages (873).

Beginn der Sitzung: 9 Uhr 20 Minuten.

Präsident Wallner: Hoher Landtag! Ich eröffnet die 38. Sitzung des Steiermärkischen Landtages und begrüße alle Erschienenen.

Entschuldigt sind: Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Franz Thoma und Abgeordneter Dr. Amschl.

Nach der allen Abgeordneten bekanntgegebenen Tagesordnung werden wir uns zunächst mit der Regierungsvorlage, Beilage Nr. 93, Gesetz über den Landesvoranschlag und die Landesumlage für das Jahr 1953 befassen. Zu dieser Gesetzesvorlage hat der Finanzausschuß die in der Beilage Nr. 96 enthaltenen Abänderungs-, Beschluß- und Bedeckungsanträge gestellt. Diese Beilage liegt auf und wird bei Abstandnahme von der 24stündigen Auflagefrist gleichfalls Gegenstand der heutigen Beratungen bilden.

Nach der Verabschiedung des Budgets werden wir noch die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 295, betreffend die Erwerbung der im Eigentum der Frau Dr. Hilde Morari in Graz stehenden Murbrücke in Stübing durch das Land Steiermark behandeln.

Ich nehme die Zustimmung zu dieser Tagesordnung an, wenn kein Einwand erhoben wird. Ein Einwand wird nicht erhoben, die Tagesordnung ist daher gebilligt.

Aufgelegt sind außer den Abänderungs-, Beschluß- und Bedeckungsanträgen des Finanzausschusses, Beilage Nr. 96,

die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 94, Gesetz, betreffend die Regelung des Dienstverhältnisses und der Bezüge der vom Land Steiermark bestellten Distriktsärzte,

die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 95, Gesetz, betreffend die Regelung des Dienstverhältnisses und der Bezüge der vom Land Steiermark bestellten Distriktstierärzte (früher Landesbezirks-tierärzte),

die Regierungsvorlagen, Einl.-Zl. 298 und Einl.-Zl. 299, betreffend Bewilligung von außerordentlichen Versorgungsgenüssen an ehemalige Bedienstete des Landes Steiermark bzw. an deren Hinterbliebene, an verdiente steirische Künstler und Dichter sowie an Personen, die sich um die steirische Volkskunde und Heimatpflege besonders verdient gemacht haben, bzw. an Hinterbliebene nach solchen Personen.

Unter der Voraussetzung, daß kein Einwand vorgebracht wird, werde ich die Zuweisung der vorerwähnten Geschäftsstücke vornehmen. Ein Einwand wird nicht erhoben. Ich weise alle vorerwähnten Regierungsvorlagen dem Finanzausschuß zu. Wird gegen diese Zuweisung irgend etwas vorgebracht? Nachdem dies nicht der Fall ist, verbleibt es bei der von mir vorgenommenen Zuweisung.

Eingebracht wurden folgende Anträge:

ein Antrag der Abg. Frau Sophie Wolf, Peter Hirsch, Josef Hegenbarth und Richard Schlacher, betreffend die Errichtung einer hauswirtschaftlichen Kommission beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung,

ein Antrag der Abg. Hegenbarth, Wallner, Hirsch und Frau Sophie Wolf, betreffend Regelung der Feiertagsfrage,

ein Antrag der Abg. Wallner, Hegenbarth, Stöffler und Frau Sophie Wolf, betreffend Maßnahmen zur Bekämpfung der Verwahrlosung der pflichtschulentlassenen Jugend.

Die eingebrachten Anträge, die ordnungsgemäß unterstützt sind, werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Ich darf weiters berichten, daß der vom Landtag dem Gemeinde- und Verfassungsausschuß gegebene Termin zur Berichterstattung über die Gemeindebeamten-Dienstordnung abgelaufen ist. Die Obmännerkonferenz der Parteien bringt durch mich den Antrag, dem Gemeinde- und Verfassungsausschuß die Frist bis 20. Jänner 1953 zu erstrecken. Ich bringe diesen Antrag zur Abstimmung und ersuche jene Abgeordneten, die dafür sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Wir gehen zur Tagesordnung über.

1. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 93, Gesetz über den Landesvoranschlag und die Landesumlage für das Jahr 1953 sowie über die Abänderungs-, Beschluß- und Bedeckungsanträge des Finanzausschusses zu dieser Regierungsvorlage, Beilage Nr. 96.

Hauptberichterstätter ist Abg. Hofmann.

Es wird zweckmäßig sein, die Verhandlungen wie in den vergangenen Jahren in eine General-

debatte und in eine Spezialdebatte zu teilen. Ich frage den Hauptberichterstatter, ob er einen diesbezüglichen Antrag stellt.

Abg. Hofmann: Ich stelle den Antrag, zuerst eine Generaldebatte und dann eine Spezialdebatte durchzuführen.

Präsident: Sie haben den Antrag des Hauptberichterstatters gehört. Ich ersuche die Abgeordneten, die mit seinem Antrag einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschicht). Der Antrag ist angenommen. Ich erteile dem Hauptberichterstatter das Wort.

Hauptberichterstatter Abg. Hofmann: Hohes Haus! Ich habe den Voranschlag 1953 im Auftrag des Finanz- und Budgetausschusses einzubegleiten. Es ist das wichtigste Recht des Landtages, die finanziellen Voraussetzungen zu bestimmen, unter denen die Verwaltung des Landes im nächstfolgenden Jahr geführt werden soll.

Der Finanzausgleich für das Jahr 1953 sieht vor, daß das Land Steiermark ein erhöhtes Notopfer, nämlich 32,335.000 S gegenüber 22,028.000 S im Jahre 1952, also um 10,307.000 S mehr zu tragen hat. Hiezu kommen noch über 8 Millionen Schilling geringere Ertragsanteile an gemeinschaftlichen Bundesabgaben, weniger Landesumlage um 2 Millionen Schilling usw., so daß schon bei Erstellung des Budgets 1953 mit etwa 27 Millionen Schilling Mindereinnahmen gerechnet werden mußte. Daher ist auch das ordentliche Erfordernis 1953 gegenüber 1952 von 581 Millionen Schilling auf 555½ Millionen Schilling verringert. Konnten im außerordentlichen Landesvoranschlag 1952 von fast 82 Millionen Schilling zirka 34 Millionen Schilling bedeckt werden, so ist im Jahre 1953 der außerordentliche Landesvoranschlag von zirka 91 Millionen Schilling bloß mit 4¼ Millionen Schilling bedeckt. Die Mindereinnahmen von 1953 gegenüber 1952 bewirken, daß in den einzelnen Gruppen des ordentlichen Landesvoranschlages gegenüber 1952 Kürzungen vorgenommen werden mußten.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat sich in tagelangen Sitzungen, oft bis spät nachts, mit dem Voranschlag beschäftigt und vorerst die Wünsche und Forderungen aller Parteien und Abgeordneten zur Kenntnis genommen. Während der Verhandlungen des Finanzausschusses ist es einmal zu einer nicht vorgesehenen Unterbrechung gekommen. Die Ursache lag in Streichungs-Anträgen beim Kapitel „Schloß Eggenberg“, die der zuständige Referent der Landesregierung als ungerecht und — wie dann festgestellt wurde — zu Unrecht als gegen sich persönlich gerichtet betrachtete. Durch Besprechungen zwischen Herrn Landeshauptmann Krainer und Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dr. h. c. Machold sind die Verhandlungen im Finanzausschuß bald wieder in Fluß gekommen. Nach Durchberatung der gesamten Vorlage wurden die Beratungen im Finanzausschuß unterbrochen, um den Parteien Gelegen-

heit zu geben, zu den gestellten Erhöhungs- und Streichungsanträgen Stellung zu nehmen. In seiner letzten Sitzung am Donnerstag, dem 18. Dezember, wurde die Vorlage dann aufeinander abgestuft und dann einstimmig angenommen und beschlossen, den Voranschlag 1953 dem Hohen Landtag vorzulegen, und zwar einen ausgeglichenen Voranschlag in der ordentlichen Gebarung.

Im Ergänzungsheft, das Sie in Ihren Händen haben, sehen Sie, daß der ordentliche Voranschlag 1953 mit 555,557.300 S ausgeglichen ist in den Einnahmen und Ausgaben. Der außerordentliche Landesvoranschlag 1953 ist natürlich nicht voll bedeckt. Es ist das Wesen der außerordentlichen Gebarung, daß sie primär eine Zusammenstellung der Wünsche für kommende Jahre ist. Er umfaßt eine Ausgaben-summe von 91,178.000 S, wovon bloß 4,686.800 S bedeckt sind.

Bequemer wäre es gewesen, mit Rücksicht auf die kommenden Wahlen am 22. Februar 1953 ein Budgetprovisorium zu beschließen. Die im Finanz- und Budgetausschuß des Landtages vertretenen politischen Parteien waren aber der Meinung, daß es eine Verpflichtung gegenüber der steirischen Bevölkerung ist, trotzdem den Landesvoranschlag zu verabschieden, in der Erwägung, daß bei der relativ hohen Arbeitslosigkeit nur ein beschlossener Landesvoranschlag 1953 die Voraussetzung schafft, rechtzeitig mit Hoch- und Tiefbauten, mit Straßenherstellungen u. dgl. zu beginnen. Der Voranschlag 1953 wird wie in den vergangenen Jahren die Möglichkeit bieten, die Verwaltung des Landes ordentlich und korrekt zu führen. Er wird Tausenden Arbeit und Brot geben, allen Sparten unserer Wirtschaft, Landwirtschaft, Gewerbe, Industrie, Handel, Kunst, Wissenschaft und Fremdenverkehr ihre Aufgaben erleichtern und damit dem Wohle der steirischen Bevölkerung dienen.

Ich bitte daher das Hohe Haus, in diesem Sinne an die Beratung des Voranschlages 1953 heranzutreten.

Landesrat DDDr. Illig: Hoher Landtag! Die Verabschiedung eines Voranschlages einer so bedeutenden Gebietskörperschaft, wie sie das Land Steiermark ist, ist zu allen Zeiten eine verantwortungsvolle schwierige und große Aufgabe. Als wir zu Ende des vorigen Jahres an diese Aufgabe herantraten, da hatten wir ein Jahr hinter uns, das vielleicht seit dem Beginn der 2. Republik die schwerste Belastungsprobe für die Innenpolitik und für die Wirtschaft unseres Staates mit sich gebracht hatte, ausgelöst durch die kommunistische Aggression in Korea, die natürlich ihre Rückwirkungen auf die ganze Erde und damit auch auf Österreich hatte vor allem dadurch, daß ein empfindlicher Mangel an Rohstoffen eintrat und eine Verteuerung der Rohstoffe, was für Österreich, ein so sehr auf den Rohstoffimport angewiesenes Land, schwere Rückwirkungen haben mußte. Die Folge davon war das bekannte 5. Lohn- und Preisabkommen, das den bisherigen Gipfelpunkt der Lohn- und

Preisspirale darstellte und nun gebieterisch erkennen ließ, daß eine Fortsetzung dieses Weges inflatorische Gefahren heraufbeschwören muß. Damit soll allerdings, Hohes Haus, über den bis dorthin gegangenen Weg kein Urteil der Verdammung oder auch nur der Verneinung ausgesprochen werden. Dieser Weg bis zu dem 5. Lohn- und Preisabkommen war gleichwohl auch richtig, wenn er auch opfervoll und schmerzlich war. Die Opfer, die alle Kreise der Bevölkerung dabei gebracht haben nicht nur bei diesem 5., sondern auch bei den vier vorhergegangenen Lohn- und Preisabkommen, waren der Preis dafür, das unser Staat in Ruhe und Ordnung wieder aufgebaut werden konnte, daß er von einem unabsehbaren Chaos bewahrt blieb. Einmal allerdings mußte einer weiteren Entwicklung in dieser Richtung, einer weiteren Aufblähung der öffentlichen Haushalte und des Geldumlaufes gebieterisch entgegengetreten werden, da es ohne Zweifel ist, daß weitere Lohn- und Preisabkommen unsere Währung und ihre internationale Geltung erschüttert hätten, zumal da die Herabsetzung der Marshallplanhilfe auf fast die Hälfte innerhalb eines einzigen Jahres ebenso deutlich erkennen ließ, daß wir uns einmal darüber klar werden müssen, daß unser Staat auf eigenen Füßen stehen und sich selbst erhalten muß.

Die Auswirkung dieser Erkenntnis und ihr Niederschlag in einer unvermeidlichen Reform der öffentlichen Haushalte ist das eine Moment, das unserer heurigen Arbeit am Landesvoranschlag eine besondere Note gibt und besondere Schwierigkeiten zu lösen gab, die aber gelöst werden mußten. Das zweite Moment aber, das unserer heurigen Beratung eine besondere Note gab, war natürlich die politische Krise, die als Begleiterscheinung dieser wirtschaftlichen Umstellung einherging. Die Tatsache, daß diese vorliegenden Budgetverhandlungen nur acht Wochen vor den Wahlen zum Nationalrat und zum Landtag liegen und dieses zweite Moment warfen die Frage auf: Budgetprovisorium oder ordentliches Budget? Dazu muß etwas gesagt werden, denn für beide Lösungen gibt es gewichtige Für und Wider, oder sagen wir richtiger, gab es gewichtige Für und Wider. Für das Budgetprovisorium sprach, abgesehen vom Beispiel des Bundes und mehrerer Landtage, die auch ein Budgetprovisorium beschlossen haben, die Erwägung, daß es vielleicht nicht unbedenklich ist, die öffentliche Beratung über ein so bedeutendes Operat, wie es der Landesvoranschlag ist mit seinen unzähligen Verflechtungen mit der Wirtschaft und dem Leben der Bevölkerung, unter die Auspizien eines heraufziehenden Wahlkampfes zu stellen. Die Gefahr, daß die Optik und das Bestreben, der Wählerschaft um jeden Preis angenehm zu erscheinen, die Sachlichkeit beeinträchtigen und die Landesinteressen schädigen könnten, war nicht von der Hand zu weisen. Diese Befürchtungen, die besonders in unserer österreichischen Volkspartei herrschten, waren nicht ganz unbegründet, wie denn gewisse Vorgänge anlässlich der

Vorberatung in der Landesregierung und im Finanzausschuß gezeigt haben. Die ÖVP hat jedoch das Risiko einer normalen Budgeterledigung auf sich genommen, weil ihr natürlich der Vorteil für das Land, für seine Wirtschaft und die Bevölkerung höher steht als andere Erwägungen, höher sogar als die Erwägung, um der Sachlichkeit und der gerechten Sache willen den einen oder anderen Wähler zu verlieren. Die sachlichen Vorteile liegen zweifellos auf Seite der Verabschiedung eines ordentlichen Haushaltes, weil nur dieser ordentliche Haushalt mit seiner Neuplanung den neuen aktuellen Bedürfnissen der Bevölkerung und der Wirtschaft gerecht werden kann und weil nur eine rechtzeitige Verabschiedung eines ordentlichen Haushaltes auch den rechtzeitigen Anlauf der produktionsfördernden Tätigkeit der öffentlichen Hand zu gewährleisten vermag. So haben wir uns denn mit dem Willen zur Sachlichkeit und, dieselbe Sachlichkeit bei den anderen in der Regierung vertretenen Parteien voraussetzend, dazu entschlossen, an die Behandlung eines ordentlichen Budgets heranzugehen und der Finanzausschuß hat in verhältnismäßig kurzer Zeit sein Pensum erledigt.

Die Tatsache der Verabschiedung eines ordentlichen Budgets im Steiermärkischen Landtag ist allerdings mit einer gewissen politischen Pikanterie verbunden, an der man nicht ganz vorübergehen kann. Unser Finanzreferent, der Herr Landesrat Horvatek der Sozialistischen Partei, hat nämlich seinem Budget die Steuereinnahmen des Bundes zugrundegelegt, die im Bund gar nicht präliminiert worden sind, weil ja ein Bundesbudget nicht zustandegekommen ist, sondern nur ein fünfmonatliches Budgetprovisorium, das, wie jedes Provisorium, die Ergebnisse des abgelaufenen Jahres zugrundelegt. Der Finanzreferent hat jene Ansätze an Steuereinnahmen der gemeinschaftlichen Abgaben seinem Budget zugrundegelegt, die im Bundesbudget des Herrn Finanzministers Dr. Kamitz gestanden wären, betone ich, wenn dieses Budget Dr. Kamitz angenommen worden wäre. Aber das Budget Kamitz ist bekanntlich gar nicht in das Parlament eingebracht worden, weil es schon in der Bundesregierung von den Sozialisten abgelehnt wurde und es ist noch in Erinnerung, daß ja wegen dieses Budgets als letztem Anlaß die Regierungskrise auf der Bundesebene entstanden ist. Hier in Steiermark nehmen aber die Sozialisten, indem sie die Ansätze des nicht verabschiedeten Budgets Kamitz ihrem Budget zugrunde legen, gewissermaßen dieses ungeborene Bundesbudget stillschweigend zur Kenntnis. Wenn dies ein Ansatz zu besserer Einsicht ist, dann will ich dazu der Sozialistischen Partei meine herzlichste Gratulation aussprechen. Es ist übrigens, Hohes Haus, nicht das erstemal, daß der Stabilisierungspolitik unseres Finanzministers Dr. Kamitz von prominenter Seite aus den Reihen der SPÖ öffentlich Beifall gezollt wird. Erst kürzlich geschah dies durch einen für uns ganz gewiß unverdächtigen

Zeugen, durch den Finanzreferenten der Stadt Wien, den Herrn Stadtrat Resch, der diese Stabilisierungspolitik mit überzeugenden Worten zu rühmen verstand. (Landeshauptmann-Stellv. Dr. h. c. Machold: „Diese Stabilisierungspolitik nicht! Eine nur!“) Darf ich fortfahren. Hohes Haus! Das ordentliche Budget des Landes Steiermark weist mit den von der Regierung und vom Finanzausschuß vorgenommenen Änderungen je 555½ Millionen Schilling Einnahmen und Ausgaben aus. Es ist also ausgeglichen. Die Einnahmen sind jedoch — und das ist die am meisten in die Augen springende Änderung gegenüber den Einnahmen des Jahres 1952, die mit 581 Millionen Schilling präliminiert waren — um 25½ Millionen Schilling niedriger. Für die Ausgaben gilt natürlich das gleiche. Diese Mindereinnahmen von 25½ Millionen Schilling und noch weitere Mindereinnahmen, die jedoch durch andere Mindereinnahmen ausgeglichen sind, gehen ausschließlich auf das Konto des neuen, wieder nur auf ein Jahr paktierten Finanzausgleichs zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, da einerseits die Abgabenertragsanteile der Steiermark um über 8 Millionen Schilling sinken, wogegen unsere Abfuhr an den Bund unter dem Titel des Bundespräzipiums um 10,3 Millionen Schilling auf die sehr ansehnliche Summe von 32,3 Millionen Schilling ansteigt. Aus dem Kopfquotenausgleich erhalten wir um 7 Millionen Schilling weniger, die Landesumlage sinkt ebenfalls aus Gründen des Finanzausgleiches um 2 Millionen Schilling und die Bedarfszuweisungen sinken infolge des Rückganges der Gemeindeertragsanteile um 3 Millionen Schilling. Das alles macht zusammen 33,471.000 S aus, die wir aus dem Titel des Finanzausgleichs weniger erhalten. Ein Teil dieser Einbuße wird dadurch wettgemacht, daß die landesautonomen Abgaben steigen, so daß die Nettoeinbuße an Steuereinnahmen schließlich — wie früher bemerkt — sich auf 25½ Millionen Schilling reduziert. Die autonomen Landesabgaben bringen dagegen um 4½ Millionen Schilling mehr ein, sie steigen von 10,200.000 S auf 14,760.000 S, das ist um 44¼%. Dies ist eine höchst beachtliche Erscheinung neben der Senkung der Ertragsanteile um rund 6%, neben der Senkung des Kopfquotenausgleichs um 47% und neben der Senkung der Landesumlage um 6%.

Diese Erscheinung, Hoher Landtag, berechtigt uns zu der Feststellung, daß sich immer mehr und mehr zeigt, daß unsere seit 6 Jahren geübte Kritik an der verbundenen Steuerwirtschaft berechtigt war. Unser Finanzreferent hat sich immer als ein überzeugter Anhänger dieser verbundenen Steuerwirtschaft bekannt. Noch vor einigen Jahren hat er hier im Hause bekannt, daß er der eigenen Steuerhoheit des Landes keine Träne nachweint, daß er das System der Finanzzuweisungen von Seiten des Bundes, von denen das Land fast ausschließlich lebt, für praktisch und gerecht hält. Praktisch, da mag er sicher recht haben, man könnte sogar sagen, bequem und mit wenig Verantwortung für den

ganzen Landtag verbunden, da dieser nur für insgesamt 14 Millionen Schilling die Verantwortung zu übernehmen hat, während er sich für alle anderen Steuereingänge, für alle anderen Steuern, die von der Bevölkerung eingehoben werden, hinter dem breiten Buckel des Nationalrates verschanzen kann. Nun, Hohes Haus, in den Zeiten der inflatorischen, von Jahr zu Jahr steigenden Steuereinnahmen merkte man wenig von den Nachteilen dieses Systems. Jetzt aber beginnen sie schmerzhaft in Erscheinung zu treten. Der Finanzreferent des Landes muß nun auf zwei Seiten zugleich durch diese verbundene Steuerwirtschaft Haare lassen. Er bekommt um Millionen Schilling weniger Ertragsanteile und er muß andererseits um Millionen mehr an Bundespräzipium an den Bund abführen. (Landesrat Horvatek: „An Ihren Herrn ÖVP-Minister Dr. Kamitz!“) Wenn das Haare lassen so weitergeht, so befürchten wir, daß wir den Herrn Finanzreferenten in absehbarer Zeit mit einer ansehnlichen Glatze hier begrüßen müssen. Jedoch wir alle werden die Leidtragenden dieser Entwicklung sein.

Hohes Haus! Vergebens haben wir 6 Jahre lang gepredigt, das Land müsse sich auch auf seine eigenen Kraftquellen stützen und nicht alles Heil aus dem System einer sehr labilen Abgabenverteilung von oben erwarten. Denn nicht nur die finanzielle Seite der jetzigen Finanzverfassung hat für die Länder Nachteile, auch staatsrechtlich gesehen ist sie gefahrvoll. Denn der Verlust der eigenen Autonomie, Hohes Haus, ist nach unserer Auffassung auch der Verlust eines Teiles unserer Autonomie überhaupt und eine Schwächung des Föderalismus im Staate. Wenn man dazu in Betracht zieht, daß die Zentralstellen in Wien ohne Unterschied der Kategorie und der Parteiläufigkeit sich alle in dem Bestreben einig sind, die Selbständigkeit der Länder da und dort abzubauen, so kommt man zu dem Schluß, daß eine kalte Umwälzung eines wichtigen Teiles unserer österreichischen Verfassung im Gange ist, die ich als unheilvoll betrachte, weil sie dem österreichischen Volkscharakter widerspricht.

Der Föderalismus, die gewisse Selbständigkeit der Gesetzgebung und Verwaltung der Länder im Rahmen eines Gesamtstaates ist jene Verfassung und Verteilung der Gewalt im Staate, die ertümelich im Charakter des Österreicher begründet erscheint und ihm sozusagen auf den Leib geschrieben ist. Die Zentralstellen sind seit eh und je bestrebt, diesen Föderalismus durch offene oder versteckte Angriffe abzubauen und die SPÖ, die dogmatisch eine zentrale Lenkung und Bevormundung des Staatsbürgers befürwortet, unterstützt bewußt oder unbewußt diese Entwicklung. Die Gutheißung des Verschwindens der finanziellen Autonomie der Länder ist auch nichts anderes wie eine indirekte Unterstützung des Zentralismus, denn unsere Selbständigkeit wird durch die jetzige Verteilung der gemeinsamen Einkünfte der öffentlichen Abgaben von der finanzpolitischen Seite her unterhöhlt. Fassen wir diese 3 Erscheinungen zu-

sammen: Weniger gemeinsame Abgaben aus dem gemeinsamen Bundestopf, Mehrabgaben an das Bundespräzipuum, dagegen ein Aufschwung der autonomen eigenen Kraftquellen des Landes, diese drei nicht wegzuleugnenden Tatsachen haben unsere bisherige Haltung zu diesen Dingen gerechtfertigt.

Hohes Haus! Neben den Konsolidierungserscheinungen, die die Stabilisierung mit sich bringt, neben der politischen Krise waren es schließlich zwei weitere Hauptprobleme, die die Budgeterstellung im heurigen Jahr ungeheuer schwierig machten. Die Tatsache nämlich, daß das Land für zwei ganz verschiedene Aufgabengebiete riesige Summen von seinem Haushalt abspalten muß, die beide eigentlich, strenge genommen, gar nicht Landesaufgabe wären, aber dennoch erfüllt werden müssen. Es kommt dies daher, daß unsere Verfassung in ihren wesentlichen Teilen aus Zeiten stammt, in denen man von außergewöhnlichen Bedürfnissen einer Zeit nach einer Weltkatastrophe nichts wußte und daher eine Rücksichtnahme auf diese Bedürfnisse verfassungsmäßig nicht in Rechnung stellte. Es gilt dies einerseits für das riesige Problem der Wohnungsnot und andererseits für das Problem der Sicherstellung unserer Stromversorgung, das schon für die nächsten Jahre zu größten Bedenken Anlaß gibt. Beide Aufgaben sind keine verfassungsmäßigen Landesaufgaben und an beiden kann das Land dennoch unmöglich vorübergehen. Es zeigt sich eben, daß das Leben stärker ist als jede Verfassung und wenn die Verfassung gewöhnlich definiert wird als Verteilung der Machtverhältnisse im Staate, so muß man eben nüchtern feststellen, daß die Macht der Verhältnisse stärker ist, als die Machtverhältnisse. Via facti durch unabweisbare Notwendigkeiten und Bedürfnisse des Volkes müssen wir Aufgaben übernehmen, von denen sich die Verfasser unserer Verfassung nichts träumen lassen konnten.

Der Landes-Wohnungs- und Siedlungsfonds, von unserem Landesrate Pirrsch seinerzeit ins Leben gerufen, wurde mit jährlich steigenden Dotierungen bedacht und wird im Jahre 1953 30 Millionen Schilling erhalten gegenüber dem für 1952 präliminierten Betrag von 10½ Millionen Schilling. Es ist dies eine höchst beachtliche Anstrengung des Landes, beträgt diese Summe doch fast 10% der gesamten Steuereinnahmen des Landes an eigenen und vom Bunde überwiesenen Abgaben. Alle drei in der Regierung vertretenen Parteien haben dieser außerordentlichen Aufwendung zugestimmt und sie auch als außerordentlich anerkannt. Lediglich der kommunistischen Presse blieb es vorbehalten, sofort nach Bekanntwerden dieses Vorhabens auch diese große Anstrengung des Landes zu schmähen und herabzusetzen, wie eben von dieser Partei und Presse alles geschmäht und herabgesetzt wird, was in Österreich an Positivem geleistet wird. Durch diese 30 Millionen Schilling werden 80—90 Millionen Schilling Baukapital in Bewegung gesetzt, das ist eine Tatsache, die nicht ohne günstige Rückwirkung auf

die Linderung der Wohnungsnot und Belebung der Wirtschaft bleiben kann.

Das zweite große Problem, das im Rahmen des Budgets erörtert werden mußte, ist die Frage der Energieversorgung der Steiermark, eine Lebensfrage für ein Land der Industrie insbesondere deshalb, weil hier vor allem die Industrie ihren Sitz hat, die immer einer fein differenzierten Tarifpolitik für ihren Energieverbrauch bedürfen wird. Nun in dieser Frage der künftigen Sicherung der Energieversorgung des Landes herrschte keineswegs dieselbe Einmütigkeit unter den Parteien wie in der Wohnungsfrage, vielleicht weil diese Frage nicht so ohne weiteres so populär ist wie das Wohnungsproblem, sie ist aber nicht um ein Jota weniger wichtig, wenn auch ihre Auswirkungen zum Teil erst in der Zukunft gelegen sind. Die SPÖ setzte den Bemühungen der ÖVP und unseres Landeshauptmannes einen steifen, oft schwer verständlichen Widerstand entgegen. Vielleicht ist die SPÖ in dieser Frage wirklich anderer Meinung, vielleicht folgte sie einer höheren Ordre, wir wollen das hier nicht entscheiden. Und doch ist dieses Problem von so gebieterischer Eindringlichkeit, daß kein Steirer, ja kein Österreicher daran vorübergehen kann. Vom gesamtösterreichischen Standpunkt aus ist dazu folgendes zu sagen:

Österreich hat im Jahre 1951 5,229.500 t ausländische Steinkohle, Braunkohle und Koks importiert, 5,229.500 t! Die Schweiz, die überhaupt über keine eigene Kohlenbasis verfügt, importierte im gleichen Zeitraum 1,800.000 t, also ein Drittel ungefähr. Unsere Handels- und Zahlungsbilanz ist mit einem ungeheuren Devisenausgang für diese Kohlenimporte belastet, die schleunige volle Elektrifizierung unserer Wirtschaft ist daher ein Gebot der Selbsterhaltung.

In Steiermark aber sieht die Lage so aus, daß unsere Landes-Elektrizitätsgesellschaft, die Steweag, bereits im Jahre 1953 um 100 Millionen Schilling Fremdstrom nach Steiermark importieren muß. Im Jahre 1951 verbrauchte die Steiermark insgesamt 800 Millionen Kilowattstunden und importierte davon 150 Millionen, in fünf Jahren werden wir 400 Millionen Kilowattstunden importieren müssen und im Jahre 1960 werden es nach Ansicht der Fachleute bereits 600 Millionen Kilowattstunden sein. Bis dahin würde unsere Landes-Elektrizitätsgesellschaft von einer Produktionsgesellschaft zur Rolle eines bloßen Stromzwischenhändlers herabgesunken sein, wenn es nicht gelingt bis dahin, neue eigene Kraftquellen im Lande selbst zu erschließen. In diesem Jahr 1960 müßte die Landes-Elektrizitätsgesellschaft nach Ansicht der Fachleute für Fremdstrom soviel bezahlen, als heute die Erbauung des neuen Kraftwerkes Hiefrau kosten würde. Also in einem einzigen Jahre würde dann ein Geldaufwand notwendig sein, der heute genügen würde, um die erste Stufe der Ennskraftwerke bei Hiefrau zu erbauen. Die Einwendung, Hohes Haus, es könne unserer Wirtschaft und besonders auch unserer

Industrie gleichgültig sein, ob sie den Strom aus dem steirischen Netz oder aus dem Verbundnetz bezieht, da doch beide österreichische Kraftquellen seien, ist abwegig, weil dann, wenn die Entwicklung so ablaufen würde wie ich geschildert habe, der Verbundtarif für uns maßgebend wäre und dieser Verbundtarif könnte niemals auf die fein differenzierten Bedürfnisse gerade unserer Spezialindustrie, wie der Eisenverarbeitenden Industrie, der Zellstoffindustrie oder der Glasindustrie Rücksicht nehmen, wie es diese Industrien auf alle Fälle brauchen.

Diese Dinge sind ein Kernproblem der steirischen Wirtschaft, vielleicht überhaupt das Kernproblem und aus diesem Grund hat die österreichische Volkspartei mit Zähigkeit dafür gekämpft, daß der Bau des Kraftwerkes Hiefrau in Angriff genommen wird, während unser Koalitionspartner ein Zuwarten empfahl, bis die Sache auch oder nur von Wien aus ins Rollen gebracht würde. Zu dieser Lösung konnten wir uns aber nach den bisher gemachten Erfahrungen nicht entschließen, weil die Gefahr bestand, daß dann die Erbauung unseres eigenen Kraftwerkes vielleicht bis zum St. Nimmerleinstag hätte vertagt werden müssen. Erst nach langen schwierigen Verhandlungen gelang es uns, außer der der Steweg zugesicherten Kapitalerhöhung von 8½ Millionen weitere 20 Millionen als Darlehen für Hiefrau im Budget unterzubringen, wovon 14 Millionen sicher bedeckt erscheinen. Damit können wir im Jahre 1953 den Bau des Kraftwerkes Hiefrau mit Nachdruck beginnen und weiterführen und damit werden wir, wie wir zuversichtlich hoffen und erwarten, weitere Wege zur Vollendung dieses Kraftwerkes eröffnen. Spätere Beurteiler, Hohes Haus, werden einstmals diesen entscheidenden Schritt anerkennen, durch den ein drohender Stillstand in unserer Energieversorgungsentwicklung überbrückt wurde, durch den ein toter Punkt von höchster Gefährlichkeit überwunden werden konnte.

Hohes Haus! Noch einiges zu anderen Hauptabschnitten des Budgets. Die Behandlung des Abschnittes 73 des Voranschlages „Förderung der Land- und Forstwirtschaft“ gab heuer unseren Landwirtschaftsvertretern Anlaß zu einer nicht unberechtigten Kritik. Hier war eine über das allgemeine Ausmaß hinausgehende Kürzung von 20 Millionen Schilling auf 16,9 Millionen Schilling, also um mehr als 3 Millionen Schilling oder 15% vorgesehen. Unbestritten ist, daß schon rein verfassungsmäßig und noch mehr wirtschaftlich gesehen, die Förderung der Land- und Forstwirtschaft zu den vordringlichsten Landesaufgaben gehört. Die Sicherung der Ernährung ist eine nationale Aufgabe erster Kategorie und wird es immer bleiben und die Ansicht, die eigene Ernährungsbasis könnte etwa vernachlässigt werden, weil man sich durch einen intensiven Export einen ebenso intensiven Import von Nahrungsmitteln leisten könnte, ist und bleibt falsch und gefährlich. Bei der geringsten Störung der außenpolitischen Verhält-

nisse droht einem Lande ohne eigene Ernährungsbasis der Hunger und ein Volk, das nicht mehr imstande ist, seine Bauern auf der eigenen Scholle zu halten, ist vom Volkstode bedroht. Jede Förderung des Bauern bedeutet Förderung der Konsumgütererzeugung und damit Volkswohlstand und sicherlich war jener Mann nicht der dümmste, der das Sprichwort geprägt hat: „Hat der Bauer Geld, dann hat es die ganze Welt“. Es ist in der Regierung und im Finanzausschuß gelungen, einen Teil der Streichungen, die durch das Finanzreferat bei diesem Kapitel „Landwirtschaft“ vorgesehen waren, gutzumachen, aber wichtige Bedürfnisse bleiben unerfüllt und sie werden dem Finanzreferenten im gegebenen Zeitpunkte noch einmal präsentiert werden.

Hohes Haus! In unserem Budget gibt es einen Unterabschnitt 445, der den Titel „Flüchtlingsfürsorge“ trägt. 4.182.000 S sind für diesen Zweck ausgeworfen. Dieser Betrag ist eine gewaltige Belastung für das Land, zumal man der Meinung sein könnte, daß es sich hier um eine Kriegsfolge, also um eine staatliche Aufgabe, eine Bundesaufgabe handelt. Gleichwohl gilt hier das, was schon bei der Wohnungsfrage gesagt wurde, auch hier können wir uns vor den harten Tatsachen nicht verschließen, können an den harten Notwendigkeiten nicht vorübergehen, wir müssen helfen. Die Heimat verloren zu haben gehört sicher zu den schwersten Verlusten, die ein Mensch erleiden kann und das vielberühmte Völkerrecht, das längst die Unverletzlichkeit des Privateigentums wenigstens auf dem Papier anerkannt hat, wird solange ein Torso bleiben, bis es nicht das Recht auf die Heimat kodifiziert und als § 1 in seine Satzung aufgenommen haben wird.

Aber noch etwas lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit dazu sagen: Es gibt auch Heimatvertriebene in der eigenen Heimat. Das sind jene bedauernswerten Mitbürger, die durch die Besatzungsmächte vor 7 Jahren ihres Heimes, ihrer Wohnung beraubt worden sind und nunmehr schon 7 Jahre lang ein unstetes, oft qualvolles Dasein in Elends- und Notunterkünften führen, dort vielleicht ihrerseits als lästige Eindringlinge mit scheelen Augen betrachtet werden. Ein schreiendes Unrecht ist hier zur Regel erhoben worden. Dazu kommt, daß diese Wohnungsvertriebenen, daß diese Heimatvertriebenen von der eigenen Heimat vielfach gar keine Entschädigung erhalten, so z. B. in der ganzen Sowietzone, wo die Besatzungsmacht die Zahlung von Entschädigungen an Heimatvertriebene nicht duldet und jeder, der sich beschwert, von dieser Seite unabsehbaren Vesaktionen ausgesetzt ist. Ja man hörte sogar, daß die Russen von den österreichischen Behörden Listen aller jener abverlangt haben, die sich über den Verlust ihrer Wohnung beschwert und eine Entschädigung verlangt haben. (Rufe: „Hört!“) Aber auch in den anderen Zonen werden nur ganz unzureichende Entschädigungen bezahlt. Die Entschädigungsformel lautet: Schätzwert 1945 plus 50% Aufschlag; was dabei herauskommen kann

für die Wohnungsvertriebenen, können Sie sich selbst ausrechnen. Die Wohnungen und Häuser werden in einen nicht näher zu beschreibenden Zustand versetzt, das Privateigentum scheint nicht mehr geschützt, ein echter Teppich, wenn er überhaupt noch eruierbar ist, wird mit 50 S per Quadratmeter bewertet. Die den Wohnungsvertriebenen zugewiesenen Ersatzwohnungen genießen keinen gesetzlichen Schutz, die Eingewiesenen können gekündigt und delogiert werden und sind dann der Obdachlosigkeit ausgesetzt, wobei sie zusehen können, wie ihre eigenen Häuser und ihre eigenen ehemals schönen Wohnungen völlig unzureichend benützt und ausgenützt werden. Die Notgemeinschaft der Besatzungsoffer Steiermarks, die sich kürzlich gebildet hat, hat mitgeteilt, daß es derzeit noch 7000 derartiger wohnungsvertriebener Familien in Österreich gibt. Nehmen wir uns dieser Unglücklichen an, indem wir eine energische Adresse an die Besatzungsmächte, auch an die Bundesregierung richten, damit dem Völkerrecht und der menschlichen Gerechtigkeit wieder ein Weg gebahnt werde.

Die Spezialdebatte, Hoher Landtag, wird Gelegenheit bieten, zu weiteren wichtigen Kapiteln des Budgets, z. B. Straßenbau, Gewerbepolitik, Fremdenverkehr, Sanitätswesen, Fürsorge usw. Stellung zu nehmen. Lassen Sie mich noch einiges herausgreifen: Zum Kapitel Kultur ist es erfreulich, feststellen zu können, daß trotz der notwendigen Restringierung des Budgets die Aufwendungen für kulturelle Zwecke sehr beachtlich erscheinen; wenn sie auch ziffernmäßig nur ungefähr 3½% der Gesamtausgaben ausmachen, so ist dies immerhin fast viermal soviel, als das Land und die Gemeinde Wien für kulturelle Zwecke ausgeben. Aus diesem Kultursektor muß ich hervorheben die Grazer Theaterfrage. Die Parteien haben sich entschlossen, die „Vereinigten Bühnen“ weiterzuführen und den Vertrag zwischen Stadt und Land vorläufig auf 2 Jahre zu verlängern, wobei eine kleine Einsparung der Kosten sowohl für das Land als auch die Stadt gelingen wird. Auf den andern kulturellen Gebieten beglückwünsche ich die Sozialistische Partei dazu, daß sie sich dazu durchgerungen hat, die beabsichtigte Streichung von Aufwendungen für Kulturdenkmäler der Steiermark und der großen Stiftung des Erzherzogs Johann aufzugeben. Durch diese schließlich wieder hergestellte einmütige Haltung des Landtages wird es möglich sein, diese große Widmung eines großen Österreichers aufrechtzuerhalten und weiter auszubauen.

Wir können auch nicht anlässlich der Budgetdebatte, der letzten Budgetdebatte dieser Legislaturperiode, an der Tatsache vorübergehen, daß die Arbeitslosenziffer in den letzten Monaten eine nicht unbedenkliche Erhöhung erfahren hat. Wir zweifeln nicht daran, daß diese Tatsache dem Sprecher der Kommunistischen Partei Anlaß zu umfangreichen Ausführungen geben wird und daß er die Schuld an dieser Entwicklung vor allem den beiden Koalitionsparteien und der Bundesregierung in die Schuhe zu

schieben trachten wird. Daher sei gleich vorweg dazu etwas gesagt: Die derzeit festgestellte Arbeitslosigkeit, soweit sie nicht saisonmäßig bedingt ist und daher in jedem Winter regelmäßig eintritt und eintreten muß, da ein Großteil der Bauvorhaben im Winter nicht weitergeführt werden kann, ist nur zum geringen Teil durch eine Minderung der Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand begründet. Denn diese Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand hat fast keine, ja überhaupt keine Minderung erfahren; jedoch auf dem Privatsektor ist eine Minderung der Investitionstätigkeit eingetreten, dadurch bewirkt, daß einerseits eine gewisse Sättigung bei den Investitionen in der Industrie eingetreten ist und andererseits die rückläufige Bewegung auf dem Weltmarkt Investitionen nicht überall mehr rätlich erscheinen läßt.

Noch etwas muß nach unserer Auffassung in dieser letzten Generaldebatte dieser Legislaturperiode gesagt werden: Unsere Verfassung, Hohes Haus, ist, wie ich heute schon zweimal berührt habe, nicht mehr ganz zeitgemäß. Sie muß neue Aufgaben einbeziehen, sie muß aber auch nach unserer Meinung in anderer Hinsicht reformiert werden. Die Demokratie, nach meiner Überzeugung die beste Staatsform, wenn auch das Ideal wahrscheinlich nie erreicht werden kann, ist teilweise in gewissen Formeln und teilweise auch in gewissen Übungen und Usancen erstarrt, die der Lebendigkeit und Volksverbundenheit der Demokratie Abbruch tun.

Vor allem ist die Kontrollmöglichkeit der öffentlichen Körperschaft, der gesetzgebenden Körperschaft und der einzelnen Abgeordneten zu gering und zu unwirksam. Daß der Abgeordnete alle Jahre einmal einen reichlich antiquierten Rechnungsabschluß in die Hand bekommt, der meistens ein oder zwei Jahre zurückliegt, genügt nicht, es fehlt hier die Unmittelbarkeit der Kontrolle. Es wird dann aus Anlaß eines solchen Rechnungsabschlusses, wenn überhaupt darüber geredet wird, über Dinge geredet, die längst vergangen sind, die nicht mehr frisch in der Erinnerung der Volksbeauftragten und der Bevölkerung stehen. Die Abgeordneten müssen Gelegenheit haben und erhalten, sich auch während der Durchführung des Budgets von der Ordnung der Dinge zu überzeugen, damit sie ihren Auftraggebern berichten und sich vor diesen verantworten können. Wir regen an, neben den Ausschüssen des Landtages Abgeordnetenkontrollkommissionen zu errichten für alle wichtigen Zweige der Verwaltung, die das Recht haben, in die Verwaltung Einblick zu nehmen, Berichte abzufordern, Untersuchungen zu veranstalten und ihrerseits an die Landtagsschüsse und an den Landtag zu berichten.

Wir sehen ferner einen Mangel der Verfassung darin, daß die Frauen nur im Rahmen einer Berufsvertretung sich zur Geltung bringen können und nur wenigen Frauen ist es beschieden, zu hohen politischen Funktionen aufzusteigen, wie zum Beispiel unsere Kollegin Matzner. Es gibt aber zahlreiche gemeinsame Frauenangelegenheiten, die über den Rahmen

einer Berufsvertretung, etwa einer Arbeiterkammer oder einer Handelskammer, hinausgehen und die Frauen als Gesamtheit betrachtet bedürfen nach unserer Ansicht eines Forums, um gehörige Berücksichtigung ihrer gemeinsamen Interessen zu finden. Eine Frauenvertretung, hieße sie nun Frauenkammer oder Frauenbeirat, sollte ernstlich in Erwägung gezogen werden.

Das Kleingewerbe, Hohes Haus, bedarf dringend einer Kredithilfe. Auch hier gilt das, was ich bei der Frage der Wohnbauförderung, bei der Frage der Elektrifizierung, bei der Frage der Flüchtlingsfürsorge gesagt habe, auch hier liegt keine verfassungsmäßige Landesaufgabe vor, aber auch hier können wir an den Notwendigkeiten und Bedürfnissen der Gegenwart nicht interesselos vorübergehen, auch hier dürfen wir uns nicht ausschließlich auf fremde Hilfe oder auf Hilfe von oben verlassen. Wir haben im Landesvoranschlag 1953 erstmalig einen Betrag für kleingewerbliche Kredithilfen eingestellt und ich werde trachten, daß dem Landtag in absehbarer Zeit ein Gesetzentwurf vorgelegt wird, durch den diese kleingewerbliche Kredithilfe des Landes gemeinsam mit einer Aktion der Handelskammer gestartet werden kann.

Im übrigen, Hohes Haus, wird das vorliegende Budget von uns, von der Österreichischen Volkspartei, als ein Budget des Wiederaufbaues und der Arbeit anerkannt und wir werden deshalb unsere Stimmen für die Annahme dieses Budgets abgeben. Aber, Hoher Landtag, etwas lassen Sie mich noch sagen. Die letzte Budgetdebatte dieser Legislaturperiode darf meines Erachtens nicht vorübergehen, ohne daß wir unseres gemeinsamen Vaterlandes Österreich und seines Schicksales gedenken. Die Österreich-Resolution Brasiliens war sicher eine überwältigende Kundgebung der freien Welt für ein freies Österreich, aber bereits vor Annahme dieser Resolution hat der Ostblock erklärt, daß er sich an dieser Abstimmung nicht beteiligen wird und er hat dies dann ja auch nicht getan. Wie, Hohes Haus, müssen wir dann fragen, werden wir jemals aus der Unfreiheit entlassen werden, wenn es nur auf das Veto jenes Staates und seiner Satelliten ankommt, die selbst die Unfreiheit zu ihrer eigenen Staatsform erhoben haben? Die freie Welt muß sich aufraffen, dieses Veto dieses Staates und seiner Satelliten zu brechen und wir dürfen nicht müde werden, die freie Welt dazu aufzufordern, dies zu tun. Und wir müssen, Hohes Haus, nach unserer Meinung neue wirksamere Mittel anwenden, als nur die Mittel des diplomatischen Notenaustausches. Wir regen an, Hohes Haus, daß von einem bestimmten Tage an alle Kirchenglocken ganz Österreichs läuten, täglich eine Stunde lang, Woche für Woche, Tag für Tag, Monat für Monat, um das Weltgewissen aufzurütteln und wir glauben nicht, daß irgend eine Macht der Welt die Stirne haben wird, gegen diese Kundgebung unseres Willens, gegen diese eherne Stimme des Glaubens aufzutreten. Das Weltgewissen wird so immer wieder daran erinnert werden, daß hier ein uralter Kulturstaat in Unfreiheit gefesselt liegt, während man

den halbkultivierten Völkern im Innern Asiens und Afrikas bereits seit langem volle Freiheit und Souveränität zugebilligt hat. Österreich muß wieder frei sein, lassen wir uns dafür kämpfen! Die Österreichische Volkspartei wird in diesem Kampf immer in der ersten Reihe stehen. (Anhaltender starker Beifall bei ÖVP.)

Abg. Dr. Speck: Hoher Landtag! Ich will im Namen der Sozialistischen Fraktion des Steiermärkischen Landtages zunächst unsere tiefe Befriedigung darüber ausdrücken, daß es dem Landtag trotz seiner schon beschlossenen Auflösung gelingt, den Voranschlag für das Jahr 1953 rechtzeitig fertigzustellen und so die Basis zu schaffen für eine ordnungsgemäße wirtschaftliche Verwaltung des Landes und für die Erfüllung vieler großer Aufgaben der Landesverwaltung.

Wir verhehlen nicht, daß wir Sorgen hatten, die politische Entwicklung der letzten Monate in Österreich könnte dies unmöglich machen. Die Auflösung des Nationalrates hat die Auflösung des Landtages mit notwendig gemacht. Diese beiden politischen Körperschaften sind ja im Jahre 1949 gleichzeitig gewählt worden und haben die gleiche Funktionsperiode. Es wäre also technisch und finanziell ebenso wie politisch nicht zu verantworten gewesen, die Neuwahl des Landtages im Spätherbst 1953 zu belassen, wenn der Nationalrat im Februar neu gewählt wird. Ob diese frühzeitigen Wahlen überhaupt notwendig waren, bzw. welche Ursachen dazu geführt haben, darüber ist in den letzten Wochen natürlich viel geredet und geschrieben worden. Ich will hier auf die Schuldfrage — wenn man das so nennen kann — nicht weiter eingehen. Ich will nur sachlich feststellen, weil gerade dieser Punkt in den Auslassungen der führenden Regierungsparteien vielfach anders dargestellt ist, als es wirklich war, daß tatsächlich die Sorge um die Auszahlung der Sozialrenten ebenso wie die Sorge um die immer weitergehende Einschränkung der öffentlichen Investitionen die wahre Ursache war, daß es zu der Verabschiedung des Voranschlages des Bundes für das Jahr 1953 nicht gekommen ist und daher die vorzeitige Auflösung des Nationalrates beschlossen werden mußte.

Die Sozialrenten: Es ist freilich so, daß indessen die ÖVP erkannt hat, daß die Aufdeckung ihrer Absichten, die staatlichen Zuwendungen zu den Sozialversicherungsinstituten zu kürzen, ihr in weiten Kreisen der Bevölkerung keine Freunde werben wird. Sie hat daher jetzt die Erklärung des Finanzministers erwirkt, daß die Renten in ihrer bisherigen Höhe vom Staate gewissermaßen garantiert werden. Das ist eine Zusicherung, die man mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen könnte, wenn sie eine ernstliche Sicherung wäre. Aber das ist ja nicht der Fall. Denn, abgesehen davon, daß es ja noch nicht sicher ist, ob der gegenwärtige Finanzminister auch in dieser Funktion während des ganzen Jahres 1953 bleiben wird, ist eine solche

Zusicherung gar keine Garantie; denn ihre Einhaltung wird immer davon abhängen, wie sich die finanzielle Entwicklung des Bundeshaushaltes tatsächlich gestaltet und ob also das Geld dafür da ist, diese Garantie auch einzuhalten.

Aber vor allem: Auch wenn wirklich keine Kürzung der einzelnen Renten beabsichtigt gewesen sein sollte, so ist doch unzweifelhaft, daß durch die Kürzung des Staatszuschusses im Ganzen auch die einzelnen Renten gefährdet werden, da ja nun doch schon jeder in Österreich weiß, daß die Anzahl der Rentner schon als Folge des steigenden Durchschnittsalters der Menschen, aber auch als Auswirkung der wesentlich gestiegenen Zahl der Beschäftigten, ständig steigt und daß diese Entwicklung noch weiter gehen wird. Daß daher die Sozialversicherungsinstitute bedeutende Reserven brauchen, ist, sachlich und rein wirtschaftlich gesehen, gar nicht zu bestreiten. Alles andere ist einfach politische Propaganda, das heißt politische Ablehnung der großen sozialen Errungenschaften der Sozialversicherung, die die Sozialdemokratie in Österreich seit über einem halben Jahrhundert durchgesetzt hat.

Die Österreichische Volkspartei hat sich aber noch ein zweites Schlagwort für die Wahl zu rechtgelegt: Die Stabilisierung der Wirtschaft und die Sicherung der Währung oder, etwas primitiver ausgedrückt, den Inflationsschreck. Es ist nun sehr merkwürdig, daß der Finanzminister damit anfangs in dieselbe Kerbe geschlagen hat wie die Partei, die sicher keine „staatserhaltende“ in Österreich ist, die kommunistische Partei, die ja immer von der Inflationsschreck redet und damit die Unruhe und Unsicherheit in die Bevölkerung hineinragen will, die sie braucht, um das Vertrauen in die Demokratie zu erschüttern. Was aber die kommunistische Partei redet, das mag vielleicht nicht so große Bedeutung haben, da ja fast schon das ganze Volk in Österreich erkannt hat, daß weder Ernst noch Ehrlichkeit dahintersteckt, sondern nur politischer Untergrabungswille.

„Inflation“ aus dem Munde eines Ministers aber, besonders des Finanzministers, wirkt tatsächlich gefährlich. Und wir wissen, daß unmittelbar darauf wirklich in Österreich wieder eine Krise des Vertrauens zum Schilling eingesetzt hat und gewisse Panikentwicklungen sich zeigten, Angstkäufe und ähnliches, die nur langsam abgeebbt sind.

Freilich sind die Österreichische Volkspartei und ihr Finanzminister davon indessen wieder etwas abgerückt. Der Finanzminister mußte in Versammlungen von Wirtschaftskreisen selbst wieder beruhigend wirken und klarlegen, daß eine Gefährdung des Schillings nicht besteht, sondern, daß in Wirklichkeit der Schilling so gut gedeckt ist, wie schon seit langem nicht. In den letzten Tagen erst hat er darauf verwiesen, daß der Gold-, Valuten- und Devisenvorrat der Nationalbank nun schon über 2-1 Milliarden beträgt (am 15. November waren es 1932 Mil-

lionen gegen 490 Millionen ein Jahr vorher). Wenn man die Warenwechsel und die Finanzwechsel der Nationalbank dazurechnet, haben wir eine Deckung des Schillings mit ungefähr 80% und man muß doch ernstlich fragen, wo da die Inflationsgefahr überhaupt besteht. Diese Agitation ist purer Schwindel und soll wohl für die Österreichische Volkspartei in der bevorstehenden Wahlbewegung die nun wahrscheinlich endgültig verreckte „Rote Katze“ ersetzen.

Gerade den Sozialisten Inflationstendenzen zuzuschreiben, ist aber geradezu borniert. Bei jedem wirtschaftlichen Geschehen muß man sich doch fragen: Cui bono? Wem nützt es? Daß Inflation niemals zu Gunsten der kleinen Leute ausgehen kann, aller Festbesoldeten, aller Lohn- und Gehaltsempfänger, aller Rentner, aller Kleinwirtschaftstreibenden, das haben wir in bitterer Erfahrung in den Zwanzigerjahren gelernt. Inflation ist aber ein gutes Geschäft für die Großen, die große Kredite aufnehmen und im entwerteten Geld zurückzahlen, die über Sachwerte verfügen, die sie zu steigenden Preisen verwerten können, die als Großgrundbesitzer am Lande dasselbe tun können. Die Sozialistische Partei wird in Wahrung der Interessen der arbeitenden Menschen aller Art, die sie vertritt, immer gegen jede Inflationstendenz auftreten und nichts tun, was sie ernstlich fördert.

Daß unsere Währung jetzt so gut steht, daß ist aber mindestens ebenso sehr Verdienst der Sozialisten als der Österreichischen Volkspartei oder der verschiedenen Finanzminister; es ist Verdienst der disziplinierten Haltung der Arbeiterschaft und der Gewerkschaften, die in Erkenntnis der Situation mit Lohnforderungen zurückgehalten haben, die die errungene Stabilisierung gefährden könnten. Daß dies nicht leicht war bei der dürftigen Lage, in der sich hunderttausende Familien ja tatsächlich befinden, das müßte doch auch auf der bürgerlichen Seite der österreichischen Politiker endlich eingesehen und anerkannt werden, wenn auch wir Sozialisten diese Haltung freilich nicht etwa ihnen zuliebe einnehmen, sondern nur aus der Überzeugung, daß eine andere Haltung eben den finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenbruch Österreichs herbeiführen und damit gerade die arbeitenden Menschen auf das schwerste schädigen könnte.

Allerdings „Stabilisierung der Währung“ kann oft recht einseitig gesehen und beurteilt werden. Wir hatten schon einmal eine Zeit, in den Dreißigerjahren, da Österreich ebenfalls über einen sehr gut fundierten Schilling verfügt hat, dem man damals den Ehrennamen „Alpendollar“ gegeben hat. Aber während der damalige Finanzminister Dr. Kienböck Gold und Devisen gehortet hat, ist die Volkswirtschaft verdorrt, die Arbeitslosigkeit bis über 600.000 gestiegen, unerhörtes wirtschaftliches Elend über unser Volk gekommen, das zugleich die Grundlage und Hauptursache der Untergrabung der Demokratie und des staatlichen Zusammenbruches Österreichs gewesen ist.

Wir sind überzeugt, daß vorsichtige Finanzpolitik im Bunde und übrigens in allen öffentlichen Vertretungskörperschaften notwendig und voll berechtigt ist. Wir sind aber ebenso überzeugt, daß sie nicht Selbstzweck sein kann, sondern, daß ihre enge Verbindung mit der wirklichen Entwicklung der Wirtschaft stets im Auge gehalten werden muß.

Und da ist auf die Einschränkung der Investitionen zu verweisen, die doch zweifellos allen Ablehnungsversuchen zum Trotz, die Hauptursache für das gewaltige Steigen der Arbeitslosigkeit in Österreich in den letzten Monaten darstellt. Über 200.000 Arbeitslose: Das ist eine beängstigende Zahl und es erhebt sich die ernste Frage, ob die Finanz- und Wirtschaftspolitik des Finanzministers richtig ist.

Der Finanzminister hat in den letzten Tagen freilich behauptet, daß nicht die durch die Bundes-Finanzverwaltung bewirkte Kürzung der öffentlichen Investitionen daran Schuld sei, sondern die Exportverringerung. In Wirklichkeit beweisen aber die Ziffern der Monate September und Oktober, daß der Export Österreichs nicht gesunken, sondern im Gegenteil gestiegen ist. Er betrug im September 1951 849 Million Schilling, im September 1952 924 Million Schilling, im Oktober 1951 824 Millionen Schilling und im Oktober 1952 984 Millionen Schilling, also in diesen beiden Monaten allein um 235 Millionen Schilling mehr als in den gleichen Monaten 1951, wozu übrigens noch zu sagen ist, daß die Ziffern im Vorjahr vom September zum Oktober gefallen, heuer aber gestiegen sind. Es handelt sich dabei sicher um eine echte Steigerung, wahrscheinlich auch mengenmäßig, da ja die Preise auf dem Weltmarkt eher gesunken sind.

Da diese offiziellen Ziffern aber schließlich auch die Österreichische Volkspartei und ihr Finanzminister nicht wegeskamotieren können, so versucht er, sie durch die Behauptung zu entwerten, daß sie deshalb nichts mit dem Ansteigen der Arbeitslosigkeit in Österreich zu tun hätten, weil diese in jenen Exportindustrien eingetreten sei, die nicht exportieren können. Auch das ist aber falsch, denn niemand kann leugnen, daß ein wesentlicher Teil dieser Arbeitslosenzunahme auf das Baugewerbe und die Baustoffindustrie entfällt und daß durch die Einstellung der Bauten selbstverständlich auch eine Reihe anderer Industrien wesentlich in Mitleidenschaft gezogen wird.

Auch die Behauptung des Finanzministers Dr. Kamitz, daß die Investitionssumme aus öffentlichen Mitteln heuer nicht kleiner, sondern größer geworden sei als im Vorjahr, stimmt nicht, da ja zweimal die im Budget eingestellten Investitionsbeträge um je 10% gekürzt worden sind.

Im übrigen aber braucht man da nur auf die eindringlichen Mahnungen und Klagen der Salzburger Länderkonferenz für die Winterarbeitsbeschaffung vom 11. Dezember verweisen, die doch hauptsächlich von den ÖVP-Länder-

vertretern beschickt war und die klar und deutlich der Verweigerung oder Zurückhaltung der Investitionsbeträge des Bundes die Schuld an der Verschlechterung der Beschäftigungslage zuschreibt. Daß schließlich die Meinungsverschiedenheit über die Kürzung der notwendigen Investitionen der verstaatlichten Betriebe, besonders auch der Bundesbahnen, der zweite Streitpunkt bei der Erstellung des Bundesbudgets war — also wieder in direktem Zusammenhang mit der Beschäftigung oder Arbeitslosigkeit der Menschen — das ist auch allgemein bekannt.

Abschließend kann man zu diesem Kapitel nur noch eines sagen; Der Streit um das Bundesbudget hat sich bei dem Gesamtumfang von fast 20 Milliarden auf 400 Millionen erstreckt, etwa 2%. Es wird doch niemand ernstlich der österreichischen Bevölkerung einreden können, daß da nicht eine Lösung hätte gefunden werden können. Aber nicht dies war offenbar der wahre Beweggrund für die Österreichische Volkspartei, die Budgetverhandlungen im Bunde scheitern zu lassen und die vorzeitige Auflösung des Nationalrates herbeizuführen, sondern ganz andere Motive.

Im Landtag wurde von Landesrat Dr. Illig als dem Hauptredner der ÖVP in der Sitzung, in der der Voranschlag eingebracht wurde, behauptet, daß die angeblich intransigente Haltung der Sozialistischen Partei nach dem „Zufallserfolg“ bei der Präsidentenwahl im Mai 1951 zu der Krise des Parlamentes geführt habe. Diese Auffassung ist völlig falsch. Das war erstens kein Zufallserfolg, sondern das Ergebnis dieser Wahl war sicherlich ein tatsächlich großer Erfolg, dessen Ausgang, die Wahl des Bundespräsidenten Dr. Körner, gewiß auch ein Erfolg Österreichs war und zum Wohle von Staat und Volk beigetragen hat. Aber die Haltung der Sozialistischen Partei hat sich nach dieser Wahl und durch diese Wahl in Wirklichkeit gar nicht geändert; sie vertritt ihre Forderungen nach wie vor immer in gleicher Art. Geändert hat sich nur, und zwar sehr auffällig und maßgebend, das Verhalten der ÖVP nach dieser von ihr nie erwarteten Niederlage, die allerdings, auf weite Sicht gesehen, nur den schon seit 1949 merkbaren Rückgang fortsetzt. Die ÖVP ist durch den Ausgang der Präsidentenwahl in eine Panikstimmung versetzt worden (Gelächter bei ÖVP), die innere Unsicherheit hat sie in einem dem Psychologen wohlbekannten Streben nach Überkompensation dazu gebracht, nach außen hin den starken Mann zu spielen. Es kam zu der berühmten „Wachablösung“ in der Regierung, durch die einige Minister durch neue Herren ersetzt wurden, die übrigens alle dem Kreise der Handelskammer oder des Industriellenbundes entstammen, die ja die ÖVP jetzt eindeutig beherrschen. Die Haltung der ÖVP im Parlament versteifte sich und wurde unnachgiebig, was nach einer Niederlage ja eigentlich sonderbar ist. Natürlich konnte ihr dabei kein Erfolg beschieden sein, da es ja nicht einzu- sehen wäre, warum neue Minister, die auf

Grund einer Wahlniederlage einer Partei entsendet werden, mehr erreichen sollten als die früheren Vertreter dieser Partei. Und so hat diese Haltung dazugeführt, daß diese Partei, die zunächst die eigenen Anhänger unter diesem Nimbus des starken Mannes aufgeputscht hat, in eine Sackgasse geraten ist, aus der sie in diesem Parlament nicht mehr herausfindet. So kam es zu den Neuwahlen. Ob aber die sich fortsetzenden Wahlniederlagen der Jahre 1949 und 1951 eine gute Basis für Wahlerfolge sind, das wird sich ja bald zeigen.

Die ÖVP hatte nun freilich geglaubt, im Nationalrat trotz der Auflösung ein Budget durchzuputschen zu können gegen die Sozialisten, mit einer Zufalls- oder einer erhandelten Majorität, die sie sich erhofft hat. Aber die eigenen Verfassungsjuristen mußten ihr den Kopf zurechtsetzen. Der Voranschlag muß durch die Regierung eingebracht werden und in dieser geht es nicht ohne die Sozialisten. So konnte der Bund nur ein Budgetprovisorium beschließen. Daß der steirische Landtag diesem Auflösungsbeschluß des Nationalrates folgen mußte, das war sachlich berechtigt und das habe ich schon erwähnt.

Anders ist es allerdings mit dem Grazer Gemeinderat, der nun auch am 22. Februar als einzige Gemeinde in der Steiermark mitgewählt werden wird. Unsere Partei ist der Auffassung, daß der Gemeinderat, der ja keine eigentlich politische Körperschaft ist, sondern im wesentlichen wirtschaftliche Verwaltungsarbeit zu leisten hat, nicht in diesen politischen Machtkampf der anderen eigentlich politischen Körperschaften hätte hereingezogen werden müssen, umso mehr, da ja seine Funktionsperiode erst im Oktober 1954 geendet, also noch fast 2 Jahre lang gedauert hätte. Die Arbeitsfähigkeit des Gemeinderates war in keiner Weise gefährdet. Der Zusammenfall von Gemeinderatswahl mit den Wahlen in politische Körperschaften ist überhaupt schlecht, weil naturgemäß das Interesse der Bevölkerung an den zwar ganz anderen, aber doch auch höchst wichtigen Fragen der Gemeindeverwaltung stark zurückgedrängt wird, was zweifellos schädlich ist. Schließlich ist auch der Zusammenfall von 3 Wahlen technisch ungeschickt und ich zweifle nicht daran, daß die Zahl der abgegebenen ungültigen Stimmen sich dadurch wesentlich vermehren wird. Das treibende Element für diese Auflösung des Grazer Gemeinderates war der Verband der Unabhängigen; die ÖVP ist ihm gefolgt. Wir Sozialisten haben die Neuwahlen gewiß nicht zu fürchten und ich vertrage ohne weiteres den Anwurf, daß wir deshalb gegen die Neuwahl des Gemeinderates waren, weil wir an den Mandaten kleben. Es wird sich zeigen, daß uns diese Mandate recht sicher sind, was man von der ÖVP gewiß nicht behaupten kann.

Aber auch die Bäume des VdU werden kaum in den Himmel wachsen. Diese Partei hatte sicherlich am 6. Mai 1951, bei der ersten Präsidentenwahl, gewisse Erfolge zu verzeichnen. Es kam ihr als einer wirklichen oder angeblichen

Oppositionspartei die Unzufriedenheit der Menschen zugute, die in schweren Zeiten sich immer entwickelt und sich gegen die jeweils die Regierung oder Verwaltung führenden Parteien richtet. Solche Wähler, die keinen klaren Einblick in das wirkliche Geschehen haben, fallen oft auf starke Worte oder Versprechungen herein, die leicht von denen zu machen sind, die keine Verantwortung für ihre Erfüllung zu tragen haben. Davon profitiert immer wieder die kommunistische Partei oder die Tarngruppen, hinter deren wechselnden Namen sie sich versteckt. Die aber, die ihrer Unzufriedenheit bewußt oder unbewußt mit dem Stimmentzettel Ausdruck geben wollen, aber die Kommunisten ablehnen, die wählen eine andere bürgerliche Partei; und als solche Auffanggruppe war eben der VdU da. Er ist nun schon seit Jahren in den Vertretungskörperschaften, seit 1949. Er hat damals vieles versprochen, was hat er gehalten? Hat nicht der VdU immer und immer wieder mit der von ihm bekämpften Regierung zusammenarbeiten müssen? Hat er sich nicht besonders in wirtschaftlichen Fragen vielfach noch konservativer, um nicht zu sagen, reaktionärer gebärdet als die ÖVP? Werden die Wähler nun nicht bald darüber nachdenken müssen, was diese Partei wirklich geleistet hat an Stelle der Worte, die bei den Wahlen von ihr oft in Stil und Lautstärke einer früheren Epoche verwendet werden? Werden die Wähler nicht bald den Unernst einer solchen Opposition erkennen? Wird sich nicht bei den Wählern die Frage aufwerfen, ob sie zu einer Partei Vertrauen haben können, bei der sich in den wechselnden Führungen niemand mehr auskennt und bei der man noch nicht weiß, in welchen anderen Gruppen und unter welchen Namen zusammengeschlossen sie in die nächsten Wahlen gehen wird? Auch über den VdU werden erst die Wähler die letzten Worte sprechen.

Als die Auflösung des Landtages beschlossen worden war, hat sich natürlich die Frage erhoben, ob man den Versuch machen soll, den Voranschlag für 1953 noch ordnungsgemäß zu erledigen, oder, wie beim Bund, sich mit einem Budgetprovisorium zu behelfen. Wir Sozialisten sind von Anfang an für ein wirkliches Budget eingetreten, für die ordnungsmäßige Gebarung im Interesse der Wirtschaft. Natürlich hat es Schwierigkeiten gegeben auch bei der Vorbereitung im Finanzausschuß. Einmal ist es ja schon zu einem Abbruch der Verhandlungen gekommen, den die ÖVP dort herbeigeführt hat; doch konnten die Verhandlungen wieder flott gemacht werden, die Besonnenheit hat gesiegt und wir freuen uns, daß der Landtag nun den wirklichen Voranschlag wird verabschieden können.

Und nun zu diesem Voranschlag: Da hat Dr. Illig heute allerdings einiges gesagt, das man wohl nur scherzhaft auffassen kann. Er hat es „Pikanterie“ genannt, daß der steirische Finanzreferent, Landesrat Horvatek, die Ziffern in den Voranschlag eingesetzt hat, die der Bundesfinanzminister für den Bundesvoranschlag ein-

gesetzt hatte, der noch nicht Gesetz geworden sei. Als ob diese Einnahmeziffern, das ist die Schätzung des Erträgnisses der Steuern, sich dadurch ändern würden! Welche Ziffern hätte Horvatek denn einsetzen sollen? Ich würde Dr. Illig gerne hören, wenn Horvatek andere Ziffern irgend woher aus der Luft geholt hätte!

Aber auch das budgetäre Steckenpferd Doktor Illigs ist wieder hereingetrottet, die Klage über das sogenannte verbundene Steuersystem, das in Österreich herrscht und das die Einnahmen der Länder vorwiegend auf die Ertragsanteile beschränkt. Das ist aber nicht nur „bequem“, wie Dr. Illig sagt, sondern hat auch sehr viele wirkliche Vorteile. Aber mag man auch verschiedener Meinung darüber sein können: Jedenfalls muß die Entscheidung darüber im Wiener Parlament fallen und an seine dortigen Parteigenossen müßte Dr. Illig doch seine Klage in erster Linie richten. Wir glauben, daß eine Änderung auch vom Standpunkt der Länder gar nicht wünschenswert wäre.

Der Voranschlag befriedigt uns natürlich nicht in allen seinen Teilen. Das ist aber wohl unvermeidlich; denn wenn wir auch mit der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung des Landes Steiermark in den letzten Jahren nicht unzufrieden sein können, wenn wir den vielen Nörglern und undankbaren Kritisiern gegenüber mit Nachdruck darauf hinweisen können, daß hier wie auch sonst in Österreich seit 1945 unerhört viel geleistet worden ist, so ist es doch so, daß immer zu wenig Geld da ist, um die berechtigten Forderungen aller Referate innerhalb der Landesverwaltung wirklich zu befriedigen. Aber es ist immerhin gelungen, in den wichtigsten Fragen neuerdings die finanziellen Voraussetzungen für ihre Lösung und wirksame Förderung zu schaffen.

An vorderster Stelle steht das, was der Landtag in diesem Voranschlag zur Bekämpfung der Wohnungsnot beschließen wird. Es ist erfreulich, daß der von den Sozialisten in der Landesregierung gestellte Antrag, den Landes-Wohnbauförderungsfonds mit 30 Millionen Schilling zu dotieren, die Zustimmung der anderen Parteien des Hauses gefunden hat. Wir wissen natürlich alle, daß die wirksame Bekämpfung der Wohnungsnot, dieser größten Geißel unseres sozialen und wirtschaftlichen Lebens, nicht vom Lande allein durchgeführt werden kann, daß sie nicht einmal zu dessen gesetzlichen Aufgaben gehört, ebensowenig wie zu denen der Gemeinden. Wir wissen, daß die Bundesgesetzgebung die Voraussetzung dafür schaffen muß, daß endlich wirklich Entscheidendes auf diesem Gebiete geschieht, was der Nationalrat der österreichischen Bevölkerung leider bisher schuldig geblieben ist. Wir Sozialisten wollen hoffen, daß die Zusammensetzung des im Februar 1953 neu zu wählenden Nationalrates so sein wird, daß er endlich diese seine Aufgabe erfüllt und somit die Voraussetzung schafft für die Lösung dieses wichtigsten sozialen, wirtschaftlichen und damit auch politischen Problems Österreichs, dessen Nichtlösung sich schließlich wie ein

Sprengstoff als ernste Gefahr für den Bestand der Demokratie würde auswirken müssen.

Aber weder Land noch Gemeinden können sich der zwingenden Notwendigkeit verschließen, aus diesen sozialen, wirtschaftlichen und auch menschlichen Gründen zur Bekämpfung der Wohnungsnot das zu tun, was ihnen irgendwie möglich ist. Und deshalb hat unsere Partei in der Landesregierung und dann auch im Finanzausschuß diese sicherlich relativ hohe Dotierung des Landes-Wohnbauförderungsfonds beantragt, der der Landtag zweifellos zustimmen wird. Was wir damit erreichen wollen und werden, ist ja nicht nur die Schaffung von vielen Hunderten von Wohnungen, die ebenso vielen Familien erst die Möglichkeit eines menschenwürdigen Lebens, oft genug eines gesunden Lebens und eines erfolgreichen Arbeitens überhaupt geben wird, sondern auch eine merkbare Belebung der Wirtschaft und damit eine Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Denn Bauen befruchtet ja die ganze Wirtschaft.

Wie allerdings dieser Betrag schließlich verwendet und aufgeteilt werden wird, darüber wird erst die Landesregierung entscheiden müssen. Bisher sind aus diesem Fonds im wesentlichen Einzelansuchen befriedigt worden, also Ansuchen von einzelnen Menschen, die auch unter teilweiser Aufbringung von eigenen Mitteln, vielleicht auch mit zusätzlicher eigener Arbeit, ein Heim schaffen wollen. Wir billigen diese Verwendung der Mittel des Wohnbauförderungsfonds für diese Zwecke, da ja dadurch große anderweitige Mittel (Eigenmittel und teilweise auch Fremdkredite) herangezogen werden, so daß die Wirksamkeit des Wohnbauförderungsfonds des Landes dadurch wesentlich verstärkt wird.

Aber ich muß, wie schon im Vorjahre, dem Hohen Hause eindringlich vor Augen stellen, daß es ausgeschlossen ist, nur diese Fälle durch den Fonds zu fördern, sondern, daß Genossenschaften und vor allem auch Gemeinden für ihre Zwecke ebenfalls aus dem Fonds dotiert werden müssen. Ich muß neuerdings darauf verweisen, daß ja immerhin diese genannten Einzelfälle Menschen betreffen, die eben doch über den eigenen Baugrund und über ein gewisses eigenes Kapital verfügen müssen, um aus dem Fonds dotiert zu werden. Was soll aber mit den vielen Tausenden geschehen, die nicht in dieser glücklichen Lage sind, Eigenmittel überhaupt aufbringen zu können? Für sie müssen die Gemeinden in erster Linie sorgen und vielfach sind das die sozial und menschlich allerdingsten Fälle. Daher ist es eine unabdingbare Forderung unserer Partei, daß aus dem Landes-Wohnbauförderungsfonds auch der soziale Wohnungsbau gefördert wird, das ist der Wohnungsbau der Genossenschaften und der Gemeinden.

Ebenso gerne wie der stärkeren Dotierung des Wohnbauförderungsfonds stimmen wir Sozialisten der im Voranschlag vorgesehenen finanziellen Förderung des weiteren Ausbaues der

Wasserkraften in Steiermark zur Gewinnung elektrischer Energie durch die Steweag zu. Die Naturschätze unseres Landes müssen ausgenutzt werden: Zur Wirtschaftsbelebung, zur Förderung des Gewerbes und der Industrie.

Allerdings, Herr Landesrat Dr. Illig, unsere Zustimmung ist an die selbstverständliche Voraussetzung gebunden, daß solche großen Projekte nie ins Blaue begonnen werden, daß keine finanzielle Abenteuerpolitik getrieben wird, sondern, daß vor Inangriffnahme der wesentlichen Arbeiten — nicht natürlich der kleineren Vorbereitungsarbeiten — ein haltbares Finanzierungsprojekt vorgelegt wird; wir hoffen, daß das möglich sein wird. Denn nur dann wäre die Aufwendung so großer Mittel berechtigt. Ein Anfangen mit solchen Projekten ohne Sicherung, daß man das Werk dann wirklich auch vollenden kann, das wäre katastrophale Fehlinvestition und die Zustimmung dazu einer von Verantwortung getragenen Partei nicht würdig. Das ist unser sogenannter „Widerstand“, den Dr. Illig uns heute vorgehalten hat.

Im ordentlichen Voranschlag selbst — übrigens auch im außerordentlichen — nehmen immer die großen Ausgaben für die Gesundheitspflege einen wesentlichen Raum ein. Es dreht sich da vor allem um die Erhaltung und Ausgestaltung der Kranken- und Heilanstalten des Landes. Wir sehen seit Jahren — natürlich nicht bloß in Steiermark, sondern überall in der Welt —, daß die Auslagen dafür wesentlich ansteigen. Das ist zum großen Teile eine Auswirkung der wissenschaftlichen Entwicklung, die immer neue diagnostische und Behandlungsmethoden entwickelt, die aber personell und materiell steigende Aufwendungen mit sich bringen. Natürlich wirkt andererseits auch das schon erwähnte Ansteigen des Durchschnittsalters des Menschen mit, da ja erhöhtes Alter auch das Ansteigen gewisser Krankheiten mit sich bringt — ich verweise nur auf den Krebs — und auch erhöhte Hilfs- und Pflegebedürftigkeit. Wir können unserem Volk diese Pflege im Krankheitsfall nicht vorenthalten. Und so werden Jahr für Jahr immer wieder neue Aufwendungen gemacht werden müssen zur Ausgestaltung der Landesspitäler, die ja im Großen sicherlich eine hervorragende Institution sind, aber nach den Schäden der Kriegszeit noch immer nicht auf den Zustand gebracht sind, den wir erwünschen müssen.

Auch heuer war es nicht möglich, alles Notwendige im ordentlichen Voranschlag unterzubringen. Eine Reihe dieser in ihrer Notwendigkeit anerkannten Leistungen mußte in den außerordentlichen Voranschlag verwiesen werden, ohne daß zunächst eine Bedeckung dafür sichergestellt ist. Wir können nur hoffen, daß die fortschreitende Gesundung der österreichischen Wirtschaft sich auf die Finanzen des Landes im nächsten Jahr auswirken wird, so daß auch diese Pläne des außerordentlichen Voranschlages verwirklicht werden können. Ich will dabei nur auf den Bau der Wäscherei im

Krankenhaus in Leoben verweisen, der rund 1.4 Millionen Schilling erfordert, sowie auf den Bau der gynäkologischen Abteilung im Krankenhaus in Bruck mit einem Aufwand von 1.2 Millionen Schilling.

Leider müssen wir sagen und beklagen, daß auf diesem so wichtigen Gebiet der Krankenanstalten und ihrer Erhaltung, über das doch eigentlich keine Meinungsverschiedenheiten bestehen könnten, oft wenig Objektivität in der Beurteilung herrscht — ebensowenig wie, vom gesamtösterreichischen Standpunkt aus gesehen, in der Beurteilung des Ergebnisses der Verwaltung und der Leistungen der österreichischen Bundesbahnen, die auch zum Anlaß parteipolitischer Angriffe genommen werden, denen die sachliche Grundlage fehlt. Es dreht sich um das Verhältnis der Krankenkassen zu den Landesspitälern. Daß diese Krankenkassen, wie die Sozialversicherungsinstitute überhaupt, unbedingt notwendig sind, daß sie eine große und wichtige Aufgabe im Staate erfüllen, das ist doch ernstlich gar nicht mehr zu bestreiten. Aber die Erfüllung dieser Aufgaben muß man ihnen auch möglich machen. Es wird immer wieder von den Millionen Schilling gesprochen, die den Krankenkassen als Nachlaß von den Verpflegungskostensätzen gewährt werden. Da muß man aber zunächst darauf verweisen, daß die Krankenkassen ja gar keinen Einfluß haben auf die Erstellung dieser Verpflegkostensätze, vor allem aber darauf, daß ja bei weitem nicht alle Aufwendungen in den Krankenhäusern durch den reinen Spitalsbetrieb verursacht werden. Viele klinische Erfordernisse belasten diese Kosten etwa im Landeskrankenhaus in Graz, das ja die größte und bedeutendste dieser Anstalten ist; diese Kosten müßten eigentlich vom Unterrichtsministerium getragen werden, das aber seit Jahren schon nicht die entsprechende Hilfe leistet, so daß das Land dafür einspringen muß. Dazu gehört aber auch die Ausbildung der Ärzte, die Anzahl dieser im Turnus stehenden Ärzte und ihre Besoldung; auch diese großen Beträge erhöhen die Verpflegskosten. Kann man das in Wirklichkeit den Krankenkassen anlasten? Nach unserer Meinung ist daher dieser Nachlaß berechtigt.

Vor allem aber müssen wir auf etwas sehr Wichtiges hinweisen: In früheren Zeiten haben die Krankenkassen gemäß dem Gesetz und ihrem Statut nur für 28 Tage die Verpflegskosten zu übernehmen gehabt; auch heute ist dies gesetzlich noch ebenso. Nur durch das Statut haben in der Steiermark und sonst in Österreich die Krankenkassen diese Zahlung der Krankenhauskosten für ihre Mitglieder auf ein ganzes Jahr erstreckt. Das aber ist eine gewaltige Leistung, die die Krankenkassen über ihre gesetzliche Verpflichtung hinaus erfüllen.

Der Finanzausschuß hat beschlossen, die Landesregierung zu ersuchen, das Problem des Nachlasses von den Krankenhausgebühren für die Krankenkassen neuerlich zu studieren. Die Landesregierung wird in ihrer endgültigen Stellungnahme an der Tatsache nicht vorbei-

gehen können, daß, wenn man die Krankenkassen in finanzielle Schwierigkeiten bringt, sie gezwungen sein würden, ihre Statuten wieder zu ändern und sie der gesetzlichen Verpflichtung anzupassen. Was das aber bedeuten würde in Steiermark, das ergibt eine Berechnung über das Jahr 1951, da die Abrechnungen über 1952 noch nicht vorliegen können: Wenn die Krankenkassen im Jahre 1951 nur für 28 Tage die Verpflegskosten bezahlt hätten, so würde für das Land eine Mindereinnahme von über 11 Millionen Schilling entstanden sein. Auf wen aber wäre diese Last zu überwälzen? Auf die einzelnen, die Kranken selbst also oder ihre Angehörigen oder sonst für ihre Versorgung gesetzlich Verpflichteten? Was da an Verwaltungsarbeit, die vielfach vergeblich wäre, an Klagen, an Mißerfolg, an sozialer und politischer Verbitterung herauskäme, das können wir uns alle vorstellen. Oder sollte diese Last auf die Fürsorgeverbände und damit auf die Gemeinden überwälzt werden? Ich glaube, daß ich hier als Bürgermeister der größten Gemeinde des Landes auch im Namen aller Gemeinden dringend davor warnen muß, einen solchen Weg zu versuchen. Die Gemeinden alle sind finanziell heute in solchen Schwierigkeiten, daß sie ihre wichtigen Aufgaben, die ihnen das Gesetz auferlegt, kaum oder nur unzureichend erfüllen können. Durch den Finanzausgleich des Bundes und das erhöhte Bundespräzipuum sind sie neuerlich in ihrer Finanzgebarung geschwächt worden. Sie würden neue, auf sie zu überwälzende Lasten schlechterdings nicht mehr ertragen können.

Das alles sind die ernstesten und gewichtigen Argumente, die den Referenten in der Landesregierung, Ersten Landeshauptmannstellvertreter Dr. Machold, dazu bewegen haben, in voller Übereinstimmung mit dem sozialistischen Landtagsklub sich immer für die Nachlässe an die Krankenkassen einzusetzen. Alle diese Argumente und Bedenken müßten zwingend widerlegt werden können, um einen anderen Weg zu rechtfertigen. Dabei will ich es nicht unterlassen, zu betonen, daß das Land Steiermark durch seinen Entschluß, die öffentlichen Krankenanstalten als Landesanstalten zu führen, für Österreich vorbildlich gewirkt hat und vor allem für die Bevölkerung unseres Landes und auch für die Gemeinden sehr viel leistet.

Auch das Fürsorgewesen und vor allem die Sorge um die Jugend nimmt in unserem Voranschlag einen nicht unbedeutenden Raum ein. Auch hier aber kann leider nicht alles im sozial gerechtfertigten und von uns gewünschten Maß geleistet und durchgesetzt werden. Manche Verbesserungen konnten über Drängen der Referentin, Frau Landesrat Matzner, im Finanzausschuß noch erwirkt werden; manches mußte in die außerordentliche Gebarung ohne Bedeckung zurückgestellt werden. Auch hier gilt wie bei den ebenso behandelten Krankenhausausbauplänen unsere Hoffnung auf eine günstige wirtschaftliche Entwicklung. Daß für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit der pflichtschul-

entlassenen Jugendlichen durch Unterbringung in Berufs- und Werkschulen und vor allem für die Bekämpfung der Verwahrlosung pflichtschulentlassener Jugendlicher wesentlich erhöhte Beträge — sie gehen in die Millionen — eingesetzt werden konnten, erfüllt uns mit tiefer Befriedigung. Wir wissen freilich, daß gerade auf diesem Gebiete, das so entscheidend für die weitere soziale Entwicklung unseres Landes ist, noch vieles geschehen muß. Wir freuen uns aber, daß auch für die Flüchtlinge, die ihr schweres Los mit Tatkraft und Mut tragen und bekämpfen, auch vom Land manches getan werden wird, vor allem auch zur Schaffung von Wohnungen durch eine wesentliche Förderung der Siedlungsgenossenschaft „Heimat Österreich“, aber nicht nur dieser allein.

Für den Bau von Schulen gilt rein gesetzlich das gleiche wie beim Wohnungsbau: er ist an sich nicht die gesetzliche Aufgabe des Landes, sondern der Gemeinden. Aber wir wissen, daß die Lage der Gemeinden es unmöglich macht, die gewaltige Aufgabe auch nur annähernd zu lösen, die die Schaffung der notwendigen Schulräume für die Gemeinden darstellt. Auch hier greift das Land helfend ein durch seinen Fonds zur Förderung der notwendigen Schulbauten der Gemeinden und wir Sozialisten müssen es bedauern, daß unser Antrag, diese Post um fast 2 Millionen auf 4 Millionen zu erhöhen, nicht durchgedrungen ist, da die ÖVP im Gegenteil eine Herabsetzung um 1 Million beantragt hat. Wir anerkennen, daß auf dem Gebiete des Schulbaues gerade auch in vielen kleineren und mittleren Gemeinden schon sehr viel geschehen ist und daß diese Bauten nicht nur aus dem genannten Fonds, sondern auch aus dem sogenannten „Gemeindeausgleichsfonds“ mit den Bedarfszuweisungen durch die beiden Herren Referenten, Herrn Landeshauptmann Krainer und Herrn Landesrat Matzner, gefördert wurden, wobei wir Gemeindevertreter allerdings darauf verweisen müssen, daß es sich dabei um eigene Einnahmen der Gemeinden handelt. Aber es ist auch auf diesem Gebiete noch viel zu tun, besonders in den größeren Gemeinden und Städten ist der geteilte Unterricht fast noch überall die Regel, der zweifellos schwere Belastungen und Schädigungen für Eltern und Kinder mit sich bringt. Vielfach fehlen noch die notwendigen, den heutigen Anforderungen entsprechenden Schulgebäude. Ich muß aber den Anlaß wahrnehmen, um im Namen der Sozialistischen Partei auf das nachdrücklichste unseren Willen zu bekunden, den Ausbau des Schulwesens (wobei ich nicht bloß an die Schulbauten denke) zu fördern und damit beizutragen, Kindern eine gute Schulbildung für ihr Leben mitzugeben, besonders auch denen, die sonst an materiellen Gütern von ihren Eltern nichts mitbekommen können.

Das Kapitel des Voranschlages, das in Wirklichkeit am meisten Aufwendungen erfordert, ohne daß wesentliche Einnahmen ihnen entgegenstehen, betrifft die Erhaltung und den Ausbau unserer Straßen. Es fällt uns Sozialisten

gar nicht ein, die Bedeutung der einzelnen Arbeits- und Leistungsgebiete des Landes etwa darnach zu beurteilen, ob der Referent unserer Partei angehört oder einer anderen. Wir werden uns immer nur nach rein sachlichen und objektiven Gesichtspunkten entscheiden.

Und so hat die Erkenntnis von der Bedeutung des Straßenwesens für das ganze Land, für den Verkehr und die Wirtschaft, aber auch für die Existenz tausender Arbeiter und Angestellten schon den Finanzreferenten des Landes, Landesrat Horyatek, dazu gebracht, bei der Notwendigkeit der Kürzung der ursprünglichen Ansätze für alle Leistungsgruppen des Landes die für die Straßen ungekürzt zu lassen, als einzige Post im ganzen Landesvoranschlag zweifellos ein Zeugnis für seine politische Objektivität, die wir vollkommen billigen. Wir wissen natürlich, daß die Wünsche der Bevölkerung in allen Teilen des Landes weit über das hinausgehen, was das Land in seinem Voranschlag für diesen Zweck unterbringen kann; manche dieser wünschenswerten Aufbaupläne mußten ebenfalls in den außerordentlichen Voranschlag verwiesen werden, aber wir glauben, sagen zu dürfen, daß das Land Steiermark in den letzten Jahren für diesen Teil seines Aufgabenkreises ganz gewaltige Leistungen vollbracht hat, die sich immerhin sehen lassen können. Wo Wünsche vorläufig unerfüllt bleiben müssen, werden die nächsten Jahre hoffentlich Erfolg bringen.

Lassen Sie mich aber auch noch ein paar Worte zu dem Kapitel des Voranschlages sprechen, in dem von der Förderung der Landwirtschaft die Rede ist.

Die Sozialistische Partei ist keinesfalls nur eine Partei der arbeitenden Menschen in den Städten oder Industriegemeinden. Wir wissen die Bedeutung der Landwirtschaft wohl zu schätzen. Wir wissen, daß die Arbeit des Landwirtes eine Basis schafft für das Leben unseres Volkes und seine wirtschaftliche Entwicklung. Wir haben uns daher in der Landesverwaltung niemals den erheblichen Forderungen der Vertreter der Landwirtschaft nach Förderung der verschiedenen Aufgabengebiete dieses Lebenskreises widersetzt, sondern ihrer Erfüllung in dem Maße zugestimmt, als es eben im Rahmen des jeweiligen Voranschlages möglich war. Das ist auch im heurigen Jahr so geschehen; so sind in dieser Gruppe 7 des uns vorliegenden Voranschlages wirklich große Summen zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft und ihrer einzelnen Zweige eingesetzt worden, im ganzen über 19 Millionen. Auch die Beträge, die der Land- und Forstwirtschaftskammer direkt vom Lande überwiesen werden zur Erfüllung ihrer Aufgaben, betragen über 5 Millionen und wurden durch die Anträge des Finanzausschusses noch erhöht.

Die steirische Landwirtschaft hat zweifellos nach dem Kriege eine große Wiederaufbauarbeit vor sich gehabt, die zum Teil unter den schwierigsten Verhältnissen durchzuführen war. Unser Land verfügt zum großen Teil nur über

landwirtschaftliche Kleinbetriebe, die ja schwer wirtschaften. Trotzdem hat auch die steirische Landwirtschaft schon große Fortschritte gemacht. Wenn da und dort noch eine gewisse Rückständigkeit in den landwirtschaftlichen Bewirtschaftungsmethoden herrscht, so ist dies bedauerlich. Man wird sagen müssen, daß zur Modernisierung noch nicht alles geschehen ist, was wünschenswert wäre. Wir wollen daher im Gesamtinteresse unserer Bevölkerung anerkennen, daß besonders unser Landtagspräsident Wallner mit seinen Mitarbeitern sich bemüht, auf diesem Gebiete Abhilfe zu schaffen. Wir begrüßen aus diesem Grunde auch die Kurse von St. Martin, die wir immer unterstützt haben. Wir glauben, daß damit auch ein Beitrag zur Bekämpfung der Landflucht geleistet wird, die wir gemeinsam mit Ihnen, meine Herren Bauernvertreter, bedauern. Was hier entgegenwirken kann, das wollen wir stets unterstützen. Daher sind wir besonders für die Maßnahmen, die zur Selbsthaftmachung und Sicherung der landwirtschaftlichen Arbeiter, Pächter und Kleinlandwirte dienen und begrüßen es, daß für diesen Zweck der ursprünglich eingesetzte Betrag von 600.000 S um nicht weniger als 1-4 Millionen Schilling erhöht werden soll, ebenso wie wir die Familiengründungsbeihilfen für landwirtschaftliche Arbeiter, die landwirtschaftliche Berufsausbildung und ähnliche Posten gerne in unserem Voranschlag sehen.

Freilich dürfen wir nicht verschweigen, daß die Klagen der bäuerlichen Kreise über die Landflucht den Städter manchmal sonderbar anmuten, wenn er sieht, daß es oft genug auch Söhne und Töchter der Bauern, ja selbständige Bauern selbst sind, die das Land verlassen, um in die Stadt zu gehen und hier ihre Existenz zu suchen. Wir wissen wohl, daß dafür sehr viele verschiedene Gründe maßgebend sind.

Wir halten es aber für gänzlich verfehlt, die Schäden dieser Landflucht etwa dadurch auszugleichen, daß man zwangsweise Städter dazu nötigt, auf dem Land zu arbeiten. Wir werden uns daher dem Antrag des Herrn Abgeordneten Hegenbarth widersetzen, der die Einführung eines Jugenddienstjahres zum Ziele hat. Wenn dabei zunächst auch nur von Freiwilligkeit die Rede sein mag, so haben uns die Erfahrungen doch gezeigt, wohin diese führt: Zur Jugenddienstpflicht. Mit Zwang aber ist in solchen Fragen nichts zu machen; und es wäre widersinnig, daß die eigenen jungen Leute der Landwirtschaft vom Lande weglaufen, um in der Stadt ihr Brot zu verdienen, daß dafür aber junge Städter ihre Arbeit auf dem Lande verrichten sollen.

Ich habe auf die großen Summen verwiesen, die im Voranschlag für die Förderung der Landwirtschaft eingesetzt sind. Sicher kann bei richtiger Verwendung auch im kommenden Jahre mit diesem Geld viel getan werden. Leider aber besteht noch immer die Klage der sozialistisch eingestellten, ja überhaupt der nicht der ÖVP angehörigen Bauern, daß sie in

die Verteilung und Aufwendung dieser Mittel wenig Einblick und darauf gar keinen Einfluß haben. Vieles davon wird von der Landwirtschaftskammer sehr autoritär durchgeführt. Man darf sich daher nicht wundern, wenn ein gewisses Mißtrauen besteht; trotz allem offiziellem Leugnen wird immer wieder berichtet, daß der groß aufgebaute Apparat der Kammer manchmal auch für parteipolitische Zwecke mißbraucht wird.

Einzig bei der Post 745 „Bäuerliche Fortbildungsschulen“, für die verhältnismäßig wenig eingesetzt ist — vielleicht 1¼ Millionen Schilling — hat auch unsere Gruppe Einblick und Mitspracherecht im Landeslandwirtschaftsfortbildungsschulrat. Unsere Fraktion ist überzeugt, daß die landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen einer noch ausgiebigeren Förderung bedürfen, da die notwendige, auch theoretische Weiterbildung der breiten Masse der Bauern und Landarbeiter im Zeitalter der Technik und der angewandten Wissenschaft früher oder später zu obligaten Pflichtberufsschulen führen muß.

Ich darf in diesem Zusammenhang mit einem Wort auf die vor kurzem stattgefundenen Landarbeiterkammerwahlen zurückkommen. Sie haben — wenn man die Gruppe der Angestellten wegläßt — eine Mehrheit für die Sozialistische Organisation gebracht. Sie haben damit deutlich gezeigt, daß auch auf dem Lande das sogenannte patriarchalische Verhältnis zwischen dem Bauern und seinem Knecht, das längst nicht mehr echt war, zerfällt. Auch die Landarbeiter werden sich ihres Schicksals bewußt, daß ihre Interessen nicht dieselben sind wie die der großen Bauern, auch wenn die gemeinsame Arbeit sie natürlich zusammenhält. Sie wollen die Vertretung ihrer Interessen in die eigene Hand nehmen und wir begrüßen das. Freilich stehen wir auch hier auf dem Standpunkte, daß diese Gegensätze nicht durch wilden Kampf ausgetragen werden sollen, sondern durch Berücksichtigung der berechtigten Forderungen der Landarbeiter, die ihrerseits das Verständnis für die Notwendigkeiten der bäuerlichen Betriebsführung nicht vermissen lassen werden. Gegenseitiges verständnisvolles Zusammenarbeiten ist auch hier das wünschenswerte Ziel.

Lassen Sie mich aber bei dieser Gelegenheit noch auf etwas verweisen, das ich als Vertreter der städtischen Bevölkerung vorbringen möchte, wobei ich überzeugt bin, damit gerade bei den Bauern volles Verständnis zu finden. Die städtische Bevölkerung ist in ständigem Maße unzufrieden, ja verbittert darüber, daß ihr noch immer, fast 8 Jahre nach Kriegsende, eine entwertete Milch dargeboten wird, mit einem Fettgehalt von 2½%. (LR. Prirsch: „Das ist die Helmer-Milch vom 5. Lohn- und Preisabkommen!“ — Heiterkeit.) Die Bauern liefern eine wesentlich höherwertige Milch; die Städte müssen diese sogenannte „Trinkmilch“ kaufen, deren Bezeichnung ja eigentlich eine durch den Codex alimentarius austriacus verbotene Falschmeldung ist. Die uns aus dem Kriege bekannte

Bezeichnung „entrahmte Frischmilch“ wäre wahrheitsgemäßer und richtig. Aber abgesehen von dem irreführenden Namen, wir haben keinen Milchmangel mehr in Österreich; rund 1 Milliarde Liter Milch steht zur Verfügung. Nicht einmal jetzt im Winter etwa gibt es in Graz ernstlichen Milchmangel. Und die Bevölkerung, vor allem die Frauen, die für die Kinder zu sorgen haben, verstehen es nicht, daß noch immer der Milch ihr natürlicher Fettgehalt entzogen werden muß, während die in den kleineren Orten oder natürlich auf dem Lande Lebenden die wertvolle Vollmilch genießen können. Die Bauern — ich weiß das aus vielen Äußerungen — sind auch darüber verärgert. Sie sind sich bewußt, vollwertige Milch in die Städte zu liefern und finden den von den Städtern geäußerten Unmut unberechtigterweise auf sich abgeleitet. Ich weiß natürlich, daß diese Frage nicht eine steirische allein ist, sondern für die größeren Städte ganz Österreichs gilt. (LH. Krainer: „Das ist nur eine Frage des Preises!“) Ich weiß, daß das eine Relegung des Milchwirtschaftsverbandes ist, die von der Schließung der sogenannten Fettlücke ausgegangen ist und natürlich auch eine finanzielle Seite hat, die sich beim Milchpreis ausdrücken muß. Aber ich glaube, im Namen und im Interesse unserer Bevölkerung aussprechen zu müssen, daß es nun höchste Zeit ist, auf diesem Gebiet endlich diese Kriegsregelungen aufzugeben und die Versorgung unserer Bevölkerung mit vollwertiger Milch durchzuführen.

Wenn in unserem Voranschlag mit seinem Umfang von über 555 Millionen Schilling die wirtschaftlichen Fragen naturgemäß die entscheidende Rolle spielen, so wollen wir doch die Kulturfragen keinesfalls vergessen. Herrn Landesrat Dr. Illig — er ist leider momentan nicht im Hause — muß ich wegen seines Hinweises auf Wien und dessen angeblich geringe Kulturförderung freilich sagen, daß der Wohnungsbau, den Wien allein in Österreich so großartig durchführt, wohl auch echtste Kulturarbeit ist. Wir wollen aber bei den Kulturfragen im engeren Sinn mit wirklicher Befriedigung feststellen, daß das Land Steiermark auch für die Erfordernisse der Kunst und Wissenschaft erhebliche Mittel bereitgestellt hat. Wir wissen, daß es Kreise in der Bevölkerung gibt, die solche Aufgaben für überflüssig halten, die der Meinung sind, man soll auch diese Beträge — die neben den erwähnten für die wirtschaftlichen Aufgaben allerdings verschwindend gering sind — für den Bau von Wohnungen oder den Ausbau von Straßen oder ähnliche Zwecke verwenden. Bei der Notlage vieler Menschen werden wir solche Äußerungen für menschlich begreiflich finden. Wir wollen uns bei der Entscheidung darüber auch nicht hinter den Hinweis zurückziehen, daß ja auch diese kulturellen Aufwendungen schließlich wirtschaftliche Erfolge erzielen, daß Hunderte und vielleicht Tausende von Menschen dabei ihre Existenz finden, daß etwa durch die Förderung des Fremdenverkehrs wieder finanzielle

Mittel ins Land gezogen werden. Wir wollen lieber klar und deutlich sagen, daß die Erfüllung kultureller Pflichten uns ebenso notwendig erscheint wie die aller anderen, ja, daß die Erfüllung aller anderen Pflichten nicht einmal einen Sinn hätte, wenn die kulturelle Hebung und der Aufstieg der Gesamtheit unseres Volkes dadurch nicht mitgefördert würde, wodurch nach einem berühmten Worte Otto Bauers die arbeitenden Menschen aus „Hintersassen der Nation“ erst zu ihren wirklichen Gliedern werden.

Und so begrüßen wir etwa auch die Aufwendungen für die Museen und die Wissenschaftspflege, für die Musikpflege und die Musikschulen. Unsere zweifellos schönen Museen umschließen hohe Werte und üben gewiß auch eine Anziehungskraft auf fremde Besucher aus. Der zuständige Referent der Landesregierung setzt sich für diese Leistungen mit Eifer und anerkennenswertem Erfolg ein. Er muß allerdings erkennen, daß es heute nicht so leicht ist, alle diese Anforderungen zu unterstützen, er muß auch unsere Bedenken gegen solche Ausgaben verstehen. Wenn wir uns aber entschlossen haben, der von ihm eingehend und sicherlich richtig begründeten Förderung, etwa der abschließenden Arbeit im Schloß Eggenberg, auch zuzustimmen, so zeigt das, daß wir auf allen Gebieten helfend mittun wollen, wo es die Förderung wirklicher Kultur gilt.

Das gilt nun vor allem auch für das Theater. Im Voranschlag ist die Summe von 4,364.000 S eingesetzt gewesen, der gleiche Betrag, den auch die Stadtgemeinde Graz zur Führung der Vereinigten Bühnen beizutragen hat. Bekanntlich ist vor über zwei Jahren der Vertrag zwischen den beiden Gebietskörperschaften abgeschlossen worden, der die seinerzeitigen Städtischen Bühnen und das seinerzeitige Landestheater zu den „Vereinigten Bühnen Land Steiermark, Stadt Graz“, zusammengefaßt hat. Dieser Vertrag endet nach dreijähriger Dauer am 31. August 1953. Es war nun darüber zu entscheiden, ob und für wie lange er verlängert werden soll. Erschwert wurde diese Entscheidung dadurch, daß, wie ja allgemein bekannt ist, das Grazer Schauspielhaus seit Beginn dieser Spielzeit aus bau- und feuerpolizeilichen Gründen gesperrt werden mußte, so daß der Betrieb der Vereinigten Bühnen — neben den ungefähr 120 Gastspielen in den steirischen Städten und Märkten — nur mehr auf das Grazer Opernhaus und den Rittersaal hier im Landhaus beschränkt ist. Diese Situation ist unerfreulich und auf die Dauer unhaltbar. Man wird die Frage der Wiederherstellung des Schauspielhauses ernstlich prüfen müssen und hat ja die entsprechenden Untersuchungen zum Teil schon durchgeführt; es liegt viel Material darüber vor. Aber die Entscheidung wird schwieriger sein, als es sich viele Außenstehende und Laien vorstellen. Sie wird in ruhigem Studium und ruhiger Beratung gefunden werden müssen, für die jetzt vor den Wahlen die Zeit nicht gegeben ist. Daher haben die Besprechungen der drei Par-

teien einmütig ergeben, daß der Vertrag zwischen Land und Stadt zur Fortführung der Vereinigten Bühnen zunächst um zwei Jahre verlängert werden soll, damit in dieser Zeit der Theaterbetrieb ruhig weitergeführt und zugleich die entscheidenden Besprechungen über die künftige Konstruktion abgeführt werden können. Da jedoch auch auf diesem Gebiete Sparen notwendig ist, wurde im Finanzausschuß die Kürzung des Kredites um 150.000 S beschlossen, die natürlich die Stadtgemeinde Graz in ihrem Voranschlag in der gleichen Höhe durchführen wird. (LH. Krainer: „Die Stadtgemeinde muß nicht kürzen!“) Die Beträge müssen ja die gleichen sein, wir würden ja sonst das Land beschämen und in seinem Einfluß zweifellos zurückdrängen, was wir ja nicht wollen. Es ist damit also gewissermaßen ein Provisorium geschaffen worden, das aber, wie ich hoffe und glaube, die Voraussetzungen für eine künftige wirklich konstruktive Lösung des Problems schafft. Dabei wird, ich wiederhole es, die Frage des historisch schönen und für die Pflege des Schauspiels so außerordentlich geeigneten Schauspielhauses eine wesentliche Rolle spielen müssen.

Zu hoffen ist allerdings, daß die Bevölkerung der Stadt Graz und die anderen Besucher des Theaters aus der Steiermark ihr Interesse an der Pflege guter Theaterkunst auch durch regen Besuch bekunden, der ja die einzige Rechtfertigung für die Aufwendung so bedeutender öffentlicher Mittel für diese Kunstgattung darstellt.

Wir stehen verhältnismäßig nahe vor der neuen Wahl und der Landtag wird wahrscheinlich kaum mehr als eine Sitzung abhalten. Wir glauben allerdings, daß ein Problem noch erledigt werden muß, nämlich das Gesetz über die Gemeindebeamten-Dienstordnung, das die Vertreter der Gewerkschaft mit allem Recht nach fast dreijährigem Warten ungeduldig verlangen. Wir halten die Forderungen der Gewerkschaft, die sie dabei erhebt, zum großen Teil für berechtigt und drängen darauf, daß das Gesetz noch durch diesen Landtag erledigt wird. Wir müssen darauf verweisen, daß der Landtag dem zuständigen Gemeinde- und Verfassungsausschuß eine Frist gesetzt hat, die am 20. Dezember abgelaufen ist, so daß die Frage an den Herrn Präsidenten des Hauses berechtigt wäre, welche Schritte zu unternehmen sind, um die vom Landtag gewünschte Erledigung nun auch wirklich durchzuführen.

Hoher Landtag! Ich bin am Ende meiner Ausführungen. Ich wiederhole, daß die sozialistische Fraktion des Landtages und unsere Partei überhaupt es begrüßen, daß der Landtag den Voranschlag 1953 noch im Dezember erledigt. Wir sehen darin die Grundlage für die ordnungsgemäße und sachliche Arbeit, auf der die Demokratie beruhen muß; es ist erfreulich, daß sich die drei großen Parteien zu ihr zusammengefunden haben, ohne der vielleicht zu befürchtenden Wahldemagogie bei der Beratung des Voranschlages Raum zu geben, was ich im Ge-

gensatz zu Dr. Illig ausdrücklich feststellen muß, wobei ich allerdings in der Beurteilung der Haltung seiner eigenen Partei ihm die bessere Kenntnis zugestehen muß. (Landesrat Dr. Illig: „Ein Spaßvogel!“)

Diese sachliche Arbeit bedeutet allerdings, daß wir die Bevölkerung nicht mit leeren Versprechen oder mit in der gegenwärtigen Zeit und Lage unerfüllbaren Forderungen an der Nase herumführen wollen, sondern daß wir nur das in den ordentlichen Voranschlag aufnehmen, was wir tatsächlich dann durchführen können und werden.

Täuschungsmanöver, hinter denen sich in Wirklichkeit das Bestreben verbirgt, dem Volke das wirklich Geleistete zu verschweigen, es unzufrieden zu machen und aufzuhetzen, um so womöglich ein Chaos als Schrittmacher für eine Diktatur herbeizuführen, solche Täuschungsmanöver lehnen wir entschieden ab.

Weihnachten steht vor der Tür, das Fest der Liebe und das Fest des Friedens. Aber unser Volk — und nicht nur dieses allein — ist gepeinigt von der Furcht vor einem neuen Krieg, die genährt wird durch die ungeheuren militärischen und kriegerischen Leistungen, die schon nahe unseren Grenzen im Osten ständig wachsen und auch gar nicht verborgen werden. Und wie sich die freilich kleine Gruppe von Österreichern, die sich als Agenten dieser Macht bei uns in der Kommunistischen Partei gesammelt hat, bei jeder Wahl immer wieder mit neuem Namen tarnt und dieses Mal als sogenannte „Volksopposition“ auftritt, so dienen auch die sogenannten Friedenskongresse, wie wir einen ja gerade in Wien erlebt haben, der gleichen Tarnabsicht. Kongresse, bei denen teils gutgläubige, weltfremde Naive, teils Ehrgeizlinge, teils Rückversicherer, deren Haut so dick ist, daß sie ohne Rückgrat stehen können (Heiterkeit), im Vordergrund agieren müssen, während sie in Wirklichkeit durch die führenden Männer der KP, soweit sie noch nicht gesäubert sind, wie Marionetten an Drähten gezogen werden.

Freilich, das alles nützt nichts, denn unser Volk hat seine bitteren Erfahrungen machen müssen und ist gewarnt; es weiß, daß alle die lockenden Friedensschalmeien, wenn es ihnen nachgäbe, es ins Unglück und in die Sklaverei führen würden. Freiheit aber ist der höchste Wert der Menschheit; wir haben immer für sie gekämpft und werden auch weiter für sie kämpfen!

In der Überzeugung, daß die Erledigung des Voranschlages nicht nur formell notwendig ist, daß durch ihn nicht nur für unsere Bevölkerung wieder wirkliche Werte und Hilfen geschaffen werden, sondern daß sich dadurch vor allem der Landtag als Garant der Demokratie erweist, an der wir Sozialisten unverbrüchlich festhalten, in dieser Überzeugung werden wir dem Voranschlag in seiner vom Finanzausschuß vorgelegten Fassung unsere Zustimmung geben. (Anhaltender, starker Beifall bei SPÖ.)

Abg. Strohmayer: Die Budgetvorlage 1953 erfüllt eine von uns immer wieder gestellte Forderung, der Wohnbauförderung besondere Beachtung zuzuwenden. Immer wieder ist uns da entgegengehalten worden, die Wohnbausache sei nicht Landesangelegenheit. Endlich heuer, im Budget 1953, erscheint ein Betrag von 30 Millionen Schilling, der zirka 100 Millionen Schilling Baukapital in Bewegung bringen wird.

Weiter beinhaltet die Vorlage diesmal keine Steuererhöhungen und wir finden auch im Budget sehr, sehr einschneidende Kürzungen besonders bei den Sachausgaben. Wir haben daher beschlossen, dieser Budgetvorlage unsere Zustimmung zu geben.

Während der Beratungen im Finanzausschuß mußten wir leider Gottes feststellen, daß man unsere bescheidenen Forderungen, die wir gestellt hatten, auch nicht voll erfüllen konnte. Wir waren diesmal mit unseren Forderungen mehr wie bescheiden, absichtlich wollten wir keine Wahanträge stellen und absichtlich keine weitere Belastung bringen, weil wir uns selbst sagten, daß eine weitere Belastung unmöglich erscheint. Aber daß uns die eine Forderung, auf die wir besonderen Wert gelegt haben, abgeschlagen wurde, das haben wir sehr, sehr unangenehm feststellen müssen. Diese eine Forderung war, daß man dem Verband der Kriegsverehrten, dem Landesverband Steiermark — das stimmt nicht von den 50 Mann Mitgliedern — mindestens 10 % dessen zubillige, was man dem Kriegspferverband gibt. Auch das wurde abgeschlagen mit der Begründung, daß man eine Zersplitterung des Kriegspferverbandes nicht subventionieren wolle. Das halten wir für undemokratisch. Wir haben 30.000 Kriegspfer und 3000 davon im Verbands der Kriegsverehrten. 10 % der Summe wäre also sicherlich berechtigt gewesen.

Weiters haben wir uns auf den Standpunkt gestellt, daß die Rabattgewährung der Krankenkassen nicht in diesem Ausmaße, wie sie jetzt gegeben wird, berechtigt erscheint. Man gibt jetzt 11,1 %, ohne daß man das irgendwie rechtfertigen könnte. Desgleichen mußten wir feststellen, daß die Krankenkassen enorme Rückstände bei den Krankenanstalten haben. Es ist das unerklärlich, wenn man weiß, welche aktiven Gebarungen die Krankenkassen derzeit haben und wenn man weiß, wie rigoros von ihrer Seite die Rückstände eingetrieben werden. In den letzten drei Monaten sind mir zwei Betriebe bekannt geworden, die allein wegen ihrer Krankenkassenrückstände in den Konkurs getrieben worden sind.

Bei den Budgetberatungen haben wir aus dem Munde des Herrn Finanzreferenten hören können, daß wir bei der Wein- und Schaumweinabgabe und noch einer anderen Abgabe hier in der Steiermark an erster Stelle vor allen anderen Bundesländern stehen in der Einbringung. Man wollte damit andeuten, daß dies ein Zeichen der Prosperität sei. Ich aber bin der Meinung, daß dies falsch ist, daß dies ausschließlich ein Zeichen der harten Einbringungs-

methoden ist, die wir hier in Steiermark haben. Wenn man selbst in einem Betrieb ist, sieht man erst, wie beinahe alle zwei bis drei Tage ein Kontrollor oder Buchsachverständiger kommt und wie die es verstehen mit allen Feinheiten etwas herauszuholen. Es ist eine steirische Spezialität, daß wir alles 150%ig erfüllen wollen. Darin aber ein Symptom der Prosperität zu erblicken, ist vollkommen falsch. Wir ersehen hier aus unserem Budget selbst, daß man eine Minderung des Einkommens annimmt, weil man die Einkommensteuersätze, die man im Vorjahr mit 59 Millionen Landesanteil präliminiert hat, in diesem Budget nur mehr mit 48 Millionen einsetzt. Damit wird bewiesen, daß der Lebensstandard zurückgeht.

Wir haben bei der Erstellung dieses Budgets zwei Hauptmomente im Auge gehabt, die dieses Budget für uns annehmbar gemacht haben. Das erste Moment, das sehr in die Waagschale fiel, waren die kommenden Wahlen, denn da hat sich wohl jeder bemüht, keine Erhöhungen zu beantragen und das zweite Moment sind die Zeit und die Verhältnisse, in denen wir leben und die bereits unhaltbar geworden sind. Wenn wir uns diese Verhältnisse in Wirklichkeit anschauen, so sehen wir, daß wir wieder dort sind, wo wir in den Jahren 1934 und 1935 waren, als dann Dollfuß seine Experimente machen mußte. Wir haben jetzt die gleichen Verhältnisse und die gleichen Menschen: Ausgleiche, Konkurse, Bettler, Straßensänger, Arbeitslose und Versteigerungen. Das ist die Situation, in der wir stehen. Die Schuld an dieser Situation trägt — und hier muß ich dem Herrn Bürgermeister antworten — einzig und allein nur die Koalition. Durch die Koalition haben Sie es verstanden, uns von der Verantwortung abzu-dränken und jetzt heißt es, wir hätten nichts erreicht. Diese Koalition wird jetzt beiden Partnern zum Verhängnis. Die Menschen haben zur Koalition alles Vertrauen verloren und auch zu den einzelnen Koalitionspartnern. Die Bürgerlichen mußten unter dem Zwange der Koalition selbst der Verstaatlichung zustimmen und die Sozialisten sind im Zuge dieser Koalition zu Vertretern des Kapitals geworden. (Gelächter bei SPÖ.)

Glauben Sie ja nicht, daß so ein sozialistischer Bank- oder Betriebsdirektor ein Wahlschlager für Ihre sozialistischen Wähler sein wird, weil dieser auch nicht um ein Jota besser oder sozialer sein konnte als irgend ein anderer Direktor aus der privatkapitalistischen Zeit. Die Koalition wird Ihnen nun zum Verhängnis. Man will sich ja in den letzten Tagen gewissermaßen nach außen hin abtarnen, ich glaube aber, daß das wieder nur ein koalitionsmäßig ausgeklügeltes Schauspiel ist. Nach der Wahl werden Sie wieder unter dieser einen Decke zusammenkommen, aber nach der Wahl wird Ihnen auch gewissermaßen ein anderes Bild erstehen, denn wir wissen ganz genau, daß diese Wahl dank Ihrer Arbeit für uns günstig sein wird. Wir können es uns daher ersparen, heute hier große Wahlpropaganda und lange Reden zu halten in

der Überzeugung, daß uns der 22. Februar gute Aussichten bietet. (Anhaltender, lebhafter Beifall beim VdU.)

Abg. Scheer: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es ist ein Gebot der heutigen Beratung zum Landesvoranschlag für das Jahr 1953, daß man sich im allgemeinen auch ein Bild über die vergangene gesamte Legislaturperiode machen muß, vom Zeitpunkt der vergangenen Wahl bis zu diesem Zeitpunkt der nun kommenden Wahl. Ich habe das eigentlich bei meinen Vorrednern der ÖVP und SPÖ vermißt. Ich möchte also in einer kleinen Replik auf die geleistete Arbeit im Landtag, vor allem die Arbeit meiner eigenen Fraktion in wesentlichen Zügen zurückkommen.

Das erste Antreten des VdU in der Steiermark in dieser gesetzgebenden Körperschaft erfolgte im Jahre 1949. Bis dahin setzte sich der Steiermärkische Landtag nur aus Mitgliedern der ÖVP, SPÖ und KPÖ zusammen und diese drei konzes-sionierten Parteien mußten wohl oder übel auf Grund des Wahlergebnisses von 1949 einer relativ sehr starken Gruppe, nämlich dem VdU, Platz machen. Dieses Platzmachen ging gefühlsmäßig etwa so vor sich, wie wenn ein neuer Fahrgast in ein Eisenbahnabteil hineinkommt, das schon besetzt erscheint und wo keiner der im Abteil anwesenden Personen gerne zur Seite rückt, um dem Neuankömmling Platz zu machen. Aber davon wollen wir gar nicht reden, daß das Neueintreten immer mit gewissen Schwierigkeiten verbunden ist, sondern das, worauf ich jetzt zu sprechen kommen möchte in diesem Zusammenhang, betrifft etwas, was heute schon beide Vorredner herausgehoben haben, und zwar die Demokratie. Beide Herren, sowohl der Vertreter der Sozialistischen Partei als auch der der Volkspartei, haben heute wieder in großen Worten von dieser Demokratie gesprochen und sie besonders verteidigt. Unser erstes Zusammen-treffen mit der Demokratie bestand darin, daß man uns den Anteil, der uns verfassungsmäßig an der Regierung zusteht, so weit zusammen-gestutzt hat, daß Sie Beide in Ihrer angeblich demokratischen Haltung unserem Regierungs-mitglied nur ein untergeordnetes Referat gelassen haben. Sie haben dieser neu eintretenden Oppositionsgruppe, wenn Sie sie so nennen wollen, nicht den ihr zustehenden Anteil an der Regierung gegeben, und zwar nicht gegeben mit Mehrheitsbeschluß beider Parteien, indem sie sich das abgesprochen haben. Ich erkläre heute, daß der Protest, den wir damals schon gegen diese Ihre undemokratische Haltung eingelegt haben, daß dieser Protest nicht eingeschlafen ist. Sie als Lehrer der Demokratie erhalten in dieser Angelegenheit heute noch von mir die Note „nicht genügend“. Das Verlangen liegt im übrigen, wie Ihnen schon Landesrat Dr. Elsnitz hier sagte, schriftlich vor. Diese Dinge kann man nicht so ohne weiteres vom Hohen Hause zum Fenster hinaus behandeln. Wir sind Demokraten! Seien Sie auch Demokraten der Tat und nicht des Wortes. Das Gleiche — hier sitzt der

Bürgermeister von Graz — ist uns im Grazer Rathaus passiert, wo unsere beiden Stadträte mit verhältnismäßig unbedeutenden Referaten beteiligt wurden. Hier wirkt sich die Demokratie aus, nicht in großen Worten und es ist unsere flammende Überzeugung, daß wir vielleicht in mancher Hinsicht leider Gottes gezwungen sind, mehr die Demokratie zu verteidigen als Sie, die sie sich als unsere Lehrer in diesen Dingen so und so oft aufgespielt haben.

Ich gelange nun zu den verschiedenen Vorkommnissen, die sich im Landtage im Laufe der vergangenen Legislaturperiode abgespielt haben. Der Bürgermeister hat gesagt, wir hätten uns in dieser Zeit nicht so entsprechend aufgeführt und daher nichts erreicht. Wir haben sehr viel erreicht. Mindestens haben wir erreicht, daß die Regierungsparteien sich sehr im Zaume halten mußten, um nicht Dinge zu machen, die sie früher ohne entsprechenden Kontrollfaktor gemacht haben. Wir haben gleich nach unserem Eintreten in besonderer Sorge um die innere Ruhe dieses Landes eine Anfrage an den Landeshauptmann gerichtet, betreffend Handhabung der Preisüberwachung zur Verhinderung weiterer Preisexzesse, wie solche in der Stadt und am flachen Lande überhandgenommen haben. Wir haben aus innerer Sorge an den Landeshauptmann die Anfrage gerichtet, weil die damaligen Zeiten so bewegt waren, und zwar auch nach der Wahl, was sonst nur anlässlich von Wahlzeiten der Fall ist. Diese Sorge hat uns dazu gebracht, den Landeshauptmann auf diesen Gefahrenherd im Innern immer wieder hinzuweisen.

Das Nächste, was uns im Landtag besonders beschäftigt hat, war die Getränkesteuer. Diese Getränkesteuer hat ihre Anlaufzeit hinter sich gehabt und nun komme ich zum 2. Punkt, wo ich wiederum behaupten muß: Hie Wort und hie Tat! Ich muß auf Sie, Herr Landesrat Dr. Illig verweisen, der Sie sich bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten immer wieder als Verteidiger der Gastgewerbetreibenden und des Fremdenverkehrs aufwerfen. Sie haben als Hauptsprecher des großen Grazer Gastwirtetages, der unter dem Motto der Bekämpfung der Getränkesteuer, der Eissteuer gestanden hat, gegen diese Steuer ein großes Veto von sich gelassen, haben aber vergessen, daß Sie 2 Monate vorher hier einer der Hauptsprecher für diese Steuer waren. (Landesrat Dr. Illig: „Das ist eine reine Erfindung!“) Das ist keine Erfindung, weil ich selbst bei dieser Tagung gewesen bin, dort das Wort ergreifen wollte und es mir von Ihnen und Ihrem ganzen dort anwesenden Gastwirteapparat nicht erteilt wurde, weil Sie genau gewußt haben, daß ich dort einen Vergleich zwischen Tat und Wort bringen werde. (Landesrat Dr. Illig: „Das ganze ist ja durch Bundesgesetz geregelt!“) Hier im Hohen Hause haben wir immer unseren Standpunkt vertreten, das ist eine selbstverständliche Angelegenheit. Wir finden es nicht billig, hier den Gesetzgeber zu machen und auf der anderen Seite das gleiche Gesetz zu kritisieren. (Landes-

rat Dr. Illig: „Arabischer Märchenerzähler!“ — Heiterkeit.) Das ist keine Haltung, die sich auf die Dauer mit dem Charakter und der inneren und äußeren Haltung eines Landesrates verträgt. (Landesrat Dr. Illig: „Das ist ja ein Bundesgesetz, begreifen Sie das nicht?“) Wir haben bei der Erkenntnis, daß dieses Gesetz nicht von heute auf morgen verschwinden kann ohne Nachteile für die Gemeinden, beantragt, die Getränkesteuer von 10% auf 5% herabzusetzen und wurden von der ÖVP und SPÖ niedergestimmt.

Ein weiterer Antrag, den wir hier gestellt haben, war der Antrag auf Übertragung der Verwaltung des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds an die Wohn- und Siedlungsfonds der Bundesländer, um diesen Fonds einheitlich so zu gestalten, daß er vom Land aus verwaltet wird und daß die Bundesregierung diesen auf die Länder verteilt. Aus verwaltungstechnischen Gründen soll eine Vereinheitlichung der Verwaltung durch eine einheitliche Aktion der Steiermärkischen Landesregierung in dieser Richtung beim Bunde durchgeführt werden.

Ein gemeinsamer Resolutionsantrag, auf den ich besonders zu sprechen kommen möchte, der damals von der SPÖ, ÖVP und vom VdU eingebracht wurde, hat sich damit beschäftigt, die ehestmögliche Rückführung der Kriegsgefangenen zu betreiben. Auf diesen Antrag möchte ich nochmals zurückkommen vor allem deshalb, weil ein Vertreter einer Partei hier in diesem Landtag in der Gestalt des steirischen Abgeordneten Pölzl sitzt und weil dieser gemeinsame Resolutionsantrag an die Macht gerichtet war oder nur gerichtet sein konnte, die hinter seinem Rücken steht. Wir haben diesen gemeinsamen Resolutionsantrag für diese noch in Lagern oder sonstwo Befindlichen aus heiliger und innerer Überzeugung und aus dem heiligen inneren Gefühl gefaßt, daß es nach 7 Jahren doch für jeden Siegerstaat das geringste Gebot der Menschlichkeit sein müßte, die Kriegsgefangenen nach Hause zu schicken. Es ist einfach unfaßbar, daß wir, die wir nunmehr schon seit Jahren in der Heimat sind, uns vorstellen müssen, daß während einer Zeit, wo wir hier in der Heimat arbeiten und schaffen konnten, soundsöviele Menschen dieser Heimat noch auf fremder Erde als Gefangene in Fesseln liegen. Ich darf in diesem Zusammenhange noch besonders hervorheben, daß in dieser Hinsicht alle drei Parteien, außer den Kommunisten, einig waren.

In einem weiteren Antrag haben wir von unserer Fraktion aus dahingehend plädiert, eine beschleunigte Fertigstellung der Bundesstraße für das obere Murtal durchzuführen und diese Beschleunigung bei der Bundesregierung zu betreiben. Diese Betreibung ist auch durch die Steiermärkische Landesregierung erfolgt, da ein fremdenverkehrsmäßiges Interesse gegeben erschien.

Ich möchte nun zu zwei besonderen Anträgen kommen, die wir hier im Hause eingebracht haben. Es ist dies der Antrag, betreffend die

Verfassungswidrigkeit des Bundesgesetzes vom 22. August 1945 zur Wiederherstellung des österreichischen Beamtentums, das zur Genüge bekannte Beamtenüberleitungsgesetz und der Antrag, betreffend die Einbeziehung sogenannter belasteter ehemaliger Nationalsozialisten in die Rentenversorgung nach dem Kriegsofopferfürsorgegesetz. Beide Gesetze verstoßen gegen Staatsgrundgesetze in Österreich, und zwar erstens gegen das Gesetz der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz und zweitens gegen die gleiche Zugänglichkeit der öffentlichen Ämter für alle Staatsbürger. Drittens verstößt dieses Beamtenüberleitungsgesetz auch gegen die Unverletzlichkeit des Eigentums und viertens verstößt es gegen die Gewährleistung der unbeschränkten Ausübung der politischen Rechte für die öffentlichen Angestellten. Wir werden keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um diese Gesetze früher oder später zu Fall zu bringen, weil wir in uns die Verpflichtung fühlen; daß es unmöglich ist, Verfassungsgrundgesetze und Rechte des Staatsbürgers, die in der Verfassung garantiert erscheinen, auf die Dauer verletzt zu sehen. Noch unglaublicher mutet es an, daß es möglich ist, die Verwirklichung des Hasses gegen seinen einstigen politischen Gegner soweit zu treiben, daß man sogar Kriegsversehrte von der Rentenversorgung ausnimmt, nur, weil sie einer anderen politischen Richtung angehörten oder weil sie in irgendein Schema der belasteten Nationalsozialisten eingereiht worden sind. Es ist uns unverständlich, daß der Haß soweit gehen kann. Wir können auch mit diesem Gesetz eine patriotische Schande ausgleichen.

Ich möchte abschließend auf einen Antrag eingehen, den wir schon im November 1951 eingebracht haben und der sich mit der Normalisierung des kleinen Grenzverkehrs mit Jugoslawien und mit der Rückgabe des österreichischen Privatbesitzes an die Eigentümer beschäftigt. Die Verhandlungen sind nun endlich in Schwung gekommen und wir glauben mit Fug und Recht darauf hinweisen zu können, daß wir einen großen Anteil daran haben, daß es überhaupt zu diesen Verhandlungen gekommen ist. Über die Einzelheiten der Durchführung usw. wird Ihnen im Laufe seines Referates noch unser Abg. Kandutsch das Notwendige zu sagen wissen.

Im großen und ganzen zusammengefaßt möchte ich herausgreifen nur einige Punkte, die sich im Rahmen der vergangenen Legislaturperiode ergeben haben. Wir haben das erste Budget-Provisorium ablehnen müssen, weil wir so wie Sie im Grunde Ihres Herzens grundsätzlich gegen Provisorien sind. Wir haben dann im Laufe der weiteren Jahre, nämlich 1949, 1950 und 1951, den Budgets zugestimmt, weil die Ansätze in diesen Budgets unseren Anforderungen und Erwartungen im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten entsprochen haben. Wir haben das vorjährige Budget 1952 aus dem Grunde abgelehnt, weil in diesem Budget bereits eine Präjudizierung erfolgt ist insofern, als Budgettitel eingesetzt waren, die gesetzlich noch keine Fun-

dierung hatten. Ich denke da an die Landesfremdenverkehrsabgabe, die schon im Budget eingesetzt war, ohne daß eine gesetzliche Grundlage bezüglich dieses Postens bestanden hätte. Auch deshalb war es im vorigen Jahr notwendig, den Koalitionsparteien gegenüber die Ablehnung des Budgets durchzuführen, weil wir bei den entsprechenden Parteienverhandlungen über die Erhöhungs- und Abänderungsanträge des Budgets nicht hinzugezogen worden sind. Aus diesem Grunde konnten wir im Vorjahre diesem nur von der SPÖ und ÖVP verhandelten Budget nicht unsere Zustimmung erteilen.

Zum Schlusse kommend, darf ich feststellen, daß im großen und ganzen die Arbeit in der vergangenen Legislaturperiode in diesem Landtag so recht und schlecht, vielleicht mehr schlecht als recht, mit diesen Parteien der Koalition, die uns gegenübergestanden sind, geleistet wurde und es wird sich erst der neue Landtag mit einer bestimmt anderen Zusammensetzung mit den noch schwebenden Fragen und noch zu erreichenden Dingen zu befassen haben.

Wir können im heurigen Jahr mit Überzeugung feststellen, daß die Dotierungen des Landesvoranschlages 1953 den Gegebenheiten entsprechen und daß wir aus diesem Grunde auch zu diesem Voranschlag unsere Zustimmung geben werden. (Lebhafter Beifall beim VdU.)

Abg. Pölzl: Hohes Haus! Wir haben heute schon eine Reihe von Reden angehört. Die bemerkenswerteste Rede, die sich von den sonstigen Reden bei den früheren Budget-Beratungen sehr unterschieden hat, hat zweifellos Herr Landesrat Dr. Illig gehalten. Sie war nicht bemerkenswert durch das, was sie enthalten hat, sondern durch das, was sie nicht enthalten hat. Ich rufe Sie alle als Zeugen auf! In den vergangenen Jahren hat Herr Landesrat Illig die Budget-Debatte immer damit eingeleitet, daß er, ausgehend von den wirtschaftlichen Verhältnissen in Österreich, unserem Land glänzende Perspektiven für die Zukunft gezeigt hat. Heute habe ich feststellen müssen, daß er von dieser Praxis vollkommen abgegangen ist. Das ist mir sehr abgegangen, weil ich weiß, daß er als wohlinformierter Direktor der Bundeswirtschaftskammer (Abg. Kandutsch: „Noch nicht!“) sicherlich Material zur Verfügung hätte stellen können über das, was sich in unserer Wirtschaft tut und über das, was wir in Zukunft zu erwarten haben. Was mag denn nur die Ursache sein, warum sich der Herr Landesrat Illig als prominenter Vertreter der besitzenden Klasse in unserem Land über diese Frage ausschweigt? Ohne Zweifel nichts anderes, als die Tatsache, daß er etwas Gutes einfach nicht zu berichten hätte. Das kommt ja auch in unserem Landes-Budget, auch wenn der Herr Landesrat Illig über diese wichtige Frage schweigt, sehr deutlich zum Ausdruck.

Dem Landtag liegt ein Budget vor, wonach der Anteil des Landes Steiermark an den gemeinsamen Steuern um 33 Millionen Schilling

gekürzt werden soll. 33 Millionen Schilling ist viel Geld für die Steiermark und es ist vor allem dann viel Geld für die Steiermark, wenn wir alle gemeinsam ganz genau wissen, daß die Aufgaben des Landes, die Aufgaben der Gemeinden im kommenden Jahr nicht abnehmen, sondern gewaltig zunehmen werden. Ich frage mich, wie konnte der Herr Landesfinanzreferent und seine beigegebenen Berater von der ÖVP zustimmen, daß der Finanzminister die Einnahmen des Landes um einen so hohen Betrag kürzt. Aus den Bemerkungen zum Budget geht hervor, daß diese Kürzungen darauf zurückzuführen sind, daß der Finanzminister anteilmäßig für die Steiermark erwartet, da für dieses Jahr um 11 Millionen Schilling Einkommensteuer, um 7 Millionen Schilling Kopfquotenausgleich, zusammen also um 18 Millionen Schilling weniger Steuern eingehen werden als in den vergangenen Jahren. Es handelt sich hier bei diesen Steuern um Steuern der besitzenden Klasse, es handelt sich hier um veranlagte Steuern, es handelt sich hier nicht um die Lohnsteuer.

Wir wissen aus dem Berichte des Rechnungshofes, daß im Jahre 1951 680 Millionen Schilling Steuerschulden auf Seite der Einkommensteuer, der veranlagten Steuer vor allem der Besitzenden entstanden sind. 680 Millionen Schilling, das ist ein ungeheurer Betrag an Steuerrückständen. Gleichzeitig müssen wir feststellen, daß gerade auf dem Gebiete der Steuern der Besitzenden auch für dieses Budget bereits ein wesentlicher Rückgang der Einnahmen zu erwarten ist. Gegenwärtig stehen die österreichischen Arbeiter und Angestellten im Kampf um die Senkung der Lohnsteuer. Jeder weiß, daß die Kriegs-Lohnsteuer eine schwere Belastung, eine unerträgliche Belastung für die Arbeiter und Angestellten darstellt. Die Führer der Koalitionsparteien ÖVP und SPÖ haben taube Ohren gegenüber den Forderungen der Arbeiter und Angestellten nach Senkung der Lohnsteuer. Aber sie finden es durchaus erträglich, daß die Steuer der Besitzenden nicht eingetrieben wird, sie finden es durchaus erträglich, daß die Steuer der Besitzenden gesenkt wird, während die Steuer der Arbeiter und Angestellten allmonatlich pünktlich vom Lohn und Gehalt abgezogen wird, daß man festhält an dieser Kriegslohnsteuer, die von allen Lohn- und Gehaltsempfängern als grobes Unrecht empfunden wird. Aber nicht nur von dieser Seite wurden die Landeseinnahmen empfindlich geschmälert. Der Landesfinanzreferent und die Vertreter der ÖVP waren damit einverstanden, daß der Bund dem Lande 10 Millionen Vorzugsanteile des Bundes an den gemeinsamen Steuern zusätzlich abzapft. Es waren in den vergangenen Jahren 400 Millionen Schilling, um die die Länder und Gemeinden zu Unrecht geschröpft wurden, nun sind es dieses Jahr 575 Millionen Schilling, 10 Millionen Schilling von diesen neu hinzukommenden 175 Millionen Schilling hat die Steiermark zu tragen. Ein Vorgang, der völlig unverständlich ist, der wahrlich die Frage berechtigt erscheinen läßt, ist denn der Landtag nicht eine derart wichtige und ent-

scheidende Institution in unserem Lande, daß man ihn im Zusammenhang mit der Kürzung der Anteile des Landes Steiermark einberufen und die Frage vorlegen könnte, ob er mit den Kürzungen einverstanden ist oder nicht? Man spricht viel von Autonomie, von Föderalismus, aber in allen diesen wichtigen Fragen, wo es angezeigt wäre, die Stimme des Landtages zu Gehör zu bringen, verzichtet auch Landesrat Illig darauf, daß man den Landtag fragt. Man beschließt einfach mit dem Finanzminister eine Kürzung der Landeseinnahmen, setzt sich mit ihm zusammen und kommt nach Hause und sagt: Was sind wir für Kerle, noch viel mehr hat er von uns haben wollen, aber wir haben einen erbitterten Kampf für die Steiermark geführt und so ist es uns gelungen, den ungebührlichen Wünschen des Finanzministers wenigstens zum Teil die Giftzähne auszuziehen und den Betrag zu senken, den der Finanzminister von uns verlangt hat.

Der Voranschlag, der uns vorliegt, sieht wesentliche Kürzungen der Einnahmen und Ausgaben vor. Er fußt auf Einnahmen, die höchstwahrscheinlich nicht in Erfüllung gehen werden. Die Einnahmen des Staates sind abhängig im wesentlichen von der Situation unserer Wirtschaft. Die Situation unserer Wirtschaft aber gibt allen Kreisen unserer Bevölkerung zu größter Beunruhigung Anlaß. 215.000 Arbeitslose in Österreich, das bedeutet, daß wir in Österreich den Zustand der Massenarbeitslosigkeit wieder erreicht haben. Aber nicht nur das! Von diesen 215.000 Arbeitslosen gibt es soundsoviele Zehntausende, die nicht mehr saisonbedingt arbeitslos sind. Die Dauerarbeitslosigkeit ist das furchtbarste Schicksal, das einen arbeitswilligen und arbeitsfähigen Menschen treffen kann. Und die Perspektive für die Zukunft? Ich weiß, die Koalition spricht nicht gerne davon und ich weiß, man wird es mir übel nehmen und sagen, es besteht schon wieder das Bedürfnis, den Teufel an die Wand zu malen. Der Teufel der Massenarbeitslosigkeit ist bereits da, wir brauchen ihn nicht an die Wand malen und es ist zu befürchten, daß diese Massenarbeitslosigkeit in den nächsten Wochen und Monaten gewaltig zunehmen wird, wenn die gegenwärtige Wirtschaftspolitik und die gegenwärtige Handelspolitik unserer Regierung fortgesetzt wird, wenn es nicht gelingt, mit der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik der Koalitionsregierung am 22. Februar Schluß zu machen dadurch, daß es zu einem anderen Nationalrat und zu einer anderen Regierung kommt, denn von der gegenwärtigen Regierung haben wir in diesem Zusammenhang nichts zu erwarten als eine Fortsetzung der verderblichen Wirtschaftspolitik, die sie in den vergangenen 7 Jahren getrieben hat. Ich weiß, man wird sagen, 7 Jahre waren eben nicht Zeit genug, gebt uns noch einmal 4 Jahre Zeit, dann werdet ihr sehen, was wir leisten! Aber, meine Damen und Herren, die Wähler wissen, daß schon vor den letzten Wahlen so gesprochen wurde, daß auch vor den letzten Wahlen gesagt wurde, laßt uns noch

einmal heran und wir werden zeigen, was wir können. Die Wähler wissen, daß die Sozialistische Partei Vollbeschäftigung versprochen hat, sie wissen, daß Sie einen entfalteten Wohnungsbau versprochen haben, sie wissen, daß die ÖVP eine Prosperität versprochen hat, wie sie noch nie dagewesen ist. Meine Damen und Herren! Diese Versprechungen haben sich alle als unwahr erwiesen. Heute haben wir 215.000 Arbeitslose und wenn wir von den Verhältnissen in der Steiermark ausgehen, wie sie gegenwärtig wirklich sind, dann haben wir das tief beunruhigende Bewußtsein und Gefühl, daß auch in der Steiermark der Höchstpunkt der Arbeitslosenziffer für diesen Winter noch nicht erreicht ist. Wir wissen ganz genau, daß in unserer Industrie ein schweres Bangen besteht vor den nächsten Wochen und Monaten. Schauen wir uns die Lage unserer Industrie an! Wir sehen, daß z. B. unsere Glasindustrie bereits ausgesprochen notleidend ist, daß einige Betriebe stillgelegt sind, andere ihre Produktion eingeschränkt haben, so weit, daß man beinahe von einer Stilllegung sprechen kann. Wir wissen, daß ein anderer wichtiger Zweig der steirischen Industrie, nämlich die Papierindustrie, die bis jetzt keine Krise gekannt hat, in eine kritische Situation getreten ist. Wir wissen, daß in der Papierindustrie ungeheure Lager an Fertigware vorhanden sind und daß diese Lager nicht absetzbar sind. Wir wissen, daß, wenn nicht in absehbarer Zeit eine Absatzmöglichkeit gefunden wird, ein Abbau in dieser Industrie unvermeidbar ist. Nicht nur die Papier- und Glasindustrie, sondern auch die Schuh- und Textilindustrie, die Geschirrinindustrie, auch die Metallindustrie sind bereits außerordentlich krisenanfällig. Die eisenverarbeitende und die Elektroindustrie kann ihren Belegschaftsstand nur noch mit Ach und Krach halten und wir wissen ganz genau, wenn wir von Betrieb zu Betrieb gehen, wenn wir mit Direktoren und Betriebsräten sprechen, daß in allen steirischen eisenverarbeitenden und Elektro-Industrien ein großes Bangen vor den nächsten Wochen und Monaten ist und daß tausende Arbeiter und Angestellte in der Steiermark der kommenden Entwicklung mit banger Sorge entgegensehen.

Die Arbeitslosen, die heute schon zu Tausenden vor den Arbeitsämtern stehen, haben ihre Forderungen angemeldet, Forderungen, die sie mit Recht erheben. Sie haben verlangt, man solle auch ihnen ein Weihnachtsfest bereiten, sie haben verlangt, man solle ihnen außer der spärlichen Arbeitslosenrente, die ja wirklich zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel ist, zu Weihnachten außertourlich 200 S ausbezahlen und man solle den Arbeitslosen Brennstoffzuteilungen zur Verfügung stellen, damit ihnen wenigstens eine warme Stube bleibt. Die beiden Koalitionsparteien, die Regierung, der Bundeskanzler, der Landeshauptmann, der Bürgermeister, sie alle haben taube Ohren für die Forderungen der Arbeitslosen. Für die Ärmsten in unserem Land ist wieder einmal kein Geld da.

Neben den Arbeitslosen haben die Altersrentner verlangt, man möge ihnen, die ja ohnehin mit Hunger-Renten ihr Leben fristen, eine 13. Monatsrente gewähren, ebenso den Kriegsinvaliden. Eine Abordnung der Altersrentner kam zum Landeshauptmann, kam zur Bundesregierung. Sie wurden vom Sozialminister zum Finanzminister verwiesen, aber sie wurden mit leeren Taschen nach Hause geschickt. Sie haben die 13. Monatsrente nicht erhalten, obwohl jeder von uns weiß, daß die Altersrentner diese Forderung mit vollem Recht erhoben haben, daß sie mit Recht verlangt haben, daß man auch ihnen einen kargen Weihnachtstisch decken soll. Ein Weihnachtstisch soll nicht nur da sein für diejenigen, die noch arbeiten können, die die Möglichkeit haben, durch ihrer Hände Arbeit ihr Brot zu verdienen, sondern auch für diejenigen, die sich durch jahrzehntelange, ehrliche Arbeit das Recht erworben haben, auch Weihnachten feiern zu können. Aber die Altersrentner sind mit ihren Forderungen ungehört geblieben. Dis heißt, man hat sie wohl angehört, hat ihnen auf die Schulter geklopft, aber man ließ sie dann mit leeren Taschen abziehen. Das werden sich die Altersrentner merken für den 22. Februar. Wenn der Herr Bürgermeister Dr. Speck hier in sehr bewegten Worten davon gesprochen hat, daß der Herr Finanzminister Dr. Kamitz einen Anschlag auf die Altersrentner durchführte und daß dies die Regierungskrise auslöste, so kann ich dazu nur sagen, die Sozialistische Partei wird sich um die Verantwortung nicht drücken können, da sie mit Dr. Kamitz und mit seinen Leuten jahrelang in einer Regierung gesessen ist, in einer Regierung, die gegen das Volk, gegen die Alten, gegen die Invaliden, gegen die Arbeitslosen und gegen die werktätigen Menschen regierte. Es ist tief bedauerlich, daß gerade die Sozialistische Partei sich anlässlich der Diskussion der Bereitstellung der Mittel für die Altersrentner dazu hergegeben hat, die Frage zur Diskussion zu stellen, ob nicht die Anspruchsberechtigung für die Altersrente so verändert werden könnte, daß der Angestellte und Arbeiter erst mit 70 Jahren eine Anspruchsberechtigung erhält. Meine Damen und Herren, eine solche Einstellung zu dieser Frage ist mir als Mensch, der in der sozialistischen Bewegung aufgewachsen ist, vollkommen unverständlich. Sie ist auch vollkommen unverständlich der Masse der Arbeiter und Angestellten. Es wird gesagt, die Menschen werden immer älter, gradeso, als ob das eine Katastrophe wäre. Es ist doch gut und schön, wenn es heute auch dem arbeitenden Menschen möglich ist, ein höheres Lebensalter zu erreichen. Gönnen wir ihm diese Zeit nach einem arbeitsreichen Leben. Denn wenn er mit 65 Jahren schon sterben würde, hätte er sowieso nichts von der Altersrente. (Landesrat Dr. Illig: „In der Sowjet-Union erreicht ein solches Alter nur Väterchen Stalin!“) Es ist tief bedauerlich, daß Sie anlässlich der Diskussion einer so ernsten Frage nichts anderes tun können, als einen Witz zu machen.

Während die Frage diskutiert wird, die Altersgrenze für den Bezug der Alters- und Invaliditätsrente hinaufzusetzen, kämpft gleichzeitig eine ungeheure Zahl unserer Jugendlichen vergeblich um einen Lehr- und Arbeitsplatz. Zehntausende junge Menschen in Österreich haben keine Chance, einen Arbeitsplatz oder einen Lehrplatz zu erhalten. Sagen Sie nicht, in unserem Landesbudget sei ohnehin allerlei vorgesorgt, um die Jugendarbeitslosigkeit, um die Jugendberufslosigkeit besser gesagt, zu beheben. Alle diese Mittel- und Mittelchen sind völlig ungenügend, um diesem großen Problem der Jugendarbeitslosigkeit, der Jugendberufslosigkeit Herr zu werden. Nach der Volkszählung 1951 gibt es in Österreich 340.000 Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren. Nur 279.000 davon standen in Arbeit oder waren Schüler. 61.000 von ihnen waren ohne jede Beschäftigung. Ich frage Sie, meine Herren, ist das Demokratie, ist das Freiheit, wenn in einem Lande wie Österreich mit einer verhältnismäßig geringen Bevölkerungszahl eine so ungeheure Zahl von jungen Menschen, die arbeiten und lernen wollen, berufslos herumlungern und verwahrlosen müssen, weil man ihnen das wichtigste Erziehungsmittel, das es für einen jungen Menschen überhaupt gibt, die Arbeit, vorenthält? Das ist nicht Freiheit, das ist nicht Demokratie, die wir meinen, das ist ein grobes, ein abscheuliches Unrecht, das man an diesen jungen Menschen begeht. Fragen Sie heute einen jungen Menschen, was willst du werden? In 90 von 100 Fällen kann er ihnen keine Antwort geben. (Zwischenruf: „Mitglied der Volksopposition!“) Wir können feststellen, daß wenn wir mit unseren studierenden Jugend sprechen und an sie die Frage richten: Was willst Du werden?, daß die meisten Jugendlichen nicht in der Lage sind, zu sagen, für welchen Beruf sie sich entschieden haben. Sie gehen in die Schule, sie lernen, ohne daß sie das, was sie lernen, jemals anbringen können. Daran drohen sie zu verzweifeln und ihre Professoren wissen ihnen keinen Rat und auch die Eltern wissen keinen Rat und nun werden zehntausende von Jugendlichen die Schule verlassen, für die kein Lehrplatz da ist, keine Arbeit da ist. Das Mittel, das der Sozialminister vorgeschlagen, die Schulzeit um ein Jahr zu verlängern oder um ein Jahr später beginnen zu lassen, ist kein Vorschlag, der dem Problem in irgendeiner Weise gerecht werden könnte, im Gegenteil nur eine Ausflucht vor dem Problem. Wir sind weit davon entfernt, dagegen zu sein, daß die Bildung unserer Jugend verbessert wird, die Schulzeit verlängert wird, aber sorgen wir zunächst dafür, daß die achtjährige Schulzeit wirklich ausgenützt wird, daß der Schichtbetrieb in den Schulen aufhört, unsere Jugend die Möglichkeit hat, in gesunden Schulen bei einer entsprechenden Schülerzahl die achtjährige Schulzeit voll und ganz auszunützen und dann reden wir über die Verlängerung der Schulzeit und setzen wir vor allem die Eltern in die Lage, eine Verlängerung der Schulzeit finanziell auch tragen zu können.

Natürlich, es gibt ja Auswege, auf die ja vielfach hingewiesen wird, so hat z. B. der Abg. Hegenbarth bei der Diskussion im Finanzausschuß die Frage des Arbeitsdienstes zur Diskussion gestellt. (Bravo-Rufe beim VdU.) Ich kann mir schon vorstellen, daß es Leute gibt, die bereit wären, die Arbeitskraft der Jugendlichen, eventuell auch der Kinder auszunützen (Zwischenruf beim VdU: „Uran-Bergwerke!“), landwirtschaftlich dienstbar zu machen. Es ist kein Zweifel, daß für unbezahlte Arbeitskräfte Plätze und Möglichkeiten genug vorhanden wären. Darum handelt es sich nicht. Es handelt sich darum, den Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, einen ordentlichen Beruf zu erlernen. Es handelt sich darum, den Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, ihr Brot zu verdienen, es handelt sich darum, den Jugendlichen einen wirklichen Weg in die Zukunft zu weisen, nicht einen Weg in den Arbeitsdienst, nicht einen Weg aus dem Arbeitsdienst in das graue Gewand des Soldaten und auf die Schlachtfelder (Gegenrufe, Gelächter), wie wir es in der Vergangenheit erlebt haben.

Was Österreich fehlt, ist eine Regierung, die eine österreichische Politik, eine österreichische Wirtschaftspolitik und eine österreichische Außenpolitik und eine österreichische Handelspolitik betreibt.

Sieben Jahre nach dem Krieg ist da eines der wichtigsten Probleme in unserem Land auch nicht annähernd gelöst, das Problem des Wohnungsbaues. Es wurde hier gesagt, der Wohnungsbau sei keine Aufgabe der Gemeinden, auch keine Aufgabe des Landes, der Wohnungsbau, sagt die ÖVP, sei eine Aufgabe der Privatwirtschaft und vom Herrn Bürgermeister haben wir gehört, der Wohnungsbau sei eine Aufgabe des Bundes. Es ist vollkommen klar, daß eine so wichtige Frage, wie die Beschaffung des notwendigen Wohnraumes für alle Menschen in unserem Lande eine allgemeine Staatsaufgabe ist, Bund, Land und Gemeinden kommen nicht daran herum, daß die Frage eines Daches über dem Kopf eine allgemeine Aufgabe unseres Staates darstellt. Wie wurde diese Aufgabe gelöst, wie wurde sie durchgeführt? Gerade in Graz haben wir 10.000 Wohnungslose. Hundert Jahre würde es dauern nach dem Tempo, das gegenwärtig im Wohnungsbau vorliegt, um die gegenwärtigen Wohnungsuchenden in Graz unterbringen zu können. Wahrhaft eine Perspektive für unsere Jugend, die sehr wenig ermutigend ist. Wenn der Bürgermeister heute in so bewegten Worten von der Demokratie gesprochen hat, möchte ich sagen: Das Wichtigste, was wir unserer Jugend an unserer Demokratie lehren und zeigen müssen, das Wichtigste, was es gibt, ist Bildung, Arbeit, Brot und Wohnung. (Rufe: „Freiheit, Freiheit!“) Zu einer solchen Demokratie würde unsere Jugend sagen: Ja wohl, das ist eine Demokratie, die es möglich macht, menschenwürdig und in Freiheit zu leben. Was ist das für eine Freiheit, wenn unsere Jugendlichen keinen Beruf ergreifen

können, der Verwahrlosung ausgesetzt werden. (Abg. Dr. K a a n: „Und immer fremde Soldaten anschauen müssen!“) Ist das Freiheit? Nein, das heißt nichts anderes, als sich über die Interessen, über die Zukunft der Jugend kalt-schnautzig hinwegzusetzen.

Es wurde die Frage aufgeworfen über die Intensivierung der Elektrifizierung unseres Landes. Ja, es gibt tausende Dinge, die man in unserem Lande tun könnte, es gibt tausende Dinge, die notwendig sind, allen voran unzweifelhaft Wohnungsbau und Elektrifizierung. Aber was sehen wir? Wenn das Tempo der Elektrifizierung unserer Bundesbahn weiterhin so anhält wie in den letzten Jahren, dann werden wir es wahrscheinlich nicht mehr erleben, daß auch die Südbahnstrecke elektrifiziert wird, daß auch die Strecke Wien—Tarvis elektrifiziert wird, sondern das wird eine Aufgabe bleiben, die viel spätere Generationen lösen müssen.

In allen diesen Fragen käme es darauf an, die Sache wirklich vorwärts zu treiben, aber das ist von der gegenwärtigen österreichischen Regierungskoalition nicht zu erwarten. Es kommt alles darauf an, daß wir unsere gesamte Wirtschaftspolitik so durchführen, daß wir von den Bedürfnissen unserer Bevölkerung und allen voran unserer werktätigen Bevölkerung ausgehen. Ich habe schon in der letzten Landtags-sitzung gesagt, als damals Herr Landesrat Dr. Illig mitteilte, daß 170 % der Vorkriegsproduktion bereits erreicht wären, die Produktivität des einzelnen Beschäftigten die Produktivität der Vorkriegszeit erreiche, daß der Reallohn der arbeitenden Menschen weit unter dem Niveau der Vorkriegszeit liegt. Schuld daran ist die Politik der Koalition und des VdU. (Gelächter beim VdU.) Denn genau so wie hier im Landtag haben Sie auch im Nationalrat für die Lohn- und Preispaakte gestimmt (Abg. S c h e e r: „Das ist eine Lüge. Wir haben nicht dafür gestimmt!“), die das Lohnniveau der Arbeiter und Angestellten gedrückt haben.

Sie haben dafür gestimmt, daß der Mieterschutz durchlöchert wird und es war Ihnen noch viel zu wenig, was auf diesem Gebiete geschehen ist. Sie haben alle zusammen versprochen, daß die Durchlöcherung des Mieterschutzes dazu dienen wird, daß unsere Wohnhäuser vor dem Verfall geschützt werden. Ich habe nicht bemerkt, daß die erhöhten Mietzinse, die in den Städten und Märkten bezahlt werden, dazu führen, daß unsere im Zerfall begriffenen Häuser wirklich repariert werden. Alles, was Sie damals bei der Durchlöcherung des Mieterschutzes versprochen haben, hat sich als eine Lüge erwiesen, als das, was der Linksblock damals zu der ganzen Aktion gesagt hat. (Rufe: „Gibt ja keinen Linksblock!“) Aber wir wissen natürlich, daß es nicht allein nur darauf ankommt, eine positive Wirtschaftspolitik zu machen, eine Wirtschaftspolitik in dem Sinne, daß die natürlichen Kräfte unseres Landes ausgenützt werden, um unserem Land zu dienen, daß die natürlichen Kräfte unseres Landes aus-

gebaut werden und Arbeitsplätze geschaffen werden, sondern daß sich auch unsere Wirtschaftspolitik nach den Bedürfnissen Österreichs orientiert. Aber es kommt natürlich in unserem Land nicht nur darauf an, was wir erzeugen und selbst verbrauchen, es kommt auch darauf an, was wir erzeugen und exportieren können. (Rufe: „Zistersdorf“, „Petroleum!“ — Lärm.) Die Frage unseres Exportes ist für unsere Wirtschaft eine Frage auf Leben und Tod, das können Sie nicht bestreiten. Und Sie können auch nicht bestreiten, daß wir keine Aussicht haben, die Güter unserer Industrieerzeugung nach dem Westen zu exportieren, sondern Sie müssen mir bestätigen, daß, wenn wir in entsprechenden Mengen exportieren wollen, der Markt für diese Güter nur im Osten liegt, ob Sie wollen oder nicht. (Gegenrufe, Lärm, Glockenzeichen des Präsidenten.) In kurzer Zeit haben wir eine Situation, wo Sie alle, ob Sie nun von der Bundeswirtschaftskammer oder von der Bauernkammer oder als Redner des Gewerkschaftsbundes auftreten, wo Sie alle mit uns gemeinsam froh sein werden, wenn wir nach dem Osten exportieren können, denn ich sage Ihnen, Österreich kann es sich nicht leisten, eine Handelspolitik zu machen, die einseitig orientiert ist. Österreich hat am Marshall-Plan genügend gelitten und Österreichs Arbeiter und Angestellte werden vor dem österreichischen Parlament und vor der österreichischen Regierung die Frage aufwerfen: „Seid Ihr bereit und imstande, uns einen Arbeitsplatz zu geben und zu erhalten oder nicht, seid Ihr bereit, alle Möglichkeiten eines Außenhandels auszunützen oder nicht?“ (Landesrat Dr. Illig: „Wenn Sie nicht Abgeordnete wären, könnten Sie ein Wahrsagerbüro einrichten!“) Es wird dies keine Frage sein von heute auf morgen, es wird dies eine Frage auch von übermorgen sein. Aber bilden Sie sich nicht ein, daß Österreichs Arbeiter und Angestellte noch einmal das Schicksal einer Massen- und Dauerarbeitslosigkeit über sich ergehen lassen werden. Sie werden sich die Tore für den Osthandel aufmachen, ob ÖVP, SPÖ und VdU dies wollen oder nicht.

Herr Landesrat Dr. Illig konnte natürlich mit seiner Rede nicht schließen, genau so wenig wie Herr Professor Dr. Speck, ohne sich noch einen Ausflug in die Russenhetze zu leisten. Es ist ja klar, der ganze Inhalt, die ganze Argumentation der Koalitionsparteien — und Ihr vom VdU gehört ja auch dazu — besteht darin, alles wäre herrlich und gut in Österreich, unsere Wirtschaft würde gedeihen, wenn Österreich frei wäre, unsere Wirtschaft würde gedeihen, Arbeit und Brot wäre für alle da, Wohnungen wären schon gebaut und weiß der Teufel was noch alles schon wäre, wenn nur die Russen nicht da wären. (Rufe: „Sehr richtig!“) Damit bestreiten Sie Ihre politische Argumentation. Meine Damen und Herren! Sieben Jahre treiben Sie das schon so, sieben Jahre ist das der Inhalt Ihrer politischen Argumentation und wie schaut es damit in Österreich aus. Geht es uns jetzt besser, weil Sie das zum Inhalt Ihrer Propaganda machen,

weil Sie das als Beitrag zum kalten Krieg der Amerikaner leisten? Hat unser Volk etwas davon? Sind wir dem Staatsvertrag dadurch näher gekommen? (Zwischenruf: „So etwas! Ihr seid ja die Schuld!“) Ist das, was Außenminister Dr. Gruber bei der UNO aufgeführt hat, ein wirklicher Beitrag dazu, den Staatsvertrag zu bekommen? Nein! Es ist nur ein Beitrag zum kalten Krieg Amerikas gegen die Sowjet-Union, eines kalten Krieges, der für uns Österreicher schon verderbliche Früchte getragen hat, deren verderblichste Frucht sein könnte, daß aus diesem kalten ein heißer Krieg würde. (Landesrat Dr. Elsnitz: „Sie müßten dann einrücken, stellen Sie sich das vor!“)

Der Herr Landesrat Dr. Illig hat die Frage aufgeworfen, was wir dazu beitragen können, um den Staatsvertrag zu erreichen. Wir können sehr viel dazu beitragen, wir können uns bemühen — und es wäre gut, wenn Sie sich nun bemühen würden — Österreich aus dem kalten Krieg herauszuhalten, wir könnten uns bemühen, Handelsbeziehungen nach allen Richtungen einzuleiten, wir könnten uns bemühen, den Bestrebungen des amerikanischen Kriegsblockes, einen neuen 3. Weltkrieg auszulösen und vorzubereiten, entgegenzutreten und sagen: Ohne uns! In unserem Lande können wir keinen Militärübungsplatz brauchen, in unserem Lande sollen keine Kasernen gebaut werden und auch unsere Rohstoffe sollen nicht nach dem Westen wandern, um Kriegsproduktion zu erzeugen. Unser Land strebt eine Politik der Neutralität an, die die einzige mögliche Politik für uns, für Österreich ist. Wir wissen ganz genau, sollte aus dem bestehenden kalten Krieg ein heißer Krieg werden, Österreich würde in diesem Kriege unzweifelhaft untergehen und wenn schon nicht untergehen, so mindestens allerschwersten Schaden erleiden. Das wissen wir, das wissen Sie und trotzdem geben Sie sich dazu her, in diesem kalten Krieg einen Bauern zu spielen, einen Bauern zu spielen, den die Amerikaner hin- und herschieben, um amerikanischen Propagandazwecken zu genügen. Unser Volk will nicht eine solche Politik, sondern eine Politik der Neutralität und nicht nur die Kommunisten wollen das, merken Sie sich das, das wollen sämtliche Schichten unseres Volkes und deshalb, weil breite Schichten unseres Volkes eine Politik der Neutralität, eine Politik freundlicher Beziehungen zu allen Völkern der Welt, eine Politik der Entwicklung unserer Wirtschaft, der Sicherung unserer Arbeitsplätze wollen, ist es zur Bildung der Volksopposition gekommen. (Heiterkeit.) Österreich braucht eine wohlorganisierte Volksopposition. Das, was sich da drüben am äußersten rechten Flügel als Opposition vorstellt, das ist doch keine Opposition. (LR. Dr. Elsnitz: „Das versteht er ja nicht.“) Das ist eine Lächerlichkeit. Das ist heute zum Ausdruck gekommen in den Reden der beiden VdU-Abgeordneten. Sie reden kaum oppositionell, daß sie oppositionell stimmen, kommt überhaupt nicht vor. Sie sind nichts anderes als

der Koalitionspartner, der noch draußen vor der Türe steht und sagt: „Ich bitte Sie, schauen Sie, wie brav wir sind, wir stimmen Ihren Anträgen zu, laßt uns doch hinein“, einmal sagen Sie es zur ÖVP und einmal zur SPÖ. In Wirklichkeit ist das, was sie de facto wollen, alles eher als eine Politik der Opposition. Sie wollen sich in die Regierung hineinschleichen, um es womöglich noch ärger zu treiben, als es die beiden Koalitionspartner ohnehin schon treiben.

Ich komme zum Ende. In den nächsten Wochen und Monaten wird unser Volk darüber entscheiden, wer in den Landtagen, auch in manchen Gemeinderäten und im Nationalrat sitzen wird. (LH. Krainer: „Es wird wieder gegen Sie entscheiden!“) Sie wissen so gut wie ich, daß die oppositionelle Stimmung in unserem Volke gegen Ihre Regierung, die oppositionelle Stimmung in unserem Volke gegen das Versagen dieser Regierung in jeder Hinsicht gewachsen ist. Ich kann Sie versichern, wir werden uns anstrengen (Rufe: „Das glauben wir!“ — „Wahrsagen“), daß aus dieser Oppositionsstimmung Oppositionsstimmen der Volksopposition werden. Ich kann heute schon versichern, im nächsten Landtag werde ich nicht mehr allein sein. (Gelächter. Zwischenruf bei der VdU: „Es werden falsche Propheten aufstehen!“)

Ich möchte noch einem Gedanken näher-treten, den Landesrat Dr. Illig geäußert hat. Er hat gesagt, er sei dafür, daß Österreich etwas tut, damit wir endlich frei werden, damit das Besatzungsregime aufhört und ich muß sagen, das Mittel, das er anempfohlen hat, war nicht so schlecht, wenn diese Glocken, die er läuten will, Friedensglocken sind. Aber weh unserem Lande und weh unserem Volke, wenn das nicht Friedensglocken, wenn das Kriegsglocken sind! Damit, meine Damen und Herren, möchte ich schließen.

Abg. Stöffler: Hoher Landtag! Ich möchte aus der Menge von Frechheiten, Verleumdungen, Heucheleien und Lügen, die wir alle gehört haben, nur eines herausgreifen (Abg. Pölzl: „Das ist Ihr Register, wir kennen Sie schon von der Seite!“), das, was Sie über die Jugend gesagt haben. Wir wissen alle genau, warum Sie heute so geredet haben, weil viele junge Menschen da sind. Dieses Gift, daß Sie verspritzen, soll man nicht ungestraft verspritzen lassen. Die Österreichischen Körperschaften, ob Gebietskörperschaften oder Körperschaften öffentlichen Rechtes bemühen sich bei Gott, der Jugendarbeitslosigkeit abzuhelpen. Einen Weg nur werden wir nie gehen, der dorthin geht, wo Ihre Idee zu Hause ist, wo die jungen Menschen in den Uranbergwerken verrecken, zu Tode geschunden werden für den heißen Krieg, den Sie androhen. Das merken Sie sich. Das ist Ihre Politik der Jugend, die man dort macht, wo Sie stehen! (Abg. Pölzl: „Das ist Schwachsinn, den Sie verzapfen!“) Mehr will ich mich mit Ihnen nicht unterhalten, es hat keinen Sinn.

Ich will nun über einige andere Fragen sprechen, die vom VdU zur Debatte gestellt wurden, vor allem über das, was über die Getränkesteuer gesagt wurde. Man hat den Eindruck, als ob das von jemand gesagt worden wäre, der noch nie im Landtage war. Die Getränkesteuer ist im Finanzausgleichsgesetz, also bundesgesetzlich geregelt und das Land hat nur mehr die Aufgabe, Ausführungsbestimmungen zu erlassen. (Abg. Scheer: „Herabsetzung auf 5% haben wir gefordert!“) Verehrter Herr Abg. Scheer, ich erinnere mich noch Ihrer damaligen Meinung bezüglich der Umsatzsteuer von der Getränkesteuer. Haben Sie dann wenigstens nachgelesen und festgestellt, daß wir seinerzeit einen Beharrungsbeschluß gefaßt haben und daß dieser Beharrungsbeschluß ja nichts anderes zum Inhalt hatte, als daß von der Getränkesteuer keine Umsatzsteuer eingehoben wird. Das haben wir hier im Landtag beschlossen. Sie haben seinerzeit auch davon geredet, als ob das nie geschehen wäre und heute reden Sie wieder so komisch. Im übrigen würden wir es begrüßen — und das ist der einzige Weg, wie man dem abhelfen kann —, daß im Nationalrat draußen ein Antrag gestellt würde, um die Frage der Getränkesteuer aufzurollen. Aber wir hier können diese Getränkesteuer nicht umbringen, auch wenn wir wollten. Ein solcher Beschluß hätte keine Gültigkeit. Es hat daher gar keinen Sinn, wenn wir hier darüber reden, aber Sie verstehen das scheinbar nicht. Im übrigen ist es auch gar nicht richtig, daß bei der erwähnten Fremdenverkehrstagung der Herr Landesrat Illig über die Getränkesteuer gesprochen hat. Ich war selbst bei der Tagung, er sprach von der Fremdenverkehrsförderung und von der Preisbildung und von der Preisüberwachung. Ein anderer Redner hat über die Getränkesteuer gesprochen, aber nicht zustimmend, auch er hat die Getränkesteuer bekämpft. Schauen Sie, warum Sie so einen Zorn haben, ist mir ja klar, weil Sie damals bei dieser Tagung nicht reden konnten.

Ich habe noch bezüglich der Kriegsgefangenen bezüglich des Antrages, der heute schon in der Debatte gestreift wurde, folgendes zu sagen: Natürlich richtet sich dieser Antrag in erster Linie gegen die Mächte des Ostens, die ja einen großen Teil der Söhne unserer Heimat noch in Gefangenschaft halten, aber er richtet sich auch noch gegen die anderen Mächte, die auch noch zum Teile Söhne unseres Volkes in den Kerkern schmachten lassen. Nach allen Seiten hin richtet sich der Antrag, wo man unsere Brüder noch festhält und ihnen den Weg in die Heimat versperrt.

Schließlich komme ich noch zu der Feststellung des Abg. Scheer, wir hätten hier im Landtag in der letzten Legislaturperiode mehr schlecht als recht gearbeitet. Ich glaube, ein objektiver Vertreter wird dem nicht zustimmen können. Das Land Steiermark hat auf den Gebieten, die ihm als Aufgabe zustehen, bei Gott Erkleckliches und Beachtenswertes geleistet.

Das Land Steiermark braucht sich von allen Bundesländern dieses Staates bei weitem nicht in die letzte Reihe stellen zu lassen, ich glaube im Gegenteil, es marschiert an der Spitze.

Und nun zu einigen Auslassungen des Herrn Bürgermeisters Dr. Speck, die ich auch nicht ganz unwidersprochen lassen möchte. Wir haben schon bessere Reden vom Herrn Bürgermeister gehört als vor allem im ersten Teile seiner Rede, den er uns vorlas. Ich muß sagen, dieser erste Teil war nichts anderes, als die altbekannte und schon so abgespielte Walze. Wenn behauptet wird, daß aus der Sorge um die Renten und aus Sorge um die kommende Arbeitslosigkeit die Sozialistische Fraktion dem Bundesbudget nicht zugestimmt habe, so ist das nicht wahr. Das wissen Sie genau so wie ich, daß das nicht wahr ist. Ich muß noch einmal zwei Ziffern nennen, um die Behauptung zu unterbauen. Die beabsichtigte, im Budget 1953 vorgesehene Kürzung des Bundeszuschusses an die Rentenversicherungsträger hätte die Summe von 150 Millionen Schilling betragen. Dem gegenüber bestehen bei den davon betroffenen Sozialversicherungsträgern Umlaufvermögen, also realisierbare Kapitalsreserven in der Höhe von 1,2 Milliarden Schilling. Mit dieser Kapitalsreserve könnte zweifellos der Abgang von 150 Millionen Schilling leicht abgefangen werden. Im übrigen wurde anlässlich des 5. Lohn- und Preisabkommens die Erhöhung des Zuschusses von 25% auf 30% nur deshalb beschlossen, um einer etwa entstehenden Gefahr der Rentenversicherungsträger vorzubeugen. Diese Gefahr ist nicht in dem Ausmaß entstanden, als es gerechtfertigt wäre, den Bundeszuschuß weiterhin in dieser Höhe aufrecht zu erhalten. (Abg. Wurm: „Sehen Sie, das verstehen Sie wieder nicht!“) Und wenn gesagt wird, der Herr Finanzminister habe den Inflationsschreck ins Leben gerufen, so muß ich sagen, Sie haben dafür den Rentenschreck ins Leben gerufen und dieser Rentenschreck hat jedenfalls viel mehr Beunruhigung gebracht als der Inflationsschreck. Sie spielen hier mit einem Feuer, das außerordentlich gefährlich ist und da sieht man wieder einmal den Versuch, mit der Leute Not und Armut Politik zu machen, so wie dieser Versuch mit dem Hunger auch schon x-mal in der Vergangenheit gemacht wurde. Genau so ist der Schreck mit der Arbeitslosigkeit. Sie haben also gleich zwei solche Schrecks an den Tag gelegt, und zwar vollkommen unrechtfertigt. Man kann dem Finanzminister nicht Vorwürfe machen, daß er davon spricht, daß die Tendenz, die sich auf Seiten der SPÖ gezeigt hat, zur Inflation führen würde, ich bin der Meinung, die Schuld daran trägt nicht der, der dies ausspricht, sondern der solche Tendenzen übt, daß diese Gefahr eines Tages wirklich auftreten kann.

Im übrigen, wenn der Herr Bürgermeister Dr. Speck die Frage stellt, ja welche Ziffern hätte denn der Landesfinanzreferent einsetzen sollen, wenn er nicht diese Ziffern nimmt aus

dem beabsichtigten Bundesbudget für 1953, so möchte ich dazu nur sagen, daß Sie mit dieser Haltung Ihre Kollegen in Wien Lügen strafen, denn die haben doch behauptet, diese Ziffern stimmen nicht und es seien da riesige Reserven vorhanden. Das Budget, das wir hier verabschieden, das steht auf dem Boden der Ziffern, die Finanzminister Dr. Kamitz festgelegt hat. (Landesrat Horvatek: „Ansätze 1952!“) Wir danken Ihnen für diesen Beweis Ihrer Anerkennung, daß die Ziffern von Finanzminister Dr. Kamitz richtig sind. (Gegenrufe bei SPÖ. — Landesrat Horvatek: „Reden Sie doch nicht solchen Unsinn!“)

Zur Frage der Krankenkassen werden wir in der Spezialdebatte im Zusammenhang mit dem Abschnitt 5 noch näher Stellung nehmen. Jedenfalls sind die Betrachtungen in dem Zusammenhang nicht richtig, aber wir werden noch darauf zurückkommen.

Schließlich, meine Damen und Herren, noch eine kurze Bemerkung dazu, daß Herr Bürgermeister Dr. Speck als Hauptredner der Sozialistischen Fraktion gesagt hat, daß Herr Landesrat Horvatek als Finanzreferent in der Erkenntnis der Wichtigkeit des Straßenbaues — und dies sei ein Beweis für seine Objektivität — diese Beträge nicht gekürzt hat. Aber derselbe Herr Finanzreferent hat diese Erkenntnis der Wichtigkeit und der Notwendigkeit bei der von Herrn Landesrat Prirsch beantragten Erhöhung des Landes-Wohn- und Siedlungsfonds nicht Platz greifen lassen. Sein Wunsch, den Betrag auf 20 Millionen Schilling zu erhöhen, wurde nicht berücksichtigt und der Betrag auf 13 Millionen Schilling zusammengestutzt, um später dem Herrn Finanzreferenten die Möglichkeit zu geben — wovon er auch Gebrauch gemacht hat — den Betrag auf 30 Millionen Schilling zu erhöhen. Wir haben diese Idee gehabt, den Landes-Wohn- und Siedlungsfonds zu schaffen; er hat ja anfangs nicht Ihren Tendenzen entsprochen. Sie wollten anders auf dem Gebiete vorgehen, aber wir haben Sie gezwungen (Gelächter bei SPÖ) diesen Weg zu gehen, weil uns daran liegt, die Menschen weniger in Mietkasernen hineinzuzwängen, sondern vielmehr ihnen die Möglichkeit zu geben, daß sie selbst Besitzer eines Hauses werden. Und Sie wollen nun mit diesem Antrag all das, was wir auf dem Gebiet erkämpft und erstritten haben, mit solchen Spielchen zunichte machen.

Meine Damen und Herren, Hoher Landtag! Das Budget wird ja nun doch verabschiedet, obwohl es an Versuchen nicht gefehlt hat, die Budegetberatungen vom rein wahlgeometrischen Standpunkt aus zu benützen, um sich mit entsprechenden Anträgen den Boden für die kommenden Wahlen zu bereiten. Wenn wir die Finanzausschußsitzung gleich nach ihrem Beginn verlassen haben, so haben Sie uns sehr gut verstanden. Wir haben Ihnen nämlich gezeigt, daß wir nicht bereit sind, uns auf dieses Spielchen einzulassen und wir haben Sie darnach gezwungen, jenen Weg zu gehen, der gegangen

werden muß, ein Weg objektiver, sachlicher und nicht parteipolitischer dogmatischer Haltung. (Beifall und Bravorufe bei ÖVP.)

Präsident: Ich unterbreche die Landtags-sitzung und setze sie um 15 Uhr fort.

Unterbrechung der Sitzung: 13 Uhr 10 Minuten.

Wiederaufnahme der Sitzung um 15 Uhr 10 Minuten.

Präsident: Ich nehme die am Vormittag unterbrochene Sitzung wieder auf. Das Wort hat Herr Abg. Smolana. (Nach einer Pause.) Ich stelle fest, daß Abg. Smolana nicht anwesend ist. Ich erteile Herrn Abg. Dr. Kaan das Wort.

Abg. Dr. Kaan: Hoher Landtag! Ich habe mich zum Wort gemeldet, um auch zu den Ausführungen des Herrn Bürgermeisters Dr. Speck einiges zu bemerken. Ich bedaure sehr, daß er nicht anwesend ist und ich durch die frühzeitige Worterteilung nicht die Möglichkeit habe, ihm selbst vorzuhalten, was ich ihm zu sagen habe. Bürgermeister Dr. Speck hat die ihm offenbar nicht sehr gelegene Aufgabe zu erfüllen gehabt, im Rahmen der Generaldebatte politische Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen. Er hat sich dieser Aufgabe in der Weise entledigt, indem er an den Beginn und an das Ende seiner sonst von Sachlichkeit getragenen Ausführungen politische Betrachtungen gestellt hat. Er hat gegen den VdU und gegen die ÖVP insbesondere in der Richtung Vorwürfe erhoben, daß er behauptet hat, die Gründe, die die ÖVP als jene angibt, die zur jetzigen Regierungskrise und zur Anordnung der Neuwahlen geführt haben, seien nicht die wahren. Er hat gesagt, eigentlich sei es der ÖVP doch auf eine Rentenkürzung angekommen und sie sei jetzt nur unter dem Eindruck der Abwehr aus der Öffentlichkeit davon abgerückt und zweitens befindet sie sich seit der Präsidentenwahl in einer Panikstimmung, die Auswirkung dieser sei die Regierungskrise. Nun hören wir aber ebenso laut und deutlich den Vorwurf heraus, daß das Programm des Finanzministers Dr. Kamitz, das ja die Grundlage für seine Budgeterstellung war, der eigentliche Grund der Differenzen in der Regierung gewesen sein muß; denn die Gründe, die jetzt Herr Dr. Kamitz in seinen späteren Ausführungen für seine Budgeterstellung anführt, seien auch irgendwie die Ursache dafür, daß beispielsweise jetzt die Arbeitslosigkeit zunehme und manches nicht so verlaufe, wie man es sich vorgestellt hat. Insbesondere wird dem Finanzminister vorgeworfen, er habe jetzt nachträglich erkannt, wie gefährlich die Rentengeschichte sei und öffentlich die Erklärung abgegeben, er garantiere den österreichischen Rentnern die Höhe ihrer Renten. Nun hat sich in der Kritik seiner Ausführungen Bürgermeister Dr. Speck auf das Gebiet einer sehr gefährlichen Argumentation begeben, er hat gesagt, wer garantiert den Rentnern, daß Bundes-

minister Dr. Kamitz bleibe, er also in der Lage sein werde, sein Versprechen einzulösen und wer garantiert ihnen, daß das Geld dazu da sein werde. Ich halte diese Argumentation deshalb für gefährlich: Entweder schwebt Bürgermeister Dr. Speck vor, daß nach den Wahlen allenfalls ein anderer Finanzminister der ÖVP dieses Ministerium innehaben wird und glaubt er ernstlich, daß dieser dem Versprechen seines Vorgängers nicht folgen wird, oder er glaubt vielleicht, daß der Finanzminister nach den Wahlen von einer anderen Fraktion gestellt werden wird. Ich glaube, nicht fehl raten zu müssen, welche er erwartet. So kann ich fragen, glaubt er, daß dieser Nachfolger des Bundesministers Dr. Kamitz dann sich nicht an das Versprechen desselben wird erinnern müssen, daß er allenfalls die Renten kürzen wird können? Daher stimmt es mit dieser Argumentation nicht, denn ein österreichischer Finanzminister muß eine so umstrittene und in die Öffentlichkeit getragene Frage eindeutig beantworten. Meines Erachtens ist es nicht die richtige Argumentation, die Verlässlichkeit und Ehrlichkeit einer solchen Garantie in Zweifel zu ziehen.

Sie haben auch, Herr Bürgermeister Dr. Speck, dem Herrn Finanzminister vorgeworfen und damit der ÖVP, daß er mit dem Inflationsschreck ein zweites Schlagwort vorzeitig in die Wahlvorbereitungen hineingeworfen habe, und in diesem Zusammenhang unseren Gedankengang identifiziert mit jenem der kommunistischen Partei. Ich glaube, das ist etwas, was man uns am allerwenigsten vorwerfen kann, wenn der Herr Finanzminister sagt, diese oder jene Maßnahme lasse ich mir nicht abnötigen, weil ich sonst in Gefahr komme, daß der Schilling, also die Währung, ihren Wert nicht behält und alle daraus uns wohlbekannten Folgen eintreten. Man kann das nicht als einen puren Schwindel bezeichnen, wie es Abg. Dr. Speck in dieser Landtagsdebatte beliebt hat, zu sagen. Ich glaube, es ist nicht richtig, in einem Landtage, in dem alle Parteien doch jenes Forum sehen, in welchem die Landesinteressen ernstlich vertreten werden sollen, daß der Redner der zweitstärksten Partei in einer Kritik ernste Maßnahmen des Finanzministers als puren Schwindel bezeichnet. Dann ist der Landtag nicht als ein Garant der Demokratie zu bezeichnen.

Wenn im Zusammenhang mit den Renten immer wieder auf die Währungspolitik des Finanzministers hingewiesen wird, liegt der Gedanke nahe, zu sagen, wie schaut das Realeinkommen der Rentner aus, wenn eine Inflation oder Geldentwertung eintritt. Darüber hat Bürgermeister Dr. Speck kein Wort verloren, was eintreten würde in Bezug auf die Renten, wenn eine Inflation wirklich wieder unsere Währung erfassen würde. Ich glaube, die Rentner werden es, wenn auch in ganz kleinem Ausmaße, jetzt schon spüren, daß dann, wenn der Schilling wertbeständig ist, das Realeinkommen aus ihren Renten ein besseres ist, zumindestens können sie sich jetzt schon mehr Fleisch kaufen.

Selbstverständlich mußte der Redner der SPÖ zur Frage der Arbeitslosigkeit Stellung nehmen, die unser Sprecher, Landesrat Dr. Illig, auch beleuchtet hat. Es hat der Herr Bürgermeister negiert, daß die Exportschrumpfung Ursache der Arbeitslosigkeit sei, er hat gesagt, daß entgegen anderen Behauptungen die Einschränkung der öffentlichen Investitionstätigkeit eine der Hauptursachen sei. Ich möchte nun an ihn, der einer der größten öffentlichen Körperschaften vorsteht, die Frage richten: Wie kann man denn die öffentliche Investitionstätigkeit erhöhen, wenn man nicht entweder das Steueraufkommen durch Einführung neuer Steuern oder höherer Steuern erhöht, als indem man mehr Geld druckt? Und ich glaube beiden Auswegen wird die SPÖ in diesem Wahlkampf nicht das Wort zu reden sich getrauen. Sie wird weder sagen können, wir müssen heute die Banknotenpresse in Bewegung setzen oder sich zu sagen getrauen, in Österreich sind die Steuern zu nieder. Es bleibt kein anderer Ausweg, als im Rahmen der verfügbaren Mittel diese so zu verwenden, daß sie arbeitsbeschaffend sind. Das waren auch die Gründe, die uns bestimmt hatten, in die Beratung des ordentlichen Budgets wieder einzutreten. Ich muß hier einer Ausführung entgegenreten, die der Berichtserstatter schon angedeutet hat und die aus der Rede des Bürgermeisters Dr. Speck irgendwie durchgeschimmert ist, daß es persönliche Empfindlichkeit gewesen sei, daß die Beratungen im Finanzausschuß unterbrochen worden sind. Ich stelle hier ausdrücklich fest, daß die Unterbrechung der Beratungen im Finanzausschuß in einer Stimmung erfolgt ist, in der wir durch mehrfache Angriffe nicht etwa gegen das Referat des Dr. Illig allein, sondern gegen andere Referate zur Erkenntnis gekommen sind, daß sich die Fraktion der SPÖ nicht auf sachliche Beratungen beschränkt, sondern schon unter dem Aspekt der kommenden Wahlpropaganda beraten will.

Wir haben auch zu erkennen geglaubt, daß nicht die Regierungsvorlage die Grundlage der Beratung bilden soll und daher sind wir hinausgegangen um erst zu klären, ob wirklich die Regierungsvorlage die Grundlage der Beratungen sein soll. Daß gerade eine arbeitsbeschaffende größere Post, deren Streichung von Ihnen beantragt war, der unmittelbare Anlaß für den Exitus war, ist eine reine Zufälligkeit. Jedenfalls sind wir erst dann hinausgegangen, als Sie eine andere Post zur Streichung beantragt hatten. Wir haben uns den Zeitpunkt, wann wir weggehen, wohl selbst bestimmen können. (Zwischenruf bei SPÖ: „Aha, also war es Absicht!“) Aber daß es heilsam war, haben die Tatsachen gezeigt. Herr Landesrat Horvatek, Sie können Ihre Befriedigung darüber nicht verhehlen und können nicht negieren, daß es dann doch zu sachlichen Beratungen gekommen ist. Daß nach diesem Krach die Beratungen wesentlich sachlicher geblieben sind, das können Sie auch nicht negieren. Vorher waren sie es keineswegs. Ich werde mich auch jetzt nur auf

sachlichem Boden bewegen und werde nicht so scharfe Ausdrücke gebrauchen wie Ihr Redner. Er hat zum Beispiel zur Steweag-Post, auf die wir noch in der Spezialdebatte zu sprechen kommen, gesagt, Sie wollten sich hier nicht in eine Abenteuerpolitik hineintreiben lassen. Ich weiß nicht, ob es sehr klug ist; im Landtag hier von einer Abenteuerpolitik zu sprechen im Zusammenhang mit dem Hieflau-Vorhaben der Steweag, das ja ein Landesvorhaben ist. (Abg. Pölzl: „Erzählen Sie uns etwas darüber, Herr Abgeordneter!“) Sie wissen ja ganz genau, welche Kräfte dagegen arbeiten. (Zwischenruf bei SPÖ: „Welche Kräfte dagegen arbeiten? Die Kräfte, die zentralistische sind.“) Es hat Herr Dr. Illig klar ausgeführt, das Hieflau-Vorhaben ist ein steirisches Vorhaben und soll auch ein solches bleiben, weil sonst binnen kurzem die Steweag in die Zwangslage versetzt wird, viel mehr Strom zu kaufen, als sie selbst erzeugen kann und so zum Stromhändler heruntersinkt. (Landesrat Horvatek: „Das ist nicht bewiesen!“) Wenn der Energiebedarf im Lande Steiermark entgegen den Berechnungen der Fachleute nicht in dieser Bewegung anhalten, sondern absinken sollte, so wäre das nur im Zusammenhang mit so viel anderen üblen Begleiterscheinungen möglich, daß wir das gar nicht an die Wand malen wollen. Jedenfalls ist die Diskrepanz in folgendem gelegen: Das Landesbudget erstreckt sich auf eine Jahresrechnungsperiode; die Gesichtspunkte, die für die Vorsorge in Bezug auf den Energiebedarf des Landes maßgebend sind, erstrecken sich auf einen vieljährigen Zeitraum, daher muß man eben einmal die Entschlußkraft aufbringen, an ein solches Vorhaben heranzugehen, wenngleich die Mittel hierfür augenblicklich nicht sichtbar sind. Dieses Wagnis muß man unternehmen. Dabei ist das Bauvorhaben Hieflau durchaus kein immens großes Vorhaben. Es ist fast das letzte, was wir in Steiermark für uns noch retten können, wenn wir nicht heruntersinken sollen zu dem letzten Bundesland, das seinen Energiebedarf nicht selbst deckt. Wir sind dann das größte Industrieland und schon fast das kleinste Energieland unter den Bundesländern im Verhältnis zu unserem Bedarf. (Landesrat Horvatek: „Wir decken 65% des Bedarfs aus unserem eigenen Strom!“) Ja, aber über die Draukraftwerke! Herr Landesrat, Sie selbst führen doch bewegliche Klage, daß uns durch das 2. Verstaatlichungsgesetz Voitsberg weggenommen worden ist und damit die wichtigste kalorische Zentrale im südlichen Alpenland! Sie sprechen ja selbst dem Hieflau-Vorhaben das Wort.

Wir müssen es tun, wir müssen daran gehen, nur wäre der Entschluß leichter gewesen, wenn wir zum Zeitpunkt eines sich ausweitenden Budgets, wie in den vergangenen Jahren, daran gegangen wären und nicht erst im Moment, in dem das Budget zu schrumpfen beginnt. Die Nachfolger von uns, ob dies nun in ein, zwei oder drei Jahren sein wird, werden uns für diesen Entschluß dankbar sein. Es wird nie der

Zeitpunkt eintreten — auch Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Machold rechnet nicht damit —, daß wir den Hieflauer Strom nicht verkaufen können, es wird immer Abnehmer geben dafür. Ich weiß nicht, ob zu der Zeit vor dem ersten Weltkrieg, als das Landeskrankenhaus begonnen worden ist, man sich auch genau überlegt hat, ob wohl jederzeit der Bedarf dafür da sein wird. Es wurden damals in der „bösen bürgerlichen Zeit“ auch Ersparnisse dazu verwendet, um eine Landesaufgabe zu erfüllen in einem Umfang, von dem man nicht gewußt hat, ob er auch gerechtfertigt ist. Und es ist eine große Tat gewesen. Und heute hat der Sprecher Ihrer Fraktion mit Recht gerühmt, daß Steiermark das einzige Land ist, das die Krankenhäuser in der Hand hat und so beispielgebend für die anderen Länder ist. Daraus erwachsen selbstverständlich für die nachfolgende Generation Verpflichtungen, wie sie andere Länder nicht zu erfüllen haben und daraus entsteht auch eine Beschränkung in der Budgetfreiheit, weil wir einen Großteil unserer Mittel dieser Aufgabe zuwenden müssen.

Nun zum Schulwesen. Für die Schule maßgebend sind die Schulhäuser und auch die Kinder. Leider sind wir jetzt in einer Situation, in der wir immer weniger Kinder haben und wenn wir nun Schulhäuser bauen, so müssen wir schon damit rechnen, daß sie auch voll ausgenützt werden. Ich bin kein Fachmann, aber ich meine, daß es immer Klassen gibt, die nicht voll besetzt sind, doch man muß sich ausrechnen können, wie das in den nächsten Jahren sein wird, so daß man dann die an und für sich beschränkten Mittel augenblicklich wichtigeren Aufgaben zuführen muß.

Im Finanzausschuß ist ein einhelliger Beschluß ergangen, daß die Frage der Nachlässe gegenüber den Krankenkassen hinsichtlich der Zahlung ihrer Gebühren untersucht werden muß. Mich wundert es daher, daß der Sprecher der Sozialistischen Fraktion, Herr Bürgermeister Dr. Speck, daran Kritik geübt hat, denn es war ein einhelliger Beschluß. Die Argumentation hat erkennen lassen, daß Sie der Meinung sind, daß dieser Nachlaß berechtigt sei. Dieser Beschluß ist ja unter Ihrem Vorsitz erfolgt. (Abg. Doktor Speck: „Wenn jemand verlangt, daß etwas untersucht werden soll, was er ohnedies für zutreffend findet, so ist kein Anlaß, die Untersuchung zu scheuen.“) Ich stelle jedenfalls fest, daß Sie mit der Untersuchung einverstanden sind und auch alle Gründe für und wider beurteilt sehen wollen. Wir haben aber im Finanzausschuß eine Reihe von Gründen für die Abschaffung dieses Nachlasses geltend gemacht.

Nun komme ich zur Theaterfrage, die ja auch noch später behandelt werden wird. Es ist uns nicht leicht gefallen, der zweijährigen Verlängerung zuzustimmen. Es ist erstens in der Zeit eines gekürzten Budgets diese Frage an uns herangetreten und weiters ist es auch die Frage des Schauspielhauses, die auch Herr Abg. Dr. Speck schon erwähnt hat und die einer

generellen Lösung dieses Problems außerordentlich hinderlich entgegensteht und schließlich muß man vom Gesichtspunkt des Landes dazu sagen, daß die Millionen, die wir dem Theaterbetrieb opfern, schließlich einer Aufgabe, wenn auch einer öffentlichen Aufgabe, geopfert werden, die nicht Landesaufgabe ist. Schließlich läßt sich auch nicht verleugnen, daß die funktionelle Auswirkung der jetzigen Organisation dieses Vertrages keine befriedigende war. Vielleicht war der Apparat zu schwerfällig, vielleicht sind auch die fördernden Kräfte zu sehr gehemmt gewesen. Nur in einem Punkt, und ich glaube, bei den bisherigen Punkten besteht keine Meinungsverschiedenheit, muß ich Bürgermeister Dr. Speck widersprechen. Es ist richtig, daß wir in voller Ruhe die Theaterfrage zur Lösung bringen müssen. Wir haben nicht sehr lange Zeit, wir können nicht abwarten, bis die Wahlen vorüber sind und der neue Landtag hier ist. Die Fragen, die für den Fortbetrieb des Theaters in der Weise maßgebend sind, daß der Aufwand so vieler Millionen gerechtfertigt ist, sind so dringend, daß wir es für notwendig halten, alsbald an die Fragen heranzutreten. (Abg. Dr. Speck: Ist das ein unabsichtliches Mißverständnis oder ein absichtliches? Der Hohe Landtag, nehme ich an, wird mich richtig verstanden haben.) Ich nehme gerne zur Kenntnis, daß es nicht so ist. Die ÖVP sagt sich, daß die Theaterfrage gelöst werden muß. Ich will mich hier nicht in eine Theaterdebatte verlieren, ich stehe auf dem Standpunkt, dieses Problem wird gelöst werden müssen, aber auch auf dem Standpunkte, daß die Millionen, die das Land für die Aufrechterhaltung des Theaterbetriebes opfert, von Gesichtspunkten ausgehen werden, die das Land vor der Öffentlichkeit rechtfertigen kann. Sie hören aus der Zustimmung heraus, daß ... (Gelächter. Zwischenrufe bei SPÖ.) Ich sehe, daß die gereizte Stimmung des Vormittags schon umgeschlagen hat.

Trotzdem kann ich es mir nicht versagen, Ihnen, Herr Kollege Pölzl, einiges zur Antwort zu sagen. Sie haben bekritelt, daß die Altersrentner und Kriegsinvaliden nicht den Weihnachtzuschuß, den sie begehrt haben, erhalten haben. Dann haben Sie sich rasch berichtigt und nur von den Altersrentnern gesprochen. Ich spreche Ihnen vollkommen das Recht ab und Sie werden meine Berechtigung hiezu selbst empfinden, über die Kriegsinvaliden zu sprechen, die Sie nicht einmal, sondern öfters bezeichnet haben als die NS-Kriegsverbrecher. (Abg. Pölzl: „Das ist doch eine Schweinerei, was Sie hier treiben!“) Ich habe selbst mit Ihnen in Debatte gestanden, als wir von den Soldaten der Deutschen Wehrmacht gesprochen haben und der überwiegende Teil der Kriesinvaliden waren Angehörige der Deutschen Wehrmacht. Sie können nicht leugnen, daß Sie harte Worte gebraucht haben. (Abg. Pölzl: „Verdrehungskünstler! Womit ich keineswegs Ihre Berufskollegen beleidigen möchte.“)

Sie haben auch bewegte Klage geführt, daß soundsoviele kein Dach über dem Kopf haben. Landesrat Dr. Illig hat schon auf die vielen Tausende verwiesen, die aus ihrem Heim in diesem Staate vertrieben worden sind. Ich frage Sie daher, ob die Dächer dieser Häuser, in denen die Russen wohnen, von den Russen gebaut worden sind?

Sie haben Klage darüber geführt, daß die Elektrifizierung nicht weitergetrieben worden ist. Wollen Sie mir den Groschen angeben, den die Russen für die Elektrifizierung hergegeben haben und wissen Sie, wieviel die Amerikaner beigetragen haben durch die Marshallhilfe? (Landesrat Dr. Illig: „Die Russen haben sogar die Akropolis gebaut!“) Sie haben uns auch verhöhnt, Herr Kollege Pölzl, indem Sie gesagt haben, die Deklaration, die jetzt Gegenstand der Beratung über den Staatsvertrag war, nütze nichts. Sie haben nicht gesagt, daß nur das Wort „Njet“ noch entgegensteht, Sie haben uns verhöhnt.

Ich schließe ab mit den Worten des Landesrates Dr. Illig: Wir wollen mit Glockengeläute die Welt daran erinnern, daß wir noch unfrei sind und noch Tausende unberechtigt in der Kriegsgefangenschaft schmachten, und zwar Frauen und Männer. Wir haben kein anderes Mittel. Ich betrachte die Gewöhnung als den Todfeind jedes Lebens und jeder Menschlichkeit. 7 Jahre lang Gewöhnung könnte allmählich dazu führen, daß sich die Welt keine Gedanken mehr macht, daß unser Österreich, dieses Österreich inmitten von Europa, von 4 Mächten besetzt ist, Tausende und Tausende verschollen sind in Sibirien und weiß Gott wo. Wir dürfen uns nicht daran gewöhnen! Sie (zu Abg. Pölzl) können nicht höhnen und spotten: Ja, wenn diese Friedensglocken nicht Kriegsglocken sind! Was hat das mit Krieg zu tun? Wir können nicht darüber hinweg, daß unsere Frauen, Männer und Kinder in Rußland verschollen sind oder vielleicht in anderen Ländern zurückgehalten werden. Wir wollen nicht, daß sich die Welt daran gewöhnt, daß bei uns 4 Mächte kommandieren und wir nichts haben, was die Staatshoheit dokumentiert. Wenn wir täglich eine Stunde läuten und das nichts hilft, dann eben länger, immer länger und zum Schluß kontinuierlich, so daß alle es hören: Immer noch läuten die Glocken in Österreich, weil es noch immer nicht frei ist! (Starker Beifall und Bravorufe bei ÖVP.)

Abg. Kandutsch: Hohes Haus! Die Budgetberatungen im heurigen Jahre sind unter einem anderen Stern gestanden als in den Jahren vorher. Es war nicht mehr die Venus der Koalitionsliebe, welche die Budgetberatungen überstrahlte, sondern der Mars des bevorstehenden Wahlkampfes.

Und da man schon in Wien eine Regierungskrise vorexerzierte, wollten die beiden Regierungsparteien in Graz offensichtlich ihren Wiener Vorbildern nicht nachstehen und insze-

nierten gleich zu Beginn der Auseinandersetzungen einen Krach, der mit einem Exodus der ÖVP verbunden war. Später haben die beiden Häuptlinge der feindlich geschiedenen Gruppen sich zusammengesetzt und durch eine Reinigung der Atmosphäre die Grundlagen für die weiteren Beratungen wieder hergestellt. (Landesrat Prirsch: „Sie sind unter die Sterndeuter gegangen!“) Es wäre sehr peinlich gewesen, ein von der Presse so wohlwollend kommentiertes Budget nicht unter Dach und Fach zu bringen und wir sind ebenfalls aufrichtig befriedigt, daß eine ordentliche Verabschiedung des Landesvoranschlages zustande kam und ein Provisorium, wie beim Bund, vermieden werden konnte. Wir lehnen solche Provisorien grundsätzlich ab, weil sie schädlich sind für die Wirtschaft und gegen das Prinzip der Ordnung verstoßen, insbesondere dann, wenn sie, wie in der ersten Republik, nahezu zur Regel werden. Es ist wenig bekannt, daß in der Zeit von 1918 bis 1934 nur in den Jahren 1922, 1926 und 1927 ein ordentliches Budget zeitgerecht verabschiedet wurde, obwohl in der Verfassung damals für Provisorien keine gesetzliche Grundlage vorhanden war. Anscheinend hat man bei der Wiedererrichtung der österreichischen Republik diesen „Mangel“ abschaffen wollen und das Budgetprovisorium gesetzlich verankert. Wenn man sich mit den diesbezüglichen Bestimmungen und Möglichkeiten näher befaßt, so drängt sich einem der Verdacht auf, der Herr Finanzminister sei über das Budgetprovisorium gar nicht so unglücklich. Denn bei Auswertung aller Möglichkeiten vermag er Maßnahmen zu treffen, die er im Rahmen eines ordentlichen Budgets kaum ergreifen könnte.

Über die Gründe, wie es zur Regierungskrise kam, ist in diesem Hause schon sehr viel gesprochen worden. Es sind bestimmte programmatische Gegensätzlichkeiten innerhalb der Regierungsparteien, die unter der besonderen Gesamtpolitischen und wirtschaftlichen Lage verschärft in Erscheinung traten. Wir verkennen nicht, daß es solche, den Differenzen zugrundeliegende Tatsachen gibt, bestreiten aber mit aller Entschiedenheit, daß die der Öffentlichkeit bekanntgegebenen Motive der Entzweiung im Lager der Koalition ausreichende Gründe darstellen.

Was wird von den beiden Großparteien in diesem Zusammenhang behauptet? Die ÖVP erklärt, daß eine der Voraussetzungen zur Verhütung der Inflation ein ausgeglichener Haushalt sei und war nicht gewillt, die von den Sozialisten über die 20 Milliarden hinaus geforderten 400 Millionen Schilling in dem ordentlichen Staatshaushalt aufzunehmen. Die SPÖ erklärte ihrerseits, daß es ausgerechnet von diesen 400 Millionen, also 2 % des Gesamtbudgets, abhängt, ob die Vollbeschäftigung aufrecht erhalten und die Renten sichergestellt werden könnten. Wir erklären dazu, daß weder die 400 Millionen Schilling mehr zur Inflation geführt hätten, daß sie aber auch nicht aus-

reichend gewesen wären, die ansteigende Arbeitslosigkeit zu verhindern. (Landesrat Doktor Illig: „Sie blasen ja in unser Horn!“)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei dem in der ganzen Auseinandersetzung immer wiederkehrenden Thema der öffentlichen Investitionen und ihrer Einschränkung durch die Verfügung des Finanzministers wird ein Umstand verschwiegen, der zur Beurteilung des Fragenkomplexes von großer Bedeutung ist. Sie wissen, daß die entscheidenden und hauptsächlichsten Investitionen besonders in der Industrie aus den Mitteln der amerikanischen Auslandshilfe stammen und nur dann freigegeben werden, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. So haben die Amerikaner in den letzten Tagen verlauten lassen, daß Mittel aus dem ERP-Fonds nicht für den Ausgleich des Staatshaushaltes verwendet werden dürfen. Wenn man also angelaufene Investitionen weiterführen will, muß man zuerst ein ausgeglichenes Budget schaffen. Ich wundere mich, daß die Sozialisten diesen Umstand nie erwähnen, denn sie wissen besser als wir um die Vorschriften der Geldgeber, denen sich die Bundesregierung fügen müsse.

Gestatten Sie mir nun, zu einigen Problemen Stellung zu nehmen, die mit der finanziellen Gebarung des Landes zusammenhängen. Wir diskutieren über den Landesvoranschlag immer in der Zeit vor Weihnachten und da kann man das Lied „Alle Jahre wieder“ ohne weiteres auch auf unsere Debatte variieren, denn es gibt Themen, die alle Jahre tatsächlich immer wiederkehren. So z. B. die Frage, Föderalismus oder Zentralismus. Es wurde heute schon richtig ausgeführt, daß dieses Problem nicht in diesem Hause entschieden werden kann, was aber — nach unserer Auffassung zumindest — nicht bedeutet, daß man darüber nicht sprechen oder auch eine Initiative gegenüber dem Bund entwickeln soll, wenn der Landtag oder die Mehrheit des Hauses mit der Tendenz der fortschreitenden Zentralisierung durch den Bund nicht einverstanden ist. Es war gerade der Herr Landesrat Dr. Illig, der unsere verschiedenen Interpellationen in Fragen, die in die Bundeskompetenz fallen, mit dem Bemerkten zurückwies, daß wir hier Landespolitik zu machen hätten und uns streng in den Grenzen der Verfassung bewegen sollten. Ich glaube, daß diese Auffassung nicht aufrecht zu erhalten ist, denn wenn die Länder nicht auf der Hut sind, wird der Bund auch noch den letzten Rest eines gesunden Föderalismus vernichten. Allerdings betone ich, gesunder Föderalismus, weil ich mir z. B. keine Steuerverfassung vorstellen kann, bei der man jedem einzelnen Lande die Steuergesetzgebung souverän überlassen könnte. Selbstverständlich müssen Aufgaben und Rechte der Gebietskörperschaften, Bund, Länder und Gemeinden, koordiniert werden. Dabei ist zu überlegen, daß Österreich im Zustand einer vierfachen Besatzung lebt, durch den ein verstärkter Zentralismus gerechtfertigt erscheint. Wir haben

zwei Bundesländer und Teile der Bundeshauptstadt unter russischer Besatzung, beobachten dort seit Jahren die Kapitalsflucht nach dem Westen und andere Erscheinungen, die das Wirtschaftsleben in diesen bedauernswerten Ländern beeinträchtigen, so daß die Unterstützung und Hilfe durch die Westgebiete unerlässlich ist. Einen solchen Lastenausgleich im Sinne einer wirklichen Schicksalsgemeinschaft durchzuführen, vermag zweifelsohne nur der Bund. Der ungesunde und von uns bekämpfte Zentralismus zeigt sich jedoch beim Finanzausgleich. Jährlich reißt der von zentralistisch ausgerichteten Parteien geführte Bund mehr von den gemeinsamen Ertragsanteilen an sich und bringt Länder und Gemeinden in eine immer schwierigere Lage. Es ist höchste Zeit, daß sich die Parteien gegen diesen Raubzug zusammenschließen. Die Begründung, die Notlage des Staates erfordere dieses sogenannte Notopfer, ist nicht stichhältig, denn die Not ist überall in Österreich gleich groß und es zeigt sich, daß die Maßnahmen der kleineren Verwaltungseinheiten mit größerem Effekt verbunden sind, als es die kostspielige Bürokratie des Bundes zu leisten vermag.

Dies ist eine Erkenntnis, welche sich überall auf der Welt durchzusetzen beginnt. Wir erfahren, daß man in den Großunternehmen und Konzernen, in der Städteplanung, daran ist, die riesigen Organisationsformen in kleinere Leistungseinheiten zu zerlegen. Wir haben aus diesem Grunde auch den Antrag gestellt, die Mittel des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds den Ländern quotenmäßig zu übergeben, weil gerade der Wohnbau ein typisches Beispiel dafür ist, wie die Zentralbürokratie des Bundes einen wesentlichen Teil der Mittel verschlingt und den erreichbaren Nutzeffekt dadurch verringert.

Auch in dieser Frage, meine Damen und Herren, stehen wir mit unserer Ansicht in der Mitte zwischen ihren beiden Lagern. Wir haben das Vernünftige und für die Allgemeinheit Nützliche im Auge und wehren uns gegen eine Klassifizierung, ohne die sie anscheinend nicht auskommen vermögen. Es sind heute Worte, wie reaktionär, fortschrittlich und konservativ gefallen und man bemüht sich, uns mit allen Mitteln zu einer „bürgerlichen Partei“ zu stempeln. Solche historische Einteilungen lehnen wir ab, weil darin ein mehr oder weniger bewußtes Klassendenken zum Ausdruck gebracht wird. Wenn die ÖVP meint, daß wir zu weit links stehen und die SPÖ sagt, wir stünden zu weit rechts, dann meine Herren, stehen wir nämlich richtig. (Bravorufe beim VdU.)

Ich will das Kapitel der Wahrung der Länderrechte nicht beschließen, ohne eine Kritik über die Art der Verhandlungen des Landesfinanzreferenten über den Finanzausgleich in Wien auszusprechen, auch wenn ich mich hier ausnahmsweise in Übereinstimmung mit der Meinung des Herrn Abgeordneten Pölzl befinde. Ich bin der Meinung, daß es nicht angeht, wenn der Landtag über den Stand der Verhandlungen nichts erfährt und sich schließlich vor ein Fait

accompli gestellt sieht. Es heißt dann, im heurigen Jahre haben wir weitere Millionen an den Bund abzuliefern. Es wurde langwierig und zäh verhandelt — was ich bei unserem Landesfinanzreferenten keine Minute bezweifle — aber der Bund war stärker und wir müssen uns fügen. Ich kann mir vorstellen, daß es für die Ländervertreter eine nicht unerhebliche Verstärkung ihrer Position bei den Verhandlungen bedeuten würde, wenn er eine Meinungskundgebung des Landtages ins Treffen führen könnte. Aber diese Erscheinungen, daß die gewählten Mandatäre zu wenig informiert und noch weniger um ihre Meinung gefragt werden, ist auch auf der Bundesebene immer wieder festzustellen. Wir erfahren, daß der Außenminister Staatsbesuche durchführt, über die er weder vor noch nachher dem außenpolitischen Ausschuß des Parlamentes berichtet. Wir haben bei der Verabschiedung des Budgetprovisoriums erlebt, daß der Finanzminister ermächtigt wurde, eine Auslandsanleihe in der Höhe von 2 Milliarden Schilling aufzunehmen, ohne daß das Parlament die konkreten Bedingungen erst bestätigen muß. Diese Entwicklung halten wir für verhängnisvoll und bekämpfen sie. Wir möchten daher die Erwartung aussprechen, daß bei den zukünftigen Verhandlungen über die Höhe des Bundespräzipiums der Landtag vor und während den Verhandlungen befaßt wird und daß ein solidarisches Vorgehen der Länder herbeigeführt wird, falls der Appetit des Bundes auf die Gelder der Länder weiterhin wächst. Schließlich ist das Notopfer ursprünglich ausdrücklich als einmalig eingeführt worden, heute aber droht es bereits eine Dauererscheinung zu werden. Der Gemeindebund versucht ebenfalls Jahr für Jahr sich dem würgenden Zugriff des Bundes zu entziehen. Er hat heuer ein Programm aufgestellt und unter anderem den abgestuften Bevölkerungsschlüssel, der die Ertragsfähigkeit der Gemeinden und nicht nur die Bevölkerungszahl mehr berücksichtigt wissen wollte. Alle seine Wünsche wurden schließlich nicht erfüllt. Das Land darf aber nicht das schlechte Beispiel des Bundes kopieren. Hier muß der Abgeordnete, der die Verantwortung vor seinen Wählern trägt, mehr zum Zuge kommen. Ich kann auch nicht umhin, hier eine Frage anzuschneiden, die ich aus Gründen der notwendigen Rücksichtnahme nicht in materiellem, wohl aber formeller Hinsicht behandeln will. Es sind die Gleichenberger Verhandlungen, in denen vitale Interessen der steirischen Bevölkerung behandelt wurden. Wenn gesagt wird, daß die Verhandlungen in erster Linie vom Außenministerium geführt werden, so muß ich doch andererseits aufzeigen, daß führende Funktionäre des Landes beteiligt waren. Glauben Sie nicht, daß es für den Abgeordneten dieses Hauses peinlich ist, wenn er die Ergebnisse der Verhandlungen erst aus der Presse erfährt und dabei nicht entzückt ist über das, was er schließlich erfährt? Wäre es nicht richtiger, ihn schon während der Verhandlung über den Stand und die möglichen Ergebnisse der Besprechungen wenigstens zu informieren? Sie werden es auch

nicht vermeiden können, daß wir bei einem solchen Verfahren unsere kritische Stimme erheben, denn die bisherigen Ergebnisse befriedigen uns keinesfalls und wir hoffen nur, daß sie nicht endgültig sind, sondern Veränderungen erfahren werden, die, wie es der westdeutsche Bundeskanzler Dr. Adenauer im Bezug auf die Europaverträge ausgedrückt hat, einer „dynamischen Entwicklung“ unterliegen.

Meine Damen und Herren, jedes Budget ist Ausdruck ganz bestimmter wirtschaftspolitischer Konstellation. Man kann in einer Budgetdebatte und insbesondere in der Generaldebatte das Budget nicht durchleuchten, ohne die wirtschaftspolitischen Zusammenhänge zu behandeln. Hier möchte ich besonders eine Frage erörtern, welche schon meine Vorredner im besonderen Maße in den Vordergrund rückten, weil sie die breite Öffentlichkeit mit tiefer Sorge bewegt. Es ist das Problem der heuer über uns hereingebrochenen Arbeitslosigkeit, die Gründe für diese bedauerliche Entwicklung und die Aussichten für eine Abwendung dieses Notzustandes. Während die ÖVP behauptet, die Arbeitslosigkeit sei durch den Rückgang des Exportes verursacht worden, glaubt die SPÖ, daß hierfür ausschließlich die Einschränkung der Investitionen durch die öffentliche Hand maßgebend sei. In Wirklichkeit sind beide Tatsachen mitbestimmend für das rapide Anwachsen der Arbeitslosenziffer, denn wenn nur die Reduzierung der öffentlichen Mittel Anlaß zur verminderten Beschäftigungslage wäre, hätte auch nur die Bauindustrie mehr Beschäftigungslose. Der Herr Industriereferent sitzt ja hier und wird zugeben müssen, daß es in der Steiermark mit Ausnahme der verstaatlichten Industrie wegen der dort unvermindert herrschenden Konjunktur, fast keine Betriebe mehr gibt, die nicht Arbeiter entlassen hätten. Vergessen wir außerdem nicht, daß die Privatindustrie sehr viel aus eigenen Erträgen und besonders Exporterlösen investieren konnte, welche verringert werden müssen, weil die Ausfuhr sank. Ich nenne besonders die Papierindustrie, den Textilsektor, aber auch die Konsumgüterindustrie, wie zum Beispiel die Lederwarenerzeugung. Was die Argumentation betrifft, daß sich das Defizit zwischen In- und Export im letzten Monat verringert habe, muß angeführt werden, daß dieser Zustand nur, bedingt günstig zu bezeichnen ist. Günstig deswegen, weil einige bürokratische Behinderungen endlich gelockert wurden, so insbesondere bei der Holzausfuhr nach Westdeutschland, wo der so wenig ruhmreiche Bundesholzwirtschaftsrat die bisher festgelegten Mindestpreise fallen ließ. Früher hat besonders der Vertreter der Arbeiterkammer hohe Exporterlöse dadurch vereitelt, daß er gegen die Ausfuhr in devisenstarke Länder Einspruch erhob, weil er dadurch ein Ansteigen der Inlandpreise befürchtete. Es ist dies ein Beispiel für einen wirtschaftspolitischen Nonsens, der unüberbietbar ist. Jeder mußte sehen, daß die günstige Konjunkturlage früher oder später ein

Ende nehmen würde, sicherlich aber dann, wenn das nordische Holz wieder auf dem Weltmarkt erscheint. Ungünstig ist zu nennen, daß die Einfuhr im Zuge der Kreditrestriktionen vermindert worden ist, was nur so lange ohne gefährliche Rückwirkungen auf die Aufrechterhaltung der Produktion bleibt, als Lager abgebaut werden können. Früher oder später muß jedoch die Einfuhr wieder auf den alten Stand gehoben werden.

Es vergeht kein Tag, an dem nicht in unzähligen Publikationen und Reden auf die Grundlage einer erfolgreichen Exportförderung, die Erhöhung der Produktivität unserer Wirtschaft hingewiesen wird. Nicht absolute Produktionsziffern vermögen den Stand der wirtschaftlichen Rentabilität und damit der Konkurrenzfähigkeit zu beweisen. Waren werden produziert, damit man sie verkauft und der Lebensstandard hängt davon ab, wieviel daran verdient wird. Es muß daher das Ziel unserer Wirtschaft sein, mit immer geringeren Kosten einen größeren Ausstoß von Produkten zu erzielen. Wenn wir nach diesem Kriterium die Erfolge unserer Wirtschaftspolitik betrachten, so ist zu einem Optimismus kein Anlaß. Gerade die Industriezweige, welche am meisten aus der Marshallhilfe dotiert worden sind, haben eine erschreckend tiefe Produktivität. Die verstaatlichte Eisen- und Stahlindustrie steht heute auf einem Produktivitätsgrad von 87 % des Jahres 1937 und die Papierindustrie, welche auf dem privaten Sektor weitaus am meisten erhielt, gar nur auf 57 %. Das sind wesentliche Faktoren, welche unsere Exportchancen vermindern und doch kann es keinen Zweifel geben, daß jetzt alle Anstrengungen zur Hebung des Exportes gemacht werden müssen, weil der Zeitpunkt herannaht, an dem wir nicht mehr die Auslandshilfe zur Abdeckung unseres Außenhandelsdefizits zur Verfügung haben werden.

Sehen Sie sich nur die Struktur unseres Außenhandels mit Westdeutschland an. Allein bei der Kohleneinfuhr ist es so, daß diese zur Gänze aus ERP-Geldern gedeckt werden. Die Oststaaten haben für die Kohlen so unverschämte Preise verlangt, daß sie als Lieferanten nicht mehr in Frage kommen. Während wir 20 % unserer Gesamteinfuhr aus Deutschland tätigen, gehen nur 6 % unserer Gesamtausfuhr nach Deutschland und es wird ein wirtschaftliches Kardinalproblem, wie Österreich den Importüberschuß ausgleichen will.

Leider wurde jedoch die Konsumgüterindustrie bei der Verteilung der Hilfsgelder sträflich vernachlässigt. Wie jetzt angesichts der Konjunkturabschwächung und der versiegenden Auslandshilfe die Leistungskraft und Rentabilität der Finalindustrie und des Gewerbes gehoben werden kann, ist eine Frage, die kaum noch positiv zu beantworten ist. Jedenfalls ist eine Überwindung der Schwierigkeiten nur möglich, wenn an Stelle machtpolitischer Überlegungen die rein sachlichen von den Notwendigkeiten

unserer Volkswirtschaft diktierten Gesichtspunkte treten.

Es wurde im vergangenen Jahr endlich erkannt, daß der weiteren Aufblähung der öffentlichen Haushalte ein Ende bereitet werden müsse, weil ein direkter Zusammenhang zwischen Budgetvergrößerung und Kaufkraftentwertung nachgewiesen werden kann. Diese wichtigen Maßnahmen im Zuge der Stabilisierung muß von jedem vernünftig denkenden Menschen unterstützt werden und ich kann mir nicht vorstellen, daß es jemanden gibt, der die Gefahren der Inflation mißachtet. Stabilisieren wollen also alle, zumindest theoretisch. Wie dies aber praktisch geschehen soll, darüber ist man sich im Lager der Koalition nicht einig. Ich möchte nun zum Stabilisierungsprogramm des Finanzministers sagen, daß eine Schwäche bisher darin bestanden hat, daß sie sich rein auf finanzpolitischem Gebiete bewegte, während jene auf wirtschaftspolitischem Gebiet noch nicht einmal eingeleitet sind. Ich meine hier, um nur einige der wichtigsten herauszugreifen, die Verwaltungsreform, Einschränkung der unproduktiven Staatsausgaben und besonders Steuervereinfachung und Steuersenkung. Beschränkt man die Stabilisierungsmaßnahmen auf die Finanzpolitik, ohne sie mit wirtschaftspolitischen Reformen zu koordinieren, so wird höchstens eine Deflation entstehen, die wir ebenso entschieden bekämpfen, wie die Inflation. Es ist bemerkenswert, daß das Bundeskanzleramt jetzt von einem Plan für die Verwaltungsreform spricht, obwohl zugegeben werden muß, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Durchführung einer solchen Reform sehr erschweren. Es ist auch bemerkenswert, daß man jetzt einen Kampf gegen die Nivellierung führen will, daß man dem öffentlichen Angestellten und dem geistig Schaffenden überhaupt endlich gewillt ist, bessere Gehälter zu zahlen. Alle diese Absichten sind jedoch nur zu realisieren, wenn sie im Zusammenhang mit umfassenden Maßnahmen angepackt werden, denn die bloße Bereitschaft genügt nicht, es müssen auch die materiellen Grundlagen geschaffen werden.

In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, haben wir in den letzten Wochen eine sehr betrübliche Nachricht erhalten: Die Gewerkschaft und die Unternehmerverbände haben das seinerzeit vereinbarte Produktivitätssteigerungsprogramm gekündigt. Die Gewerkschaft klagt die Unternehmer an, sich nicht an die Bedingungen gehalten zu haben, weshalb sie sich außerstande sieht, die Produktivitätskampagne weiterhin zu unterstützen. Man muß diese für die wirtschaftliche Zukunft Österreichs und den Lebensstandard jedes Einzelnen so entscheidende Frage ohne parteipolitische Leidenschaft oder dogmatische Verzerrung betrachten. Die Befürchtung der Arbeitnehmer, daß die Produktivitätssteigerung weder zu einem erhöhten Lebensstandard führt, noch Sicherheiten für ihre Existenzen bietet, ist nicht unbegründet. Wenn nämlich im Zuge einer Mehrproduktion

bei gleichen oder gesenkten Kosten die Preise nicht gesenkt werden, die Kaufkraft der breiten Masse nicht gehoben und der Mehrertrag, gesamtwirtschaftlich gesehen, auch nicht verwendet wird, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, so kann die an sich so wichtige Steigerung der Produktivität zu einem Nachteil für die Arbeiter und Angestellten werden.

Damit habe ich aber auch ausgeführt, in welcher Richtung die gemeinsamen Anstrengungen gelenkt werden müssen. Ich bin überzeugt, daß 90 % aller Menschen zu einer höheren Arbeitsleistung bereit sind, wenn sie ihre Leistung finanziell gerecht abgegolten erhalten. Von der menschlich sozialen Seite her besteht die Notwendigkeit eines geordneten Betriebsklimas, eines gerechten Ertragslohnes und einer vernünftigen Neufestsetzung der Lohnsteuer. Diese Voraussetzungen sind in Österreich nicht gegeben. Weiters hängt die Steigerung der Produktivität vom Kapitaleinsatz ab. Wer nun die Investitionsquoten der letzten Jahre in Österreich betrachtet, kann nicht behaupten, daß sie gering gewesen seien, im Gegenteil. Es wurde noch nie so viel in wenigen Jahren investiert. Seit 1945 wurden 22 %, das sind etwa 40 Milliarden Schilling, auf der Wertbasis 1951 des eigenen Steueraufkommens und der Betriebserträge in Form steuerbegünstigter Rücklagen investiert. Dazu kommen 30 Milliarden zusätzlich aus der Amerikahilfe, das ist die fünf-fache Summe der ehemaligen Völkerbundanleihe. Der Rationalisierungszustand unserer Betriebe hat sich gegenüber früher gebessert, wenn ich auch noch einmal betonen muß, daß er gerade in jenen Betrieben nicht zu einer Erhöhung der wirtschaftlichen Ergiebigkeit geführt hat, die am meisten erhalten haben. Es scheint, daß sich die Unternehmungsleitungen in der Zeit der Konjunktur zu wenig um diese Probleme gekümmert haben, was jetzt im Zeichen der Konjunkturabschwächung von eminenter Bedeutung ist.

Es liegt primär doch an der falschen Lohn- und Steuerpolitik. Die Progression der Lohnsteuer, welche die veränderte Basis durch die Währungsentwertung nicht berücksichtigt, führt zu einem System, durch das die Mehrleistung bestraft wird anstatt einen Anreiz dazu zu bieten. Auch die Gewerkschaft will nunmehr entnivellieren und hat erkannt, daß die im Bezug von Valorisierung zurückgebliebenen Berufsgruppen nachgezogen werden müssen. Wir haben heute beim Hilfsarbeiter einen Valorisierungsgrad von 8,5, bei einem Facharbeiter von 6,2, bei einem Angestellten 4,4 und beim öffentlichen Angestellten nur 3,7. Der Staat bezahlt seine eigenen Angestellten am schlechtesten und bietet dem Beamten heute ein Realeinkommen, das nur 55 % vom Jahre 1937 beträgt, erspart sich durch die Unterbewertung seiner Dienstnehmer im Jahr etwa 5 Milliarden Schilling oder insgesamt soviel als wir in den letzten Jahren durch die Marshallhilfe erhalten haben. Das ist auf die Dauer völlig unmöglich und die Aus-

rede, die Finanzlage des Staates ließe eine bessere Besoldung nicht zu, kann nicht anerkannt werden. Kein Unternehmer darf die Lohnhöhe davon abhängig machen, wieviel ihm nach Leistung der Sachausgaben für Lohn und Gehälter übrig bleibt. Der Staat, der den Unternehmer gesetzlich zur Bezahlung eines Mindestlohnes verpflichtet, hält sich aber selbst nicht an diese Grundsätze.

Wenn wir die Relationen zwischen dem niedrigsten und höchsten Einkommen betrachten, so sehen wir, daß in Österreich im Gegensatz zu allen anderen europäischen Staaten mehr Kommunismus, das heißt Gleichmacherei, praktiziert wird, als in der Sowjet-Union. Dort beträgt die Einkommensspanne 1 zu 27, in England 1 zu 30, in Westdeutschland 1 zu 12 und in Österreich 1 zu 4.

Die Neufestsetzung der Steuerstaffeln bei der Lohnsteuer ist notwendig und zu einem Gegenstand heftiger Polemik geworden. Die Kommunisten machen es sich wie immer sehr leicht und sagen, die Nazi-Kriegslohnsteuer müsse weg. So einfach geht das nicht. Prof. Heinrich hat einmal den Satz geprägt, daß jede Steuer die Wirtschaft umbauet. Wenn man daher eine Steuer, die noch dazu heute zu einer Säule der Finanzgebarung des Staates wurde, total abschaffen will, wären die Auswirkungen auf den Staatshaushalt verheerend. Man muß hier eine Gesamtreform des Steuerwesens ausarbeiten. Die Kommunisten wissen dies wohl, doch sind ihre ganzen Forderungen von der Tendenz getragen, Österreich nicht zu helfen, sondern seine Vernichtung zu betreiben. Weil wir genau das Gegenteil wollen, muß unsere Opposition zwangsläufig andere Formen annehmen und es ist jeder Vergleich zwischen der Oppositionspolitik der KP und des VdU von vornherein unmöglich. Das hindert allerdings die Kommunisten nicht, dem VdU vorzuwerfen, er betreibe de facto keine echte Opposition, sondern sei nur der dritte Gaul am Regierungswagen. Die Bevölkerung versteht uns allerdings und weiß, daß die Kritik der Kommunisten ein Beweis für die Richtigkeit unserer Politik ist. Unverständlich allerdings ist die Haltung der Sozialistischen Partei. Der Gewerkschaftsfunktionär Nationalrat Holzfeind hat in seiner Rede zum Steueränderungsgesetz 1952 die heute geltende Progression als gerecht bezeichnet und behauptet, daß die österreichische Arbeiterschaft dies längst eingesehen hätte. Beim ersten Bundeskongreß des Gewerkschaftsbundes wurde jedoch eine andere Sprache geführt und die Abänderung der Steuerprogression gefordert. Tatsache ist, daß beide Regierungsparteien in dieser Frage keine Initiative entwickelt haben und so kam es, daß bei uns, im „sozialsten Staat der Welt“ gerade die kleineren und mittleren Einkommen am meisten getroffen wurden. Beim Einkommen von 2000 bis 20.000 Schilling stieg die Lohnsteuer von 1946 bis heute von 3,7 auf 8 %. In Amerika ist es so, daß bis zu einem Einkommen von 500 Dollar die Besteuerung 2,5 % ausmacht und beim Einkommen von über 50.000 Dollar auf 86 % ansteigt. In

Österreich nun sinkt die Steuer beim hohen Einkommen auf 64 %, was so gar nicht zum Charakter eines angeblich sozialen Staates paßt. Dazu kommt, daß der Arbeitnehmer keinerlei Möglichkeiten hat, sich durch Steuerberatung dem würgenden Zugriff durch das Finanzamt zu entziehen. Beim Unternehmer gibt es da Möglichkeiten und es ist kein Wunder, wenn jeder bemüht ist, die ihm unmoralisch erscheinende Vorschreibung durch unmoralische Machinationen zu durchkreuzen. Es ist dies ein circulus vitiosus der Unmoral wie auf den verschiedensten anderen Gebieten auch und man muß in erster Linie die Schuld dem Fiskus zuschreiben, der endlich daran gehen sollte, die leistungshemmenden und produktionsfeindlichen Steuern auf ein erträgliches Maß zu senken.

Wir haben im Parlament einen Antrag gestellt, die Lohnsteuerdurchführungsverordnungen so zu ändern, daß die zusätzliche freiwillige Arbeit in jeder Form steuerfrei gemacht wird und daß der steuerpflichtige Lohn vor Anwendung der Steuertabelle um 20 % gesenkt werden möge, analog dem Investitionsbegünstigungsgesetz für die Unternehmer. Wir haben auch verlangt, daß die Kriegsoffer den Besitzern von Opferfürsorgescheinen gleichgestellt werden. Wir sind der Meinung, daß dieser Antrag durchgeführt werden kann und teilen nicht die Bedenken des Finanzministers, daß hier ein Steuerausfall eintreten würde, den die angespannte Finanzlage des Bundes nicht verträgt. Wir erwarten uns nämlich von einer solchen leistungshhebenden Neuregelung eine belebende Wirkung für die ganze Wirtschaft und sind der Meinung, daß die Umsatzerhöhung den momentanen Steuerausfall in kurzer Zeit wettmachen würde. Ich brauche nicht besonders zu betonen, daß wir mit dieser Mehrleistung kein Ausbeutesystem meinen, sondern die Hebung des Allgemeininteresses. Dazu ist auch notwendig, daß die geistig schöpferische Arbeit wieder wertmäßig in den Vordergrund gerückt wird.

Meine Damen und Herren! Österreich bezeichnet sich als Kulturstaat und ist es in Bezug auf die großen Leistungen der Vergangenheit zweifelsohne. Die Gegenwart sieht allerdings düster aus und es war ein grimmiger Scherz, wenn die Studenten Wiens bei ihrem Protestmarsch eine Tafel mit der Aufschrift mittrugen, daß Österreich der gesündeste Staat der Welt sei, weil noch kein Nobelpreisträger bei uns gestorben ist. Sie werden wissen, daß Österreich acht lebende Nobelpreisträger hervorgebracht hat, von denen aber nicht ein einziger in unserem Lande lebt, weil er damit außerstande gesetzt werden würde, seine wissenschaftliche Forschungsarbeit weiter zu betreiben. So kommen diese Größen des Geisteslebens alljährlich auf einige Wochen nach Österreich, etwa zu den Hochschulwochen nach Alpbach, um dort unserer studierenden Jugend einige Anregungen aus ihrem Forschungsgebiet zu geben. Österreich ist nicht mehr das, was es einmal war: ein Kulturzentrum mit ausstrahlender Wirkung

über seine Grenzen hinweg. Darüber können uns nicht Tradition und noch so schöne Museen hinweghelfen, denn es fehlt die große schöpferische Gegenwart. Diese Verdorfung unseres Staates ist tragisch. Österreich ist kein Staat, der durch seine Größe, seine Macht, sein wirtschaftliches Potential Bedeutung hat; wenn überhaupt, so können wir nur den Geist einsetzen, der von diesem Boden jahrhundertlang ausgeströmt ist und das kann nur wieder erreicht werden, wenn wir die Menschen als die Träger einer solchen Entwicklung auch materiell in die Lage versetzen, ihre Ideen zu entwickeln und zu formen. Der geistige Ausverkauf hat aber noch eine andere Seite. Es ist im höchsten Maße unökonomisch, wenn der Staat 90 % der Kosten für die studierende Jugend trägt und sie nach Beendigung ihrer Studien praktisch zwingt, ins Ausland zu wandern. Das Kapital höherer Ordnung für unsere Wirtschaft wird dadurch immer knapper, denn es gehen ja nicht die Schlechtesten, sondern die Besten ins Ausland, um fremden Volkswirtschaften ihr Können und Wissen zur Verfügung zu stellen. Wir können nur hoffen, daß sich alle Parteien über den Ernst der Lage bewußt werden und die verhängnisvolle Entwicklung der letzten Jahre zum Stillstand bringen.

Auch auf dem Gebiet der Landwirtschaft ist sehr viel nachzuholen und zu ändern. Wir erleben jährlich bei der Budgetberatung, daß die einzelnen Fachreferenten bittere Klagen über die zu geringe Dotierung führen und mehr oder minder deutlich zu verstehen geben, daß die Ressorts der anderen Parteien eher zuviel erhalten haben, obwohl es insgesamt vorne und hinten nicht reicht. Bei der Landwirtschaft ist es ebenfalls so: Nun wird aber niemand bestreiten können, daß die ewige Subventionswirtschaft ein ungueter Zustand ist. Wenn die Sozialisten z. B. bei jeder Gelegenheit der Volkspartei vorwerfen, die ÖVP verwende die Subventionen, um damit Parteipolitik auf dem Lande zu betreiben, so könnte sie ihrem Koalitionspartner die Möglichkeit dazu leicht aus der Hand nehmen. Entschließen wir uns, der Landwirtschaft gerechte Preise zu geben und bauen wir die Subventionen allmählich ab. Besonders notwendig ist es, die Preisparität zwischen agrarischen und industriellen Gütern wieder herzustellen. Das Auseinanderklaffen der Preisschere ist Anlaß, daß die Landwirtschaft den Boden nicht mehr intensiv zu bearbeiten vermag, daß sie daher nicht einmal die Produktionskraft des Jahres 1937 erreicht und daß daher die Einfuhr von Nahrungsmitteln mengenmäßig von der dritten auf die erste Stelle vorrückte. Dabei ist jene Zeit vorbei, wo wir die Nahrungsmittel billig aus jenen Gegenden kaufen konnten, in denen der Bauer einen Lebensstandard von nur 30 % des österreichischen besaß. Heute ist die Lebenshaltung unserer eigenen Bauernschaft auf dieses niedere Maß selbst herunter gesunken und wir müssen die eingeführten Nahrungsmittel höher bezahlen, als wir in den letzten Jahren bereit waren, unserem inländischen Bauerntum zu

bieten. Man hat immer das Gefühl, die Sozialisten sehen im Preis, den ein Bauer für seine Produkte erhält, ein Geschenk und übersehen, daß er in erster Linie ein Mittel ist, die Produktion aufrecht zu erhalten, zu verbessern und so zu steigern, daß wir von der Einfuhr immer mehr und mehr unabhängig werden. Die Hungerjahre nach 1945 hätten hier, so könnte man meinen, Lehre genug sein müssen, wie es einem Volk in Zeiten zerrütteter Außenbeziehungen geht, wenn die Existenzbasis der eigenen Landwirtschaft verringert wird. Vergessen Sie außerdem nicht, daß die Landwirtschaft ein sehr wesentlicher Auftraggeber für Industrie und Gewerbe ist und daß mit der Abwanderung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte die Lage auf dem Arbeitsmarkt und in Städten immer schwieriger werden muß. Es ist also höchste Zeit, über die Parteigegensätze hinweg das Problem der österreichischen Landwirtschaft als ein Staatsproblem Nr. 1 zu behandeln und zu lösen.

Meine Damen und Herren, ich will nun einiges zusammenfassend sagen. Die Wahl am 22. Februar nächsten Jahres wird vor allem unter den Aspekten wirtschaftspolitischer Auseinandersetzungen stehen. Generell und einfach gesagt, möchte ich erklären, daß das wichtigste Programm darin besteht, die Dinge so zu sehen, wie sie gelagert sind und den Mut zu haben, endlich die Wahrheit zu sprechen. Es muß davon abgegangen werden, gemeinsame Regierungsmaßnahmen in der Öffentlichkeit zu diskreditieren, wenn sich ihre mangelnde Qualität herausgestellt hat. Die beiden Parteien versuchen, alles, was in Österreich in den letzten Jahren an Gutem geschaffen wurde, als ihr Verdienst hinzustellen, während das Schlechte und Nichtgelöste auf das Schulkonto der anderen Regierungspartei gesetzt wird. Besonders die SPÖ versteht es hier meisterlich Regierungspartei und Partei der „sozialen Opposition“ in einem zu spielen. Allerdings wird das in der Öffentlichkeit keinen Erfolg haben, denn Sie haben die Verantwortung im gleichen Maße getragen und ich erinnere nur an das Wort des Präsidenten Böhm, der die Koalition als eine „Astgemeinschaft“ bezeichnet. Es ist notwendig, vom Wege der wirtschaftlichen Illusionen und Utopien abzugehen, Versprechungen zu machen, die nicht gehalten werden, um bei jeder Gelegenheit bei seinen eigenen Wählern populär zu sein.

Was ich hier meine, ist eine Umorientierung der Gesinnung. Und in diesem Zusammenhange gestatten Sie mir, daß ich auf einige boshafte Bemerkungen des Herrn Bürgermeister Doktor Speck eingehe, mit denen er uns im Verlaufe seiner Rede bedacht hat. Wer ihn kennt, weiß, daß er sich nie an lauten Polemiken beteiligt, wohl aber ein Meister des Sarkasmus ist. Mit eben diesem Sarkasmus hat er nun den VdU apostrophiert. Er sagte u. a., die Bevölkerung werde sich die Frage vorlegen, was denn dieser VdU in den letzten Jahren geleistet habe und ob es sich lohne, ihm noch einmal die Stimme

zu geben. Ich weiß nicht recht, ob Sie das als Bürgermeister, als Landtagsabgeordneter oder einfach als Sprecher der Sozialistischen Partei mit vorgeschriebener Marschrichtung (Zwischenruf bei ÖVP: „oder als Professor“) gesagt haben. Denn das ist immer schwierig, wenn man mehrere Funktionen ausübt. In der Gemeinde haben Sie nämlich sehr häufig betont, daß die Zusammenarbeit aller drei Fraktionen gut wäre, daß sachliche Arbeit geleistet worden sei und haben dort noch nie den VdU ausgenommen. Sie haben also entweder damals oder heute nicht die Wahrheit gesagt. (Landesrat Pirisch: „Der Herr Bürgermeister war sehr sanft!“) Wir sind nicht empfindlich, aber es gibt Punkte, bei denen wir uns Vorwürfe nicht gefallen lassen. Sie haben ja im Jahre 1949 beschlossen, den VdU unter keinen Umständen zum Zuge kommen zu lassen. Sie haben ihm gar keine Gelegenheit gegeben, auf der Parlamentsebene etwas zu leisten, denn nach dem unglückseligen Koalitionsakt wurden alle wichtigen Fragen ohnedies ausschließlich außerhalb des Parlamentes geklärt und im Parlament nur beschlossen. Die vielen konstruktiven Anträge des VdU sind nicht einmal behandelt worden. Und wenn nun heute ein Koalitionspolitiker feststellt, der VdU habe nichts geleistet, so ist dies, gelinde gesagt, eine Perfidie. Wenn Sie weiter erklären, der VdU habe nur die Unzufriedenen gesammelt, dann mag das für das Jahr 1949 stimmen, wo wir jene sammelten, die durch Ihre Unrechtsgesetze unzufrieden waren. Sie können versichert sein, daß es uns bewußt war, mehr sein zu müssen, als eine Partei der Unzufriedenen. Wir sind das auch heute nur mehr in dem Sinne, als wir mit der Politik der Koalition unzufrieden sind, aber unser Programm und unsere Ideen sind aufgebaut auf ein positives Ziel. Wir werden ja sehen, ob es uns gelungen ist, weitere Kreise der Bevölkerung anzuziehen, weil sie an die Richtigkeit unserer Überzeugung glauben. Wenn Sie nun weiter sagen, man wisse nie recht, wie es im VdU aussehe, es gab da Spannungen, Gruppen und neue Konstellationen, so möchte ich Ihnen, meine Damen und Herren, keine Vorlesung über die Geschichte Ihrer eigenen Partei halten. Sie war mindestens in ihrer Jugend erfüllt von Spannungen und Auseinandersetzungen und es gab da eine Zeit, wo ein Parteivorsitzender auch bei Ihnen nicht auf Lebenszeit gewählt wurde. Ich bin nicht unglücklich darüber, daß wir als eine junge Gruppe noch in Gärung stehen, daß es bei uns keinen Sekretärsapparat gibt, der jede Strömung gegen die Generallinie einfach abwürgt und damit die dauernde Angleichung der politischen Ansichten an die geänderten realen Verhältnisse verhindert. Es ist an sich sehr freundlich, daß Sie sich unsere Köpfe zerbrechen wollen, doch glaube ich Sie der Sorge entledigen zu können. Warten Sie mit uns den Wahltag ab und dann reden wir weiter. Wir fühlen uns deswegen sicher, weil wir glauben, daß unsere Ideen vom Zeitgeist getragen sind. Das zeigt sich vor allem darin, daß sich unsere sozialen Erkenntnisse mehr und mehr

durchsetzen, während bei Ihnen ein Abrücken von Ihren alten überkommenen Vorstellungen, zumindest in der Theorie, bemerkbar wird. Der große Unterschied zwischen uns beiden ist ja, ob man die Lösung des Sozialproblems durch den Klassenkampf und den Gruppenegoismus erreichen kann oder ob die Form der Klassensynthese und des Gemeinschaftssozialismus zum Erfolge führt. Wir sind vom zweiten überzeugt, weil alle gesellschaftlichen Merkmale die zur Zeit Karl Marx den Klassenkampf notwendig machten, durch die Veränderungen der soziologischen Struktur überwunden sind. Wir glauben daran, daß der Ausgleich der natürlichen Spannungen zwischen den Sozialpartnern dort erfolgen müsse, wo sie primär entstehen: im Betrieb. Wir legen daher unsere Bemühungen mit stärkster Betontheit in den Betrieb und fassen das Ziel einer neuen Betriebsverfassung unter den Gesamtbegriff der betrieblichen Partnerschaft zusammen. Wir sind nicht Illusionisten, sondern haben eine klare Vorstellung davon, wie die Betriebsordnung auf soziale Rechtsgrundsätze gebaut werden müsse, Rechtsgrundsätze, die in den persönlichen Beziehungen, aber auch in einem gerechten Lohnsystem zur Wirkung gebracht werden müssen. Als wir vor über zwei Jahren in Linz einen Kongreß der Partnerschaft abhielten und dort das sinnvolle Mitspracherecht der Arbeitnehmer im Betrieb ebenso forderten, wie die Beteiligung der Arbeitnehmer am Betriebsergebnis, weil ja der Betrieb auch eine Leistungsgemeinschaft ist, da hat der Gewerkschaftsbund und die SPÖ nur Spott und Hohn für unsere Bemühungen übrig gehabt. In der „Solidarität“ stand damals geschrieben, daß wir die „ollen Klamotten aus der braunen Kiste“ hervorgeholt hätten und wußten nichts anderes zu tun, als uns der neonazistischen Gesinnung zu zeihen. Interessanterweise haben nun in den letzten Monaten Umfragen, sowohl von der Industrie, wie auch von Seiten des Gewerkschaftsbundes und der Arbeiterkammer in Österreich stattgefunden, die an hunderte Arbeiter und leitende Betriebsfunktionäre gerichtet waren und sich mit der Frage beschäftigten: Wie stellen Sie sich die Erhöhung der Produktivität oder eine Besserung der Verhältnisse im Betrieb vor? Die Industrie erhielt dieselben Antworten aus ihrem Personenkreis wie der Gewerkschaftsbund: Eine einzige Absage an den Klassenkampf. Diese Absage erfolgte nicht dadurch, daß man die Rudimente des Klassenkampfes überhaupt geleugnet hätte, wohl aber dadurch, daß der österreichische Mensch im Klassenkampf kein geeignetes Mittel zur Lösung der sozialen Probleme mehr sieht. Es hat mich sehr gewundert, daß der Generalsekretär des ÖGB, Nationalrat Proksch, ein Vorwort für die Broschüre schrieb, in der eine Auswahl der Antworten zu lesen ist und wo er etwa Folgendes ausführt: Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß die Hebung des Lebensstandards von der staatlich legislativen Ebene her erfolgen kann. Die Arbeiterbewegungen haben die Lohngerechtigkeit, soweit sie kollektiv erreicht wer-

den kann, verwirklicht. Nun kommt es darauf an, den Schwerpunkt der Auseinandersetzung und Bemühungen in die Betriebe zu legen, dort, wo das Sozialprodukt erzeugt wird und es ist keine Frage, daß ein Erfolg nur möglich sein wird, wenn es gelingt, die leistungshemmenden Faktoren zu beseitigen und ein sauberes Betriebsklima herzustellen, das eine vernünftige Zusammenarbeit zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer gewährleistet. Dem Abg. Pölzl werden sich die Rückenhaare aufstellen, daß der Generalsekretär der österreichischen Gewerkschaft so etwas schreibt. (Abg. Pölzl: „Der war auch in Amerika!“) Nun ich denke, wir sollten uns die Mühe machen, das Geld sammeln und Sie ebenfalls hinüberschicken, ich fürchte nur, Sie werden als ein ebenso fanatischer Propagandist für Amerika zurückkommen, wie Sie jetzt wie ein gelähmtes Karnickel nach dem Osten blicken.

Wir sind über die sich anbahnende Änderung der Anschauungen hoch erfreut. Das ganze Gerede, wir seien Gegner des Gewerkschaftsbundes und wollen mit der Propagierung der Partnerschaft die Gewerkschaft abschaffen, hat sich damit selbst widerlegt. Wir wissen, daß die Gewerkschaft immer notwendig sein wird und stellen ihr wichtige Aufgaben heute und in alle Zukunft. Sie muß sich nur ebenfalls umstellen auf die Erfordernisse unserer Zeit, vor allem aber verlangen wir von ihr, daß sie aufhört, Parteipolitik zu betreiben anstatt sachliche Arbeit zu leisten. Meine Herren, die Aufrechterhaltung des Friedens ist eine der Kardinalaufgaben der Politik. Ist schon die Aufrechterhaltung des Weltfriedens unserer Einflußnahme entzogen, so haben wir alle Verpflichtung, den sozialen Frieden im Inneren unseres Landes herzustellen und zu festigen. Niemand darf sich der Meinung hingeben, daß man mit der Russenangst und der bolschewistischen Gefahr für alle Zeit den sozialen Frieden retten kann. Dazu gehört mehr, ein wirtschaftlich gesunder Staat und die Sicherung der Existenz für den arbeitenden Menschen. Wenn wir eine Massenarbeitslosigkeit erhalten, dann würde der Weizen der Kommunisten blühen. Der Abg. Pölzl, der heute wie ein Burgschauspieler schlechter Qualität gegen die drohende Arbeitslosigkeit geredet hat, würde in Wirklichkeit aufjubeln, denn er glaubt an das alte Rezept seines Meisters Lenin: Nicht die Not bekämpfen, sondern vergrößern, damit die Arbeiterschaft reif gemacht wird für die kommunistische Revolution.

Wenn deshalb der 22. Februar vorüber ist, haben die Parteien die Pflicht, sich zusammenzusetzen und ein Regierungsprogramm auszuarbeiten, durch welches wir die Nachkriegsnot überwinden können, Ordnung gemacht und vor allem Arbeit geschafft wird, so daß Österreich endlich wirtschaftlich auf eigene Beine zu stehen kommt. Wenn man die in diesem Lande vorhandenen wirtschaftlichen Kräfte, die Bodenschätze und das oberste Kapital, den

Menschen mit seinen großen Talenten und Fähigkeiten rüchtig einsetzt, dann glaube ich, daß ein zukünftiger steirischer Landtag ein Budget verabschieden kann, in dem die Wünsche der Bevölkerung besser befriedigt werden können als heute. (Anhaltender Beifall beim VdU.)

Abg. Smolana: Hohes Haus! Wenn ich heute vormittags nicht Abgeordneter gewesen wäre, sondern hier im Zuschauerraum gesessen wäre, ich hätte die Empfindung gehabt, heute in eine Wählerversammlung zu kommen. Als Abgeordneter weiß ich, daß die politischen Parteien Gelegenheit haben, sich weidlich bei den Budgetberatungen auszutoben oder sich Komplimente zu machen. Das ging auch aus den Komplimenten der heutigen Sitzung hervor, die ein Niveau erreicht haben, von dem man nicht sagen kann, daß es dazu angetan war, der Jugend, die massenhaft heute vormittags in der Galerie zu sehen war, zu zeigen, was Demokratie ist.

Da möchte ich nun an die Rede des Herrn Abg. Pölzl anknüpfen, nicht deswegen, um den Kommunisten lächerlich zu machen, sondern um Ihnen zu zeigen, daß manches, was darin war, wert ist, Gegenstand des Nachdenkens zu sein. (Gelächter.) Vor allem ersparen Sie sich das, ich komme nicht in den Verdacht, ein Kommunist zu sein. Vor allem hätten Sie nicht zu belächeln, was der 19. kommunistische Kongreß Rußlands, der am 14. Oktober 1952 geschlossen worden ist, offenbart hat. Er hat die Gründe offenbart, warum jede Mission scheitern muß, es zu keinem Friedensvertrag kommt. Er hat uns gezeigt, welcher Meinung man drüben ist. Was war interessant daran? Moskau glaubt, daß die Zeit heute der Faktor ist, der zu Gunsten Rußlands und seiner Verbündeten mehr arbeitet als zu Gunsten Amerikas und seiner Alliierten. Dabei geht man drüben von der Auffassung aus, daß sowohl der Dollarraum wie auch der Sterlingraum in den nächsten Jahren in eine Krise kommen werden, die ganz Europa spürt. Also man zweifelt nicht an einer wirtschaftlichen Erschütterung und was haben Sie heute hier gehört aus dem Munde des Abg. Pölzl und seiner Kommunistischen Partei? Die sagt das gleiche, was er Ihnen gesagt hat: Sie können überzeugt sein, daß Sie heute in einem Jahr froh sein werden, wenn wir dorthin Verbindungen haben. Ich weiß, der Grund, daß wir nicht mit Rußland übereinkommen, liegt nicht am Steiermärkischen Landtag, er liegt in Amerika, in Washington, in Paris, in London. Daher können wir nur heute oder morgen ein Opfer dieser Politik sein.

Schließlich hat hier der Herr Landesrat Dr. Illig mit vollem Recht gesagt, man müsse trachten, mit einem mächtigeren Mittel heute der Sachlage beizukommen und hat vorgeschlagen, die Glocken sollen läuten. Auch ein anderer Redner ist auf das Beispiel eingegangen und ein dritter, aber kein Mann hört heute die Weihnachtsglocken läuten, die doch ein Fest des Friedens einläuten sollen. Wie kann man heute,

beinahe zwei Vorabende vor Weihnachten, sich zu einer solchen Stimmung hinreißen lassen, wie sie heute mittags geoffenbart worden ist. Würde die ÖVP nicht die Mehrheit haben in diesem Hohen Hause, so hätte man gesagt, daran seien die bösen Sozialisten schuld. Sie sind in der Mehrheit, Sie haben es in der Hand gehabt, den Landtag vor Weihnachten noch einzuberufen.

Meine Damen und Herren! Ich habe festgestellt, daß eine Reihe von Problemen und Fragen wahr und berechtigt sind und daß es notwendig gewesen ist, sie vorzubringen. Aber wenn man sich um Fragen herumdrückt, wie es auch geschehen ist von Seiten der Gewerbevertreter, die von allen anderen Dingen reden, nur nicht von dem, was das Kleingewerbe drückt, so ist es zwecklos, denn dann ist das wirklich nur eine Rede zum Fenster hinaus. Haben Sie jemals im Steirischen Landtag von einem Redner gehört, daß er gesagt hätte: „Ich verstehe nicht, warum man so einen tiefen Keil zwischen die Gewerbetreibenden und die Angestellten und Beamten hineintreibt, indem man den Gewerbetreibenden, der nur 10.000 S im Jahr verdient, von jeder Kinderbeihilfe ausschließt, diese aber wohl einem Angestellten oder Arbeiter gewährt, der vielleicht 33.000 bis 36.000 S im Jahr verdient?“ Die Österreichische Sozialistische Partei hat es verstanden, ihre Arbeiter auf diesem Gebiet zu schützen, aber die ÖVP war nicht in der Lage, das Gewerbe zu schützen. Im Gegenteil! Was hat man gemacht? Knapp vor Weihnachten habe ich einen Erlaß des Finanzministeriums auf meinen Tisch gekriegt und da steht drin, daß diese Zuwendungen, die unsere Angestellten und Arbeiter zu bekommen haben, keine Abzugsposten für den Unternehmer darstellen. Wir werden von unseren Genossenschaften bzw. Innungen gebeten, wir sollen unseren Angestellten und Arbeitern Weihnachtzulagen, Remunerationen geben, wenn sie auch nicht kollektivvertraglich verankert sind. In diesem Erlaß wird aber darauf aufmerksam gemacht, daß diese Remunerationen für den Unternehmer keine Abzugsposten bilden, also keine Unkosten darstellen. Sie ersehen daraus, daß hier mit zweierlei Maß gemessen wird.

Aber wer trägt denn die ganze Schuld heute an diesen Zuständen? Heute heißt es, wenn es da und dort mit einer Steuer nicht klappt, daß die Finanzämter schuld daran sind. Es ist heute schon oft nicht möglich, daß ein Finanzbeamter durch die Straßen gehen kann, ohne daß er eine Anpöbelung bekommt, weil von oben herunter solche Gesetze gemacht werden. Wir brauchen uns nicht streiten, wir stellen nur fest, der Fisch stinkt von oben. Alles kommt von oben und was wir hier im Land machen ist nur Flickwerk. Ich bin daher der Auffassung, daß auch der neue Landtag zu einer anderen Zusammensetzung wird kommen müssen. Er wird vor allem müssen sozial sein, er wird vor allem müssen christlich sein. Das sind Dinge, die die ÖVP im Steirischen Landtag verlassen hat, denn sonst würde es nicht möglich gewesen sein, daß man in dieser Tonart vor dem Weihnachtsabend

spricht. Denn mit all dem, was Sie geleistet haben, haben Sie kein Stück Brot mehr auf den Weihnachtstisch gelegt. Ich persönlich stimme für dieses Budget, weil es ein Budget der Not ist.

Abg. Pözl: ^{erst} Der Redner des VdU bedauert es tief, daß der Schleuderelexport der österreichischen Rohstoffe nicht größere Formen angenommen hat. Wer besitzt den österreichischen Wald? Ist es der Kleinbauer oder der mittlere Bauer oder der Bergbauer? Ich glaube kaum. Hat er am österreichischen Holz verdient? Ich glaube nicht. Aber es ist eben Sache des VdU, unsere großen Waldbesitzer und Holzschieber zu vertreten, wie er immer auf der Seite der Großbesitzer und auf der Seite der Großkapitalisten steht. Tatsache ist, daß der Export von Holz, von unbearbeitetem Holz jahrelang ein ausgezeichnetes Geschäft für eine kleine Gruppe von Leuten war und daß an diesem Holzexport eine kleine Gruppe von Schiebern verdient hat. Dieser Export war ein Teil der Ausplünderung der österreichischen Rohstoffe durch das westliche Kapital. Es war bereits soweit, daß man für die Erzeugung der österreichischen Möbel und für den Häuserbau in Österreich kein Holz mehr beschaffen konnte, daß die Papierindustrie in große Schwierigkeiten kam. Aber das ist doch den Herren vom VdU gleichgültig. Hauptsache ist es, den Interessen der Großkapitalisten zu dienen.

Es war auch interessant, daß als das Auskunftsmittel, der gegenwärtigen Wirtschaftskrise entgegen zu wirken, nur ein Mittel empfohlen werden konnte, nämlich die Produktionssteigerung. Wir haben das schon von verschiedenen Seiten gehört, die Handelskammer predigt das schon durch Jahre hindurch, der Präsident des Gewerkschaftsbundes hat sich im gleichen Sinne geäußert. Wir sehen in allen Straßen Österreichs Plakate „Höherer Lohn durch höhere Leistung“. Meine Damen und Herren, derjenige Arbeiter und Angestellte, der in den letzten Wochen den Entlassungsschein bekommen hat, der wird die Frage stellen an die gegenwärtigen Führer des Gewerkschaftsbundes, an die Führer der Koalitionsparteien und an die Führer des VdU, was aus der Produktionssteigerung, für die er sich in jahrelanger Arbeit bei kargem Lohn hingegeben hat, geworden ist. Für ihn kam aus dieser Produktionssteigerung kein anderes Ergebnis heraus als das Schicksal der Arbeitslosigkeit. Otto Bauer hat einmal ein Buch geschrieben „Rationalisierung und Fehlrationalisierung“. Er setzt sich dort mit der Frage auseinander, was volkswirtschaftlich vernünftige Rationalisierung und volkswirtschaftlich untragbare Rationalisierung bedeutet. Er sagt in diesem Buch, es kann vorkommen, daß für den einzelnen Unternehmer eine gewisse Rationalisierung zweckmäßig und nutzbringend sein kann, aber gleichzeitig besteht die Möglichkeit, daß dieselbe Rationalisierung volkswirtschaftlich außerordentlich unrationell und unzweckmäßig sein kann. Ohne mich mit allem zu identifizieren, was Bauer in

diesem Buch geschrieben hat, bedaure ich, daß die Sozialistische Partei vergessen hat, was Bauer gelehrt hat. Manches von dem war zweckmäßig und es wäre gut, wenn Sie sich bei Ihrer Produktivitätspropaganda daran erinnern würden.

Sie haben ein typisches Beispiel der Steigerung der Produktivität in der Pottendorfer Spinnerei. Dort wurden starke Rationalisierungsmaßnahmen durchgeführt, bedeutende Investitionen aufgewendet, die Produktion dieser Spinnerei ist gewaltig angestiegen. Die Modernisierung des Betriebes brachte den Besitzern einen Jahresgewinn von 36½ Millionen Schilling. Die Produktion ist gewaltig gestiegen, gleichzeitig wurde aber ein Abbau der Belegschaft um ein Fünftel durchgeführt. Eine solche Methode der Rationalisierung, der Produktionssteigerung, die die Menschen arbeitslos macht, sie dem Schicksal der Arbeitslosigkeit überantwortet, eine solche Rationalisierung, eine solche Steigerung der Produktivität lehnen die Arbeiter und Angestellten ab. Sie tun gut daran, wenn sie ihren Arbeitsplatz verteidigen, und zwar mit Recht verteidigen.

Es wird immer die Frage aufgeworfen, wer ist eigentlich schuld an der Krise? Wie kommt es, daß nach Jahren des Wiederaufbaues bei sehr gedrückten Löhnen und Gehältern plötzlich der Aufbau in eine Krise mündet? Die erste Ursache für diese Krise ist darin zu suchen, daß die große Masse unseres werktätigen Volkes, welche den Aufbau getätigt hat, von den Früchten des Aufbaues ausgeschlossen wurde dadurch, daß das Realeinkommen der arbeitenden Menschen durch fünf Lohn- und Preisabkommen systematisch gesenkt wurde und daß durch diese Senkung des Reallohnes der Massenkonsum an Bedarfsgütern und Lebensmitteln wesentlich zurückgegangen ist. Das wirkt sich nicht nur auf die Arbeiter und Angestellten, sondern auch auf das Gewerbliche und nicht zuletzt auf die Bauern aus. Herr Abg. Dr. Kaan, wenn Sie der Meinung sind, daß die Altersrentner in der Lage seien mit ihren Renten als Konsumenten von Fleisch und hochwertigen Nahrungsmitteln aufzutreten, würde ich Ihnen raten, schauen Sie sich einmal das Monatsbudget eines Altersrentners an! Dann würden Sie draufkommen, daß er von den angeblich verbilligten Fleischpreisen keinen Vorteil zieht, auf den Lebensstandard eines Suppen- und Kartoffeleßers heruntergedrückt wurde und der Fleischkonsum für ihn nicht oder so gut wie nicht in Betracht kommt. (Abg. Dr. Kaan: „Ich habe aber von allen Rentnern gesprochen!“)

Sie haben die Frage von kostendeckenden Preisen für die Landwirtschaft aufgeworfen. Ja, etwas ist richtig. Der Bauer muß für seine Arbeit einen gerechten Lohn erhalten, er muß einen Preis erzielen können, der es ihm möglich macht, die Produkte, die er erzeugt, auf den Markt zu bringen. Sind denn die Arbeiter und Angestellten schuld daran, daß die Bauern, die mittleren und kleinen Bauern heute zu ge-

drückten Preisen ihre Produkte abgeben müssen? Zwischen den Bauern und den Konsumenten steht eine Schichte, die sich sehr bereichert an der Arbeit des Bauern und ganz zu unrecht die Preise erhöht und sich zu unrecht bereichert an den Preisen, wie sie in der Stadt von den städtischen Konsumenten verlangt werden. Das gilt sowohl für das Fleisch als auch für die Milch, praktisch für den größten Teil der landwirtschaftlichen Produktion.

Abg. Dr. Kaan hat mich in seiner Rede auf das schwerste beschimpft und die Behauptung aufgestellt, die gar nicht stimmt, ich hätte in verschiedenen Landtagssitzungen oder in einer Landtagssitzung mich gegen jeden deutschen Wehrmatsangehörigen gewendet und hätte erklärt, daß alle, die in der deutschen Wehrmacht gedient haben, das war doch der Sinn Ihrer Ausführungen, Kriegsverbrecher seien. Herr Dr. Kaan, wenn Sie das behaupten — und das haben Sie gesagt —, sage ich Ihnen, daß das eine glatte Lüge und eine glatte Erfindung ist und es grenzt an ungeheuerliche Unverschämtheit, zu sagen, daß ich in irgendeinem Zusammenhang jemals ein Wort gegen unsere Kriegsinvaliden gesprochen hätte. Sie haben gesagt, ich hätte kein Recht, über das Schicksal der Kriegsinvaliden zu sprechen. Ich erinnere mich genau an eine Landtagssitzung, wo Sie große Worte über das Soldatentum gesprochen haben.

Ich möchte Ihnen nun ein Beispiel bringen, wie unser oberster Landeschef, der Herr Landeshauptmann, diese Ehrung des Soldatentums auffaßt. Vor mir liegt ein Brief, eine Absage aus der Kanzlei des Herrn Landeshauptmannes, wonach dem Kriegsinvaliden Johann Capelari, der um Verleihung der Österreichischen Staatsbürgerschaft angesucht hat, diese verweigert wurde. Ich werde Ihnen erzählen, wie dies vor sich gegangen ist und daß ich nicht einmal, sondern zehnmal den Landeshauptmann gebeten habe, hier einen selbstverständlichen Akt der Menschlichkeit zu setzen und diesem armen Teufel die Österreichische Staatsbürgerschaft zu geben. Es wurde nichts getan, monatelang, ja jahrelang wurde dieser Fall hinausgezogen, weil man gedacht hat, Johann Capelari steht der Kommunistischen Partei nahe, könnte vielleicht dem österreichischen Staate zur Last fallen und, wenn er die Staatsbürgerschaft erhält, eine Invalidenrente beanspruchen, man müßte ihm einen Arbeitsplatz besorgen. Man hat ihm die Staatsbürgerschaft nicht gegeben und solange gesucht, bis der Landeshauptmann glaubte, einen entsprechenden Grund für sein Verhalten gefunden zu haben. Johann Capelari ist nämlich wegen eines kleinen Wortwechsels mit einem Kriminalbeamten zu einer Geldstrafe von 20 S verurteilt worden. Das war Grund genug, um einen Vorwand zu finden, einem schwer Kriegbeschädigten in diesem Falle das selbstverständliche Recht auf Staatsbürgerschaft zu verweigern. (Landeshauptmann Krainer: „Nach gesetzlichen Gesichtspunkten!“) Wer ist Cape-

lari? Ein junger Mann, noch nicht 30 Jahre alt, ein lediges Kind einer Mutter, die in Marburg geboren ist und von einem Vater, der ein Steirer ist. Er ist in Graz oder Obersteiermark geboren. Dieser Johann Capelari blieb lediges Kind. Er folgte in seiner Staatsbürgerschaft der Staatsbürgerschaft seiner Mutter. Sie war nach 1918 jugoslawische Staatsbürgerin. Johann Capelari wurde bei seinen Großeltern in Leoben aufgezogen, sein Vater hat inzwischen eine andere Frau geheiratet, die Mutter hat ebenfalls geheiratet, Johann Capelari blieb bei seinen Großeltern. Niemand kümmerte sich darum, ob das Kind eine Staatsbürgerschaft hat oder nicht. Im Jahre 1941 wurde er automatisch österreichischer Staatsbürger nach der Okkupation der Untersteiermark durch die Hitler-Truppen und nun beginnt das Schicksal des Johann Capelari eine traurige Form anzunehmen. Er muß einrücken von den Großeltern weg zum Reichsarbeitsdienst. Es währte nicht lange, Hitler brauchte Soldaten im Osten und im Westen und Johann Capelari wurde eingezogen und an die Westfront nach Frankreich geschickt. Dort erlitt er in kurzer Zeit ein furchtbares Schicksal; er erhielt einen Schuß in die Lendengegend und ist an beiden Beinen gelähmt vom Schlachtfeld in Frankreich zurückgekommen. Unterdessen ist das Hitler-Regime zusammengebrochen und Capelari ging wieder nach Leoben zu den Großeltern. Aber bald darauf sind diese gestorben. Er lebte dort in der Wohnung seiner Großeltern und ging nun als Schwerkriegsbeschädigter auf Arbeitssuche. Invalidenrente hat er ja keine bekommen, denn seine Staatsbürgerschaft hatte er inzwischen wieder verloren. Johann Capelari zählt zu jenen Staatenlosen, deren furchtbares Schicksal zwei große Künstler der Weltliteratur beschrieben haben, und zwar Traven im „Totenschiff“ und Zuckmayr in dem Stück, wo der Tischlergeselle Veit den Hauptmann von Köpenick mimte, um sich eine Staatsbürgerschaft zu verschaffen. Der Johann Capelari fand keine Arbeit, denn wohin er auch immer kam, sagte man ihm, „tut uns sehr leid, den, abgesehen davon, daß Sie Kriegsinvalid sind, sind Sie ja auch kein österreichischer Staatsbürger. Wir können Sie daher gar nicht aufnehmen“. So wurde aus dem Johann Capelari ein Dauer-Arbeitsloser ohne Rente und er mußte zur Fürsorge gehen und von dort bekam er nun eine bescheidene Fürsorgerente. Sie wissen ja, wie hoch die Fürsorgerenten bei uns im Lande sind, es waren keine 300 S, die der Johann Capelari da erhielt. Der Bursch ist sonst gesund und arbeitsfähig, er möchte auch gerne arbeiten, er ist ein aufgeweckter Kerl, der sich von seiner Verwundung nicht so niederdrücken läßt, daß er jede Hoffnung und jeden Willen zum Leben aufgeben würde, im Gegenteil, er will arbeiten, aber er kann nicht arbeiten, solange er nicht die österreichische Staatsbürgerschaft besitzt. Ich habe mich intensivst dafür eingesetzt, daß der Herr Landeshauptmann von seinem Recht Gebrauch macht, diesem Johann Capelari die Staatsbürgerschaft zu geben. Ich

habe den Herrn Landeshauptmann wiederholt darum gebeten, ich habe ihm das Schicksal dieses armen jungen Mannes vor Augen geführt, aber der Herr Landeshauptmann hat in dieser Sache ein hartes Herz, denn er urteilt hier absichtlich nicht nach menschlichen Gesichtspunkten, sondern nach Parteigesichtspunkten. Wir haben hier in diesem Hause das letztmal schon gehört, wie man Staatsbürgerschaftsangelegenheiten im Lande Steiermark behandelt. Meine Herren von der ÖVP, der Capelari hat kein Geld und kann daher für die Staatsbürgerschaft nichts bezahlen, er hat ja nur diese kleine Fürsorgerente, die ist nicht hoch nach den Bestimmungen unserer Fürsorgeordnung. Und Johann Capelari hat auch keine vermögenden Eltern, sein Vater ist ein Arbeiter, der zwei Kinder zu ernähren hat und zu dem Sie jetzt schon als Fürsorgeverband kommen und sagen: „Mein Lieber, Du bist ja der Vater des Johann Capelari, Du mußt uns alle Monate, von dem, was wir Johann Capelari zahlen, 100 S zurückgeben, denn Du hast hier Unterhaltspflichten“. Aber ich sage Ihnen, wenn in einem solchen Fall jemand Unterhaltspflichten hat, so ist es das ganze Volk, so ist es der Staat, der dafür aufzukommen hat, daß diese armen Opfer des Krieges eine ausreichende Rente bekommen. Und es ist unsere Pflicht, dafür einzutreten, daß solche Akte der Unmenschlichkeit, wie sie hier der Herr Landeshauptmann gesetzt hat, aus der Welt geschafft werden. Erst dann, meine Herren, haben Sie ein Recht darauf, von Soldatentum und von der Ehre des Soldaten zu sprechen, dann haben Sie erst ein Recht darauf, an Gedenktagen große Worte zu sprechen, wenn Sie bereit sind, an Werktagen den Opfern des Krieges Gerechtigkeit angedeihen zu lassen.

Landesrat **Prirsch**: Hohes Haus! Darf ich in der Angelegenheit des Wohnbauförderungsfonds folgendes feststellen: Es ist richtig, daß meine Abteilung bei der Erstellung des Voranschlages für den Landes-Wohnbauförderungsfonds 20 Millionen Schilling vorgesehen hat. Es ist ebenso richtig, daß der Herr Landesfinanzreferent sich veranlaßt gesehen hat, diesen Betrag auf 13 Millionen zu senken. Es war meiner Fraktion völlig klar, daß mit 13 Millionen Schilling das Auslangen für diesen Wohnbauförderungsfonds in keiner Weise gefunden werden kann, vor allem deshalb, weil rund 500 Ansuchen noch aus dem Jahre 1952 in das Jahr 1953 mit hinüber genommen werden müssen. Es war ebenso klar, daß, wenn neue Ansuchen entgegengenommen werden, eine große Menge neuer derartiger Ansuchen kommen würden. Und wir haben uns deshalb schon, bevor der Antrag noch in der Regierung gestellt wurde, festgelegt gehabt, daß wir über diese 20 Millionen Schilling nach Möglichkeit hinausgehen werden. Es ist deshalb nicht so, daß diese 30 Millionen Schilling von vornherein nur auf sozialistisches Konto gebucht werden könnten. Ich glaube, wir sind, und das ist mehrmals zum Ausdruck gekommen, alle einer Auffassung, daß

für diesen Zweck nie zu viel getan werden kann.

Es ist auch richtig, daß wir diesen Wohnbauförderungsfonds im Jahre 1949 das erste Mal im Budget vorgesehen hatten, also zu einer Zeit, als der VdU, glaube ich, an diese Sache noch nicht allzu stark gedacht hat. Wir haben damals begonnen mit einer Million Schilling und konnten in den letzten Jahren die Beträge für diesen Wohnbauförderungsfonds immer mehr erhöhen. Ich bin der Überzeugung, daß wir, wenn wir die einzelnen Ansuchen, die da sind, und die noch kommen werden, im Jahre 1953 aufrecht erledigen wollen, daß wir nicht in der Lage sein werden, von diesen 30 Millionen Schilling allzuviel für die Gemeinden oder für die Genossenschaften abzuzweigen. Ich bezweifle gar nicht, daß der Wohnhausbau sowohl durch die Gemeinden als auch durch die Genossenschaften nützlich, notwendig und zweckmäßig ist. Wir haben ja auch eine Million Schilling von diesem Wohnbauförderungsfonds schon gebunden für Eigenheimbauten, die von den Heimatvertriebenen vorgenommen werden sollen. Der Finanzausschuß war sich in dieser Frage völlig einig.

Es hat der Herr Bürgermeister Dr. Speck mit Recht angeführt, daß es gelungen ist, in diesem Budget die Bedürfnisse der Landwirtschaft wenigstens zum Teil zu befriedigen. Ich muß schon sagen, als ich den ersten gedruckten Entwurf des Budgets gesehen habe, hat mich ein leiser Schauer überrieselt, denn die Ansätze für die Landwirtschaft waren sehr arg gekürzt. Es ist doch gelungen, im Laufe der Verhandlungen hier die Lage wesentlich zu verbessern. Es ist vor allem in der Regierung schon gelungen, diese Post: Sicherung der Seßhaftmachung von Landarbeitern, Pächtern und Kleinbauern von 600.000 S auf 2 Millionen Schilling zu erhöhen. Ich bin der Überzeugung, wenn es uns nicht in der Regierung gelungen wäre, diese Post in der Höhe schon durchzusetzen, so würde es bei den späteren Verhandlungen infolge des dünnen Polsters, der zur Verfügung stand, und der großen Wünsche, die aufgetaucht sind, wohl kaum möglich gewesen sein, diesen so dringenden und notwendigen Titel in dieser Höhe hineinzubringen. Es ist auch gelungen, die Mittel für die Landarbeiterkammer noch etwas nach oben hin zu verbessern. Ich glaube, daß die neugewählte Kammer, die demnächst ihre Konstituierung erfahren wird, diese Mittel für die Seßhaftmachung, für den Bau von Eigenheimen sehr notwendig braucht.

Wenn ich noch etwas zur gleichen Frage sagen darf, die vom Herrn Bürgermeister Dr. Speck angeschnitten wurde, dann folgendes: Es ist richtig, die Landwirtschaft hat mit dieser herabgesetzten Konsummilch keine Freude. Deshalb sind die Vertreter der Landwirtschaft, vor allem Minister Thoma, seit langer Zeit bemüht, in Wien eine Regelung zu treffen, die eine wirklich vollwertige Milch dem Konsum zuführt. Diese Regelung konnte bisher nicht durchgesetzt werden, weil nicht nur die Fett-

lücke, sondern auch die Preislücke eine gewisse Rolle gespielt hat. Aber ich glaube, daß wir mit Beginn des kommenden Frühjahres soweit sind, daß wir auch diesem Wunsch, ich betone berechtigten Wunsch unserer Konsumentenschaft nachkommen werden können. Es wird notwendig sein, daß auf beiden Seiten Einsicht und Verständnis herrscht.

Wenn ich des weiteren zum Kapitel „Landwirtschaft“ und den Ausführungen darüber noch einiges erwähnen darf, muß ich sagen, daß Abg. Kandutsch sich wirklich in dieser Hinsicht als weißer Rabe des VdU entpuppt hat. Er hat vernünftige Worte für die steirische Landwirtschaft gefunden. Es ist richtig, daß man in den letzten Jahren es der Landwirtschaft vielfach unmöglich gemacht hat, sich jene Anschaffungen und Einrichtungen zurechtzulegen, die eine größere oder richtig, eine noch größere Produktion ermöglicht hätten. Ich muß mich hier wirklich zu dem Grundsatz bekennen, der mir unlängst bei einer Verhandlung zum schweren Vorwurf gemacht worden ist. Es ist mir gesagt worden, wenn es nach mir ginge, würden nur Düngerstätten gebaut werden. So ist es nicht. Ich darf erwähnen, daß letzten Endes auf meine Anregung der Wohnbauförderungsfonds und noch manche andere Maßnahme, die die Zustimmung des Hohen Landtages gefunden hat, durchgeführt wurde. Ich muß schon sagen, daß die Düngerstätte in der Landwirtschaft eine notwendige und wertvolle Einrichtung ist und ich muß sagen, daß man, wenn man produktionsfördernd wirken will, man hier eigentlich viel mehr Mittel zur Verfügung haben müßte. Ich muß aber ganz entschieden den wenn auch leisen Vorwurf des Herrn Bürgermeisters Dr. Speck zurückweisen, daß die steirische Landwirtschaft rückständig sei, rückständig durch ihre eigene Schuld, wenn ich das so aufzufassen glaube. Ich darf hinweisen, daß sich die steirische und österreichische Landwirtschaft in den letzten Jahren unter den schwierigsten Verhältnissen und den ungünstigsten Preisen bemüht hat, den Anforderungen, die man an sie gestellt hat, weitgehend gerecht zu werden. Ja, ich möchte darauf hinweisen, daß die Arbeitsproduktivität noch niemals so groß war, als sie jetzt in der Landwirtschaft ist. Ich möchte mit Nachdruck feststellen, daß die Arbeitsanforderungen auch in unseren mittleren und kleinen Betrieben, die Arbeitsanforderungen, die an eine Bauernfamilie gestellt werden, ungeheuer groß sind und daß diese Arbeitslast für den Bestand der bäuerlichen Familie eine wesentliche Gefahr bildet, eine ernstliche Gefahr. Es wird notwendig sein, diese Frage, dieses ganze Problem der Landwirtschaft, der österreichischen Landwirtschaft, in ein richtiges Verhältnis zu den anderen Wirtschaftszweigen zu bringen. Dieses große und wichtige Problem werden wir nicht hier lösen können, aber es wird notwendig sein — und je früher, desto besser —, daß sich alle Verantwortlichen und alle Einsichtsvollen auf der Konsumenten- und Produzentenseite möglichst bald zusammensetzen, um hier die rich-

tige wirtschaftliche Harmonie, den richtigen Zusammenklang zu finden zum Wohle beider Teile, zum Wohle der Allgemeinheit.

Hoher Landtag! Eine große Rolle hat auch die Frage der Jugend in den heutigen Ausführungen gespielt. Ich muß sagen, die Jugend richtig zu beschäftigen oder der Jugend den Weg in die Zukunft zu zeigen, das ist heute wirklich ein Jammer. Der Jugend die Berufsausübung zu ermöglichen, der Jugend in ihrem Streben den richtigen Sinn zu geben, das sind Fragen, mit denen sich der Steiermärkische Landtag, mit denen man sich aber auch auf der Bundesebene mit allem Nachdruck wird beschäftigen müssen. Es wäre nichts gefährlicher, als wenn große Massen unserer Jugendlichen deshalb scheitern würden, weil sie keine Arbeit, keinen Lehrplatz finden können. Ich bin überzeugt, daß der Weg, den der Steirische Landtag hier beschritten hat, vor allem auch für die Mädchen durch die Ausbildung in der Hauswirtschaft, ein äußerst wertvoller Weg war. Ich bedauere es außerordentlich, daß die Mittel, die Frau Landesrat Matzner verwaltet, um die Hälfte gekürzt worden sind. Ich bin überzeugt, daß, wenn für diesen Zweck mehr Mittel gebraucht werden, es auf keiner Seite einen ernstlichen Widerstand geben wird. Ich bin auch der Überzeugung, daß man in dieser Frage nur gemeinsam etwas leisten kann, daß manches, was heute noch bestritten und abgelehnt wird, in Zukunft vielleicht als der gemeinsame richtige Weg angesehen wird. Ich habe ja ersucht, gerade für diesen Fragenkomplex ein eigenes Kuratorium aus Landesregierungsmitgliedern zu bilden. Ich bin mit diesem Ersuchen leider nicht durchgedrungen.

Hoher Landtag! Nicht minder wichtig — diese Frage muß jeden interessieren in Österreich, ob er nun in der Stadt oder auf dem Lande lebt und wirkt — ist die Frage der Arbeitslosigkeit. Die Bekämpfung dieser Arbeitslosigkeit setzt nach meiner Auffassung voraus, daß wir alle versuchen, die wirklichen Tatsachen zu erkennen. Das, was der Herr Abg. Kandutsch hier gesagt hat, daß der Export hier einer der wesentlichsten Auswege aus diesem Dilemma ist, das ist auch meine Auffassung. Ich glaube, daß eine gewisse Konsumsteigerung, die in jedermanns Interesse ist, selbstverständlich auch Abhilfe schaffen könnte. Ich möchte darauf hinweisen, daß gerade eine Konsumsteigerung auch vielen Bedürfnissen der Landwirtschaft entsprechen würde. Ich kann mir lebhaft vorstellen, daß in den nächsten Jahren — um nur einen Sektor zu nennen — einige tausend Bauarbeiter und Bauhilfsarbeiter deshalb schwer Arbeit finden werden, weil uns die 700 Millionen Schilling ERP-Mittel für Investitionen in der Landwirtschaft fehlen und daß gerade deshalb am flachen Lande die Arbeitslosigkeit unter Umständen zu einer großen Schwierigkeit führen wird. Aber das ist nur ein Sektor, u. zw. ein sehr kleiner Sektor, denn die Landwirtschaft hat bei weitem nicht jene ERP-Mittel bekom-

men, wie man oft so landläufig meinen möchte. Der Anteil der Landwirtschaft an den ERP-Mitteln war verhältnismäßig sehr klein, wenn ich hier sehe, daß von rund 9½ Milliarden Schilling für den industriellen Wiederaufbau mehr als 4 Milliarden Schilling gegeben wurden, ferner für den Ausbau der Wasserkräfte rund 1½ Milliarden Schilling, für die Eisen- und Stahlindustrie 822 Millionen Schilling, für die Papierindustrie 533 Millionen Schilling, für die Bundesbahnen rund 800 Millionen Schilling und für die Landwirtschaft 787 Millionen Schilling. Sehr geehrte Damen und Herren, man kann also bei Gott nicht sagen, daß die Landwirtschaft mit ERP-Mitteln überfüttert worden sei. Es wird also notwendig sein, daß man auf diese Dinge auch Rücksicht nimmt.

Wenn ich den von Herrn Abg. Kandutsch geprägten Ausdruck wiederhole, wonach eine „Verdorfung Österreichs“ zu befürchten sei, so glaube ich, kann man das nicht ernst nehmen. Er hat dies auch mehr im Hinblick auf den Kultursektor gemeint, ansonsten müßte es ja unser Bestreben sein — und das würde meines Erachtens auch die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit weitgehend fördern —, daß möglichst viele Menschen am Lande draußen wohnen und arbeiten. Und hier darf ich hinweisen auf die unberechtigte Klage des Herrn Bürgermeisters Dr. Speck, nämlich, daß der Zuzug zur Stadt, daß die Landflucht nicht nur die Nicht-Selbständigen am Land erfaßt hat, sondern weitgehend auch schon die Besitzerfamilien selbst. Hohes Haus! Es ist eben das Bestreben des Menschen, dorthin zu ziehen, wo es ihm besser geht. Dieser Zug zur Stadt, trotz der Gefahr des Hungers, wie es in den letzten Jahren war, trotz der Sorge um den Arbeitsplatz, dieser Zug und Drang zur Stadt ergibt sich aus der Auffassung der besseren Lebensverhältnisse in der Stadt. Ich muß auch das ganz offen hier in diesem Hohen Haus sagen, daß diese Landflucht manchmal auch aus politischen Gründen unterstützt worden ist. Ich glaube, man wird das heute nicht mehr tun, weil sich die Arbeiterschaft und ihre Vertretung dagegen wehrt — mit Recht übrigens —, in der Sorge, um den noch in Arbeit Stehenden die Arbeitsplätze zu erhalten.

Hohes Haus! Es hat der Herr Abg. Pölzl sehr viel von Neutralität gesprochen. Ich fürchte, er glaubt selbst nicht an diese Neutralität. Ich bin im Gegenteil der festen Überzeugung, daß ein wirklich waschechter Kommunist gar nicht neutral sein kann und gar nicht neutral sein darf. (Rufe: „Jawohl!“) (Landesrat Dr. Illig: „Sonst wird er gesäubert!“) Schauen Sie, ohne Zweifel steht das für uns fest, daß wir uns alle in Österreich, ob in der Stadt oder auf dem Lande, nur eines wünschen, nämlich den Frieden, den Frieden für uns alle und daß uns alle von auswärts, die noch hier sind aus dem Jahr 1945, in Frieden verlassen mögen, denn wir würden sie gerne alle in Frieden von dannen ziehen lassen, die von links und die von rechts.

Hohes Haus! Ich glaube also wirklich, dieses Bekenntnis zur Neutralität anzweifeln zu dürfen. Es kann ja gar nicht anders sein so knapp vor den Wahlen, aber verschiedene prominente Redner haben sich heute nicht nur in der politischen Wahrsagerei, sondern auch in der Sterndeuterei geübt. Überlassen wir das der Bevölkerung, überlassen wir es der steirischen Bevölkerung und ich bin überzeugt, daß unsere Wähler klug genug sein werden, um sich richtig zu entscheiden. Ich bin überzeugt, daß sie keine jener Parteien wählen werden, die vor jeder Wahl ihren Namen ändern müssen. (Rufe: „Sehr richtig!“) Ich bin überzeugt, daß das zu unsicher ist, weil die heutige Zeit von uns allen Festigkeit, Haltung und Liebe zur Heimat verlangt. (Beifall und Bravorufe bei ÖVP.)

Abg. Ebner: Hohes Haus! Es wurde in der heutigen Debatte bereits erwähnt, daß die Sicherheit der Ernährung eine Notwendigkeit erster Kategorie darstellt. Somit hat die Landwirtschaft eine ganz außergewöhnlich vordringliche Aufgabe zu erfüllen. Es steht der Landwirtschaft aber noch eine wichtige Aufgabe zu erfüllen bevor und diese hat sie jahrzehnte- oder jahrhundertlang bereits erfüllt, u. zw. in volkspolitischer Hinsicht als ein Jungbrunnen des gesamten Volkes. Diese zwei Aufgaben allein schon sind hinreichend dafür, daß die Grundlagen dieses Berufsstandes unter allen Umständen und für alle Zukunft gesichert sein müssen. Herr Bürgermeister Dr. Speck hat sich heute in seiner vorsichtigen, gewählten Art dahin ausgedrückt, daß große Summen für die Landwirtschaft im Budget für 1953 aufscheinen. Diese Summen sind, zugegeben, nicht klein, wenn sie auch bei weitem nicht hinreichen, um diesen bedeutenden Stand für die Zukunft erhalten zu können. Wollte man das erreichen, müßte ein Vielfaches von dieser Summe im Voranschlag aufscheinen. Ich will der Hoffnung Ausdruck verleihen, daß das wirklich ernstlich beabsichtigt wird. Mich und alle meine bäuerlichen Kollegen in diesem Hohen Hause hat es zutiefst beeindruckt und wir haben es bedauert, feststellen zu müssen, daß das Kapitel „Landwirtschaft“ am meisten dem Rotstift verfallen war. Soll in der Zukunft dieser Berufsstand und ganz besonders die Bergbauernschaft, welche innerhalb des bäuerlichen Berufsstandes am meisten zu kämpfen hat, erhalten werden können und gedeihen, müssen die Dotierungen wesentlich höher werden. Wichtig ist aber, daß sofort jeder einzelne Funktionär und Volksvertreter aus sich heraus bemüht ist, diesem Berufsstande für seine von ihm erzeugten Produkte jene Preise zuzubilligen, die ihm ein Leben ermöglichen. (Beifall bei ÖVP.)

Landesrat Horvatek: Hohes Haus! Es scheint doch notwendig, daß auch der Finanzreferent in der Generaldebatte das Wort nimmt. Schon die Ausführungen des Herrn Landesrates Dr. Illig gaben dazu Anlaß. Er hat das neckische

Wort Pikanterie gebraucht. Es sei sonderbar, daß ich die Ansätze des nicht zum Gesetze erhobenen Bundesvoranschlages genommen habe, um die Einnahmen, die das Land Steiermark aus den geteilten Bundesabgaben erhält, festzulegen. Das hat mit Pikanterie nichts zu tun. Das einzige Ministerium, das über statistische Unterlagen für die Vorausschau, welche Einnahmen zu erwarten sind, verfügt, ist das Finanzministerium. Es gibt keine andere Stelle, die glaubwürdigere Mitteilungen bringen könnte, als der Bundesfinanzminister.

Bei den Finanzverhandlungen ist darauf hingewiesen worden, daß bei vorsichtiger Abschätzung die Einnahmen der einzelnen geteilten Bundesabgaben diese oder jene Höhe erreicht wird und wieviel hievon auf die einzelnen Bundesländer entfällt. Es war naheliegend, daß ich diese Ansätze ins Budget aufgenommen habe. Ich stelle fest, daß Landesrat Dr. Illig bei den Beratungen früherer Landesvoranschläge diese Ziffern des Bundesfinanzministeriums, das immer von einem Kollegen seiner Couleur geleitet wurde, nie angezweifelt hat; er konnte eine gewisse Hoffnung haben, weil wir wissen, daß der Schilling eine leise Abwärtsbewegung genommen hat. Nachdem nun Finanzminister Dr. Kamitz erklärt hat, das erste Interesse gelte der Stabilität des Schilling und Dr. Illig diese Auffassung teilt, müßte er gerechter Weise anerkennen, daß ich jene Ansätze aufnehme, die vom ÖVP-Bundes-Finanzminister uns zur Kenntnis gebracht wurden. Aber selbst, wenn ich dem Herrn Finanzminister nicht vollen Glauben schenkte, könnte ich es nicht wagen, an seinen Ziffern irgendwelche Änderungen vorzunehmen. Mir stehen ja keine Unterlagen zur Verfügung.

An einem einzigen Beispiel, der veranlagten Einkommensteuer, konnte ich feststellen, daß diese Einnahmen zweifellos richtig sind. Es steht mir zur Verfügung die Übersicht über die Einnahmen im Lande Steiermark für die ersten 11 Monate an veranlagter Einkommensteuer. Ein Vergleich mit der Lohnsteuer zeigt, daß der Ansatz für die Lohnsteuer 1949, für die veranlagte Einkommensteuer 150,6 Millionen Schilling war. Das ist das Verhältnis 4 : 3. Der Bundesminister für Finanzen hat nun nicht das Verhältnis 4 : 3 für 1953 angenommen, sondern das Verhältnis 4 : 2½, vermutlich deshalb, weil die Verteilung der Lohnsteuer nach der Bevölkerungszahl zu einem anderen Schlüssel für Steiermark führt als die veranlagte Einkommensteuer, die nach dem Aufkommen verteilt wird. Infolgedessen ist meine Annahme, daß diese Zahlen richtig sind, weder pikant noch interessant, sondern der einzige Weg, den die Landesfinanzreferenten gehen können, wenn sie ein geordnetes und glaubwürdiges Budget erstellen wollen.

Landesrat Dr. Illig hat seine kleine unfreundliche Polemik dazu benützt, einen Generalangriff gegen den Finanzreferenten zu starten, er hat mich der Vorschubleistung beschul-

digt. Ist es denn ein Verbrechen oder wird es als solches geahndet? Er beschuldigt mich der Vorschubleistung, die Selbständigkeit der Länder zu unterhöheln und Vertreter des Zentralismus zu sein, obwohl ich in meiner Partei als einer der Föderalisten gelte. Also kann das nicht stimmen. Praktisch sind die Dinge so: Wir haben im Jahre 1945 in Bezug auf die Finanzgesetzgebung nicht anschließen können an die Zeit vor dem 12. März 1938, weil durch die Reichsverwaltung eine vollkommene Verschiebung im Besteuerungsrecht eingetreten war. Ich habe das hier wiederholt dargelegt, daß ein Teil der Landesabgaben an die Gemeinden gegeben wurde und die übrigen dem Lande gegebenen Abgaben vom Reiche inkameriert wurden. Der Gau war nur Verwaltungskörper. Er hatte keine Gesetzesfunktionen, hatte nur Verwaltungshandlungen zu bestellen mit Vorrechten ausgestattet aus dem Reiche. Bei der Frage, welche Neuordnung erfolgen sollte, ist bei eingehender Prüfung der Sachlage festgestellt worden, daß die Gemeinden so weitgehende Aufgaben übernommen haben, daß man ihnen jene Abgaben, die sie seinerzeit innehatten, nicht mehr wegnehmen konnte. Es mußte ein Ausgleich kommen. Dieser wurde dadurch getroffen, daß den Ländern die Landesumlage zuerkannt wurde, bestimmte Anteile an den geteilten Bundesabgaben zugesichert wurden und die Länder kategorisch vom ersten Tage an eigene Steuern verlangt haben, vor allem die Landeselektrizitätsabgabe, die jahrlang im Mittelpunkt der Forderungen gestanden ist. Diese Forderung wurde aber von den Ministerien, u. zw. vom Handelsministerium, vom Finanzministerium und vom seinerzeitigen Ministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, also von drei Ministerien, die alle in ÖVP-Händen waren, abgelehnt und es wurde die Landes-Elektrizitätsabgabe nie zur Wirklichkeit. Nun mich zu beschuldigen, ich leiste dem zu weit gehenden Zentralismus Vorschub (Landeshauptmann Krainer: „Er meint das nicht persönlich, sondern nur parteimäßig.“) — ich weiß, daß Sie das nicht persönlich meinen, denn dazu ist Herr Landesrat Dr. Illig ein viel zu höflicher Mann, als daß er das persönlich meinen würde —, damit wird immer wieder der Eindruck erweckt, es sei eine alleinige Schuld der SPÖ-Finanzreferenten, deren es ja nur drei in Österreich gibt. (Zwischenruf: „Vier.“) Das ist unrichtig! Ich stelle weiters fest, daß der Kampf um eine selbständige Landesabgabe weitergeführt wird und daß die Finanzreferenten gerade bei einer Tagung hier in Graz weitgehende Entschlüsse gefaßt haben, weil ihnen diese Forderung nicht erfüllt wurde.

Andererseits, wer hat denn neuerlich ein erhöhtes Notopfer von den Ländern verlangt? War das vielleicht der Herr Minister Waldbrunner? (Landesrat Prirsch: „Nein, der hat es nur verbraucht!“ — Heiterkeit) oder Minister Maisel? Wer war denn das? Es

war der Finanzminister Dr. Kamitz. Er hat das Beispiel seines Vorgängers, des Herrn ÖVP-Ministers Margaretha, weiter fortgesetzt. Das Notopfer war eine Erfindung des Herrn Finanzministers Dr. Zimmermann, von dem man erklärt hat, er sei ein Beamtenminister. Aber bei allen jenen Veranstaltungen, die man als reine ÖVP-Veranstaltungen bezeichnen könnte, ist immer der Minister Dr. Zimmermann aufgetreten und man muß sagen, daß er stärker zu Ihrer Partei tendiert hat, aber Minister Margaretha ist doch wirklich Fleisch von Ihrem Fleisch gewesen und die Idee des Notopfers ist bei Ihnen geboren worden. Und wenn Sie jetzt gegen das Notopfer auftreten — ich bin übrigens auch dagegen — dann bitte ich, einen Appell an Ihre Bundesparteileitung zu richten, an Ihren Abgeordneten-Klub, um so auf Ihre Partei einen entsprechenden Druck auszuüben, daß endlich der Raubzug — der von Ihnen als solcher bezeichnet wird — beseitigt wird. Aber ich muß nur noch die Frage stellen — ich bin zwar hier nicht ex-offo-Verteidiger von Dr. Kamitz —, ob es wirklich ein Raubzug ist. Das Bundesverfassungsgesetz über die Regelung der finanziellen Verhältnisse zwischen dem Bund und den übrigen Gebietskörperschaften stammt aus dem Jahre 1948 und hat heute noch seine volle Gültigkeit. Es heißt hier im § 3: „Die Bundesgesetzgebung regelt die Verteilung der Besteuerungsrechte und Abgabenerträge zwischen dem Bund und den Ländern (Gemeinden) und kann außerdem diesen Gebietskörperschaften aus allgemeinen Bundesmitteln Finanzzuweisungen für ihren Verwaltungsaufwand überhaupt und Zuschüsse für bestimmte Zwecke gewähren.“ Es ist also Aufgabe der Bundesgesetzgebung, diese Dinge zu entscheiden und die Finanzreferenten sind keine hier unmittelbar Agierenden. Wir können zwar mit dem Bundesminister für Finanzen verhandeln, wie auch die Vertreter des Städte- und Gemeindebundes, aber letzten Endes entscheidet der Nationalrat, was zu geschehen hat. Es heißt weiter im § 4 des gleichen Finanzverfassungsgesetzes: „Die in den §§ 2 und 3 vorgesehene Regelung hat in Übereinstimmung mit der Verteilung der Lasten der öffentlichen Verwaltung zu erfolgen und darauf Bedacht zu nehmen, daß die Grenzen der Leistungsfähigkeit der beteiligten Gebietskörperschaften nicht überschritten werden.“ Gestützt auf diesen § 4 erklärt der Bundesfinanzminister, es seien diese und jene außerordentlichen Ereignisse eingetreten, die zu einer stärkeren Belastung der Bundesfinanzen geführt haben, als sie damals, da das Finanzausgleichsgesetz geschaffen wurde, war und er sei daher gezwungen, zu verlangen, daß ihm die nachgeordneten Gebietskörperschaften einen Teil ihrer Einnahmen zur Verfügung stellen. Es waren wiederholt Umstände, die nicht zu bestreiten waren. Nur über die Höhe dessen, was der Bundesfinanzminister, gestützt auf dieses Gesetz, fordern konnte, wurde ein Kampf aus-

getragen und in diesem Kampf — das darf ich für mich persönlich in Anspruch nehmen — war ich einer der zähesten Verteidiger der Interessen der Länder und Gemeinden. Ich will nur daran erinnern, daß ich an dem Tag, als wir zu den entscheidenden Verhandlungen zum Herrn Bundesfinanzminister gekommen sind, erfahren habe, daß Landeshauptmann Dr. Gleißner schon in einem Interview, das in der Zeitung wiedergegeben war, gesagt habe, es sei ausgeschlossen, daß die Länder unter 200 Millionen herauskommen. Ich habe bei der letzten Landtagssitzung, in der ich das Budget eingeleitet habe, darauf hingewiesen, daß das Gerücht umgegangen sei, die Herren Landeshauptleute hätten sich schon mit einem Aderlaß von 220 Millionen abgefunden. Den Finanzreferenten, die Sie also beschuldigen, dem Zentralismus zu huldigen, ist es gelungen, trotz dieser sagen wir offiziellen Nachrichten, die da herumgegangen sind, zu erreichen, daß der Aderlaß nicht 220 Millionen, sondern nur 175 Millionen betragen hat, immerhin ein beachtenswertes Ergebnis. Aber im Grunde hat Herr Landesrat Dr. Illig absolut Recht, wenn er sagt, das sei eine einmalige Angelegenheit, sie könne nicht zum Prinzip werden und er verlange — ich habe das übrigens auch verlangt, als über den Finanzausgleich gesprochen wurde — daß das Notopfer ein Notopfer sei und daher allmählich wieder zu verschwinden habe.

Allerdings, einen Einfluß auf die gesamte finanzielle Entwicklung im Bundesgebiet haben wir hier in Steiermark nicht. Ich gebe zu, daß vielleicht auch das Budgetprovisorium nach mancher Richtung anders gestaltet werden könnte, aber das ist nicht unsere Angelegenheit. Unsere Angelegenheit ist, das Landesbudget zu beschließen und unsere Wünsche nach oben weiterzugeben. Ich glaube nicht — und das will ich hier noch einmal sagen —, daß, wenn wir von der verbundenen Steuerwirtschaft abkommen würden und das Land wieder auf eigene, souveräne Abgaben, angewiesen wäre, wir dann, wenn es dem Band schlecht ginge, bei unseren vollen Schüsseln sitzen könnten. Die Bundesgesetzgebung steht immer über der Landesgesetzgebung, sie hat die Kompetenz der Kompetenz, sie würde daher, wenn der Bund in Not ist, schon jene Wege finden, um den Ländern das, was sie glauben, ihnen wegnehmen zu können, wegnehmen, um den Bund auf die Beine zu helfen. Man soll also, wenn man einen prinzipiellen Standpunkt vertritt, den ich absolut begreife, doch die Dinge nicht in einem Licht erscheinen lassen, das den Blick trübt. Ich habe das klarstellen müssen, damit hier nicht eine falsche Legende Platz greift.

Nun komme ich auf eine zweite Frage zu sprechen, das ist die Frage des Wohnbauförderungsfonds. Wenn jemand einen guten Gedanken geäußert hat, war immer entscheidend, wie man sich zu dem guten Gedanken gestellt hat. Der Wohnbauförderungsfonds ist ein Nachfolger des Ausfallsbürgschaftsgesetzes des Lan-

des. Das erstere hatte den Wiederaufbau der bombenzerstörten Heimstätten einzuleiten. Als das Bundes-Wohnhauswiederaufbaugesetz kam, war das überflüssig geworden, aber der Bedarf nach neuen Wohnungen war nach wie vor groß. Da ist Herr Landesrat Prirsch gekommen und hat geäußert, man müsse etwas tun und da haben wir den Gedanken sofort bejaht und es kann nicht angezweifelt werden, daß ich als Finanzreferent im Budget immer gebührend Rücksicht darauf genommen habe. Ich selbst war es, der vor wenigen Monaten sagte, wir müssen schauen, daß wir wenigstens 20 Millionen Schilling hineinbringen. Ich bin durch die Tatsache der Einnahmekürzung, die von bundeswegen erfolgt ist, überall auf die Ansätze des Jahres 1952 zurückgegangen und mußte außerdem noch Kürzungen vornehmen. Beim Wohnhauswiederaufbaufonds war es so, daß im Voranschlag 1952 10½ Millionen Schilling enthalten sind. Ich hätte also richtigerweise nur 10,5 Millionen einsetzen dürfen. Weil aber ein Resolutionsantrag hier im Landtag angenommen wurde, daß, wenn möglich, noch zusätzlich Mittel für diesen Zweck bereit gestellt werden sollen, hat die Landesregierung im Laufe der Zeit beschlossen, eine weitere Million und später noch weitere 2 Millionen freizustellen durch Mehreinnahmen. Es waren also in Wirklichkeit im Jahre 1952 13½ Millionen Schilling zur Verfügung. Ich habe also nicht 10,5 Millionen Schilling für den Voranschlag 1953 eingesetzt, sondern 13,5 Millionen Schilling, womit bewiesen ist, daß ich den vollen Ansatz des Jahres 1952 plus 3 Millionen eingesetzt habe. Zu erklären, daß 20 Millionen Schilling eingesetzt werden, ging natürlich nicht. Ich habe nirgends die Ansätze, die von mir verlangt wurden, einsetzen können, sonst hätte ich einen Abgang von 199,7 Millionen Schilling gehabt. Hier müßte man mehr tun, wurde gesagt und es wurde Aufgabe der Regierung, des Finanz- und Budgetausschusses und in letzter Linie des Landtages sein, zu bestimmen, wo erhöht werden muß. Diese Aufgabe hat der Finanzausschuß erfüllt, die Beträge wurden entsprechend erhöht. Also wieder der Versuch... (Landesrat Dr. Illig: „Haben Sie nicht gewußt, daß Ihre Leute das verlangen werden?“) Wir haben die erste Klub-sitzung einen oder zwei Tage vor der Regierungssitzung gehabt. Entschuldigen Sie, wenn ich sage: Wie der Schelm ist, so denkt er von anderen. Sie nehmen an, daß ich das Budget machte im Hinblick auf meine Fraktion. Landeshauptmannstellvertreter Machold haben Sie etwas anderes erzählt. Sie haben selbst gehört seine Empörung, daß ich sein Kapitel so weit zurückgestrichen habe. Wollen Sie nicht glauben, daß nur Sie ernst reden und bei uns so dahergeredet wird!

Als Finanzreferent habe ich die Pflicht, alle Interessen im Rahmen des Möglichen zu wahren und das ich das getan habe, ist vom Herrn Bürgermeister Dr. Speck klargestellt worden. Beim Straßenbau habe ich die ungekürzten An-

sätze des Jahres 1952 eingesetzt, weil ich mir gesagt habe, der Straßenbau ist wichtig, so wichtig wie der Wohnungsbau. Ich kann unter die Ansätze des Jahres 1952 nicht heruntergehen. Das waren die zwei Ausnahmen. Ansonst habe ich die Ansätze unter 1952 gekürzt. Es wurde ja einiges, nachdem sich herausgestellt hat, daß noch Mittel zur Verfügung waren, geändert. Ich bitte also nach der Richtung um keine falsche Legendenbildung.

Endlich ist da der entschiedene Versuch, uns mit einer Schuld zu beladen, die nicht da ist, den Anschein zu erwecken, als ob wir gegen den Ausbau der Stromversorgungseinrichtungen wären. Die Frage des Ausbaues von Hieflau, des Ennswassers, das aus dem Gesäuse strömt, ist alt, die Frage, wie man die Sache finanzieren kann, ist neu und noch nicht gelöst. Vorerst hat die Steweag erklärt, müsse man Vorarbeiten machen. Damals haben wir erklärt, soweit es gehe, solle sie die machen. Damit ist begonnen worden, es sind aber noch Gelder notwendig. Die Regierung hat zusätzlich 4 Millionen Schilling als Darlehen gegeben. Wir konnten nicht mehr machen. Nun ist aber die Frage, wie weiter? Die Finanzierungspläne, die uns vorgelegt wurden, sind alle zum Teil das Ergebnis einer reichen Phantasie. Wenn der Bau 260 Millionen Schilling kostet, und zwar die erste Stufe, so muß man feststellen, daß wir das viele Geld nie zur Verfügung stellen können. Man kann einen solchen Bau nicht 10 Jahre hinziehen, weil dann der Endverlust zu groß ist, weil das Werk zu teuer wäre. Es muß zügig fortgebaut werden. Woher aber das Geld? 120 Millionen Schilling hat das Land aufzubringen, im ersten Jahre 30 Millionen, im zweiten 40, im dritten 50 Millionen. Sehr schön, habe ich dem Herrn Generaldirektor Tanzer gesagt, so einfach ist es aber nicht, daß man die Überschüsse des Landes zu Gunsten der Steweag wegsteuert. Das ist eine reine Angelegenheit des Landtages und keine Angelegenheit des Vorstandes der Steweag. Es ist ja auch noch die Frage, ob nicht die Steweag aus ihrem Investitionsprogramm einen Teil ersparen könnte. Meine diesbezügliche Erklärung wurde, als nicht ganz ernst gemeint, mit Entrüstung zurückgewiesen. Man sagte mir, wenn die Investitionen nicht im vollen Ausmaß erfolgten, so sei die Stromversorgung nicht gewährleistet. Wenn man einige Millionen herausparen kann, dann war das erste Programm aufgeblasen, sonst könnte man Ersparungen nicht machen. Noch mehr aber könnte erspart werden, wenn es ein Investitionsbegünstigungsgesetz für die Elektrizitätswirtschaft gäbe. Dieses Gesetz soll im Entwurf die Ministerialbeamten beschäftigen, von diesem Entwurf bis zur positiven Verabschiedung im Nationalrate wird aber einige Zeit vergehen. Das Gesetz muß da sein, daß gewisse Beträge für den Bau freigestellt werden können. Drittens sei es möglich, von der internationalen Anleihe den Betrag für den Bau abzuzweigen. Es wird mich freuen und ich bin der erste, der diese Anleihe begrüßen wird, noch haben wir sie aber

nicht, wir haben nicht einmal die Zusicherung und die letzte Frage, ob durch eine eigene Anleihe im Lande Steiermark etwa 65 Millionen Schilling aufgebracht werden können, hängt davon ab, ob nicht der Bund selbst mit einer Anleihe herauskommen wird. Alle diese Vorhaben sind ernstlich beabsichtigt, heute aber noch nicht verwirklicht.

Der Standpunkt unserer Partei ist der: Wir sind vom ersten Tage an für das Projekt gewesen, aber öffentliche Mittel in dem Ausmaße sollen erst zugesprochen werden und das Land kann zu zusätzlichen Leistungen durch mehrere Jahre nur dann verhalten werden, wenn der Finanzierungsplan gesichert ist. Man kann schwimmen lernen, wenn man ins Wasser geworfen wird, kann aber auch dabei ertrinken, wenn man nicht rechtzeitig herausgezogen wird. Der Bau wäre ein Abenteuer, wenn seine Finanzierung nicht gesichert ist. Das könnte dazu führen, daß bedeutende Mittel des Landes für diesen Zweck gebunden werden, ohne schließlich eine Auswertung zu finden. So steht die SPÖ auf dem Standpunkte, daß wir, haben wir erst den Finanzierungsplan gesichert, eifrig mitwirken wollen, im Lande so viel Mittel zu ersparen, damit es seinerseits die notwendigen Leistungen erbringen kann. Ohne diesen Finanzierungsplan betrachten wir die ganze Sache als ein Abenteuer, dessen Ausgang unsicher wäre. (Landesrat Dr. Illig: „Das ist jedenfalls der offizielle Grund auf Ihrer Seite!“)

Ich möchte noch zu den Ausführungen des Abg. Strohmaier Stellung nehmen, der mir im Hohen Hause zum Vorwurf gemacht hat, daß ich dem Antrag des VdU bezüglich der Subventionierung des Kriegsversehrtenverbandes nicht Rechnung getragen habe.

Ich muß den Herrn Abg. Strohmaier, wie schon einmal, ersuchen, wenn er einen Antrag vorbringt, zuerst die gesetzlichen Grundlagen zu prüfen. Wir haben ein Gesetz vom 20. Juli 1950 über die Einhebung eines Zuschlages zur Lustbarkeitsabgabe der Gemeinden zu Gunsten der Kriegsopfer. Es ist dies das Lustbarkeitsabgabezuschlagsgesetz 1950. Es heißt hier im § 2: „Das Erträgnis des Zuschlages fließt zur Hälfte dem Kriegsopferverband Steiermark zu, über die Verwendung der anderen Hälfte des Erträgnisses entscheidet die Landesregierung nach Anhören dieses Verbandes.“ Wir haben also diese Mittel, die wir durch diesen Zuschlag bekommen, gebunden zu verwenden und wir werden uns in der Regierung keinesfalls veranlaßt sehen, wenn begründet Bedenken beim Kriegsopferverband gegen die Verwendung dieser zweiten Hälfte der Mittel bestehen, diese Mittel freizugeben. Es ist also ein Wunsch gewesen, der in der Form, wie er vorgebracht wurde, nicht erfüllt werden konnte.

Nun komme ich zur Frage des Finanzausgleiches zurück. Es wurde uns hier ein Vorwurf von Herrn Abg. Pölzl und ich glaube, auch von Herrn Abg. Kandutsch gemacht; es handelt sich hier also um eine seltene Einmütigkeit. Die Finanz-

ausgleichsverhandlungen sind die Verhandlungen, die der Herr Bundesfinanzminister mit den Landesfinanzreferenten, zum Teil auch mit den Landeshauptleuten, mit den Vertretern des Städtebundes und des Gemeindebundes führt. Man ist gewöhnlich in Zeitnot. Denn gewöhnlich kommt es so spät zu den Verhandlungen, daß bis zum Einbringungstermin, an dem der Voranschlag durch den zuständigen Bundesfinanzminister, nachdem er von der Bundesregierung genehmigt ist, im Haus einzubringen ist, nur wenig Zeit ist. (Abg. Pölzl: „Da hat er Euch überrumpelt!“) Es sind also für die Verhandlungen nicht Monate zur Verfügung, sondern nur Wochen und manchmal nur wenige Wochen. Bei diesen Verhandlungen hat nun, wenn die Länder, die Städte und Gemeinden nicht bereit wären, zu einem Ergebnis zu gelangen, der Bundesfinanzminister eine Waffe, indem er sagt, „wozu brauche ich überhaupt verhandeln, nach dem Finanzverfassungsgesetz ist die Bundesgesetzgebung zuständig, ich werde daher mit dem Nationalrat schon einig werden.“ Wir haben aber größtes Interesse daran, daß wir bei den Verhandlungen nicht nur gehört werden, sondern uns auch durchsetzen. Wir wünschen unter keinen Umständen, daß die Bundesgesetzgebung allein darüber entscheidet, denn wir würden uns dadurch von einem Lebensgebiet der Länder und Gemeinden ausschalten. Das ist auch der Grund, weshalb wir ernstlich zu prüfen haben, ob Wünsche des Finanzministers berechtigt sind und inwieweit sie das sind. Es kann unmöglich an solchen Verhandlungen die gesamte Bundesregierung teilnehmen und die Vertreter des Nationalrates ebenso wenig, wie die der ganzen Landtage und der ganzen Landesregierung, sondern immer nur die Zuständigen. (Landesrat Dr. Illig: „Sie lassen sich nicht gern etwas dareinreden!“) Herr Landesrat, in diesem Fall zuständig sind die Landeshauptleute und ressortmäßig die Landesfinanzreferenten. Wir sind daher bei den Verhandlungen angewiesen darauf, daß wir, wenn die Verhandlungen unterbrochen werden, darüber sofort der Regierung berichten. Das ist in allen Fällen geschehen. Es haben die Finanzreferenten der Gemeinden ihren Stadträten oder Gemeindevorständen berichtet und die Landesfinanzreferenten der Landesregierung. Es sind nur drei Parteien vertreten gewesen. Ich kann mich nicht erinnern, daß der Antrag gestellt worden wäre, wir müßten die Einberufung des Landtages verlangen zur Berichterstattung an diesen. Kein einziger hat das verlangt. Ich habe es nicht für notwendig befunden, weil ich weiß, daß wir dadurch nur erreichen würden, daß wir dieses Finanzausgleichsgesetz nicht bekämen und dann, ohne zu wissen, wie es im nächsten Jahr aussieht, in eine Budgetsituation kämen, die nur ein Budgetprovisorium möglich gemacht hätte. Zu den Verhandlungen hat mir Herr Landeshauptmann Krainer eine Marschroute mitgegeben und er wird mir zugestehen, daß ich weit mehr erreicht habe, als er gehofft

hat, erreichen zu können. (Landeshauptmann Krainer: „Also geteilte Schuld,! Das ist ja immer so!“) Das ist eine Tatsache. Sie haben wiederholt den Wunsch geäußert, mit dabei zu sein und der Herr Landeshauptmann hat sie bereits zweimal mit seiner Vertretung beauftragt. (Landesrat Dr. Illig: „Einmal!“) Und Sie können sicher nicht behaupten, Herr Landesrat, daß wir nicht wirklich für die Interessen der Länder fochten. Aber es ist so: Genau so wie ich nicht delegiert werden kann für Kultur- und Gewerbeangelegenheiten, die Sie betreffen, ist es ungewöhnlich, daß der Finanzreferent durch jemand anderen vertreten sein soll. Das ist die mir gestellte Aufgabe, die ich pflichtgemäß erfülle. Ich glaube also nicht, daß wegen der Frage des Notopfers ein Erfolg eingetreten wäre, wenn der Landtag zusammengetreten wäre. Jedenfalls ist das möglichste geschehen und die Finanzreferenten aller Länder ohne Unterschied werden sich bemühen, wenn es die Lage des Bundes irgendwie zuläßt, dafür zu sorgen, das Notopfer wieder beseitigen zu helfen.

Nun noch folgendes: Ich bin angegriffen worden, obwohl ich es gar nicht so nennen will, denn Herr Landesrat Pirrsch hat so nett gesagt, es sei ihm ein leiser Schauer über den Rücken gelaufen, wie er den Voranschlag bezüglich der Gruppe 7 „Landwirtschaft“ gesehen hätte. Bei der Gruppe 7 sind ebensolche Kürzungen notwendig gewesen wie bei allen übrigen Kapiteln. Und gerade hier sind die Kürzungen mit Ausnahme der Landwirtschaftsschulen und -betriebe nur durch die Abteilung 8 erfolgt und ich habe daran gar nichts geändert. Nicht einen Schilling habe ich daran geändert! Wohl habe ich bei den Schulbetrieben eine Reihe von sogenannten einmaligen Ausgaben, von denen ich geglaubt habe, sie streichen zu müssen, gestrichen, wobei ich das bei dem Kapitel des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Machold genau so gemacht habe, sogar in weitaus höherem Ausmaß. Es ist ein großer Teil dieser Kürzungen durch die heroische Haltung der Mitglieder des Finanz- und Budgetausschusses und der Regierung, die die Landwirtschaft zu vertreten hat, wieder wettgemacht worden, aber auch diese Haltung hat nicht dazu führen können, daß alles wiederhergestellt wurde, weil eben die Mittel fehlten. Wir hören überall: „Sparen, sparen, sparen!“ Das Ideal des Herrn Abg. Ebner, daß die Landwirtschaft in der Zukunft zwei- bis dreimal mehr bekommen kann als jetzt, ist wirklich nur ein Ideal. Das Aufgabengebiet des Landes ist ein so weitverzweigtes und die Bedürfnisse, die an uns herangetragen werden, sind so vielfältig, daß nur versucht werden kann, nach möglichst rechtem Maßstab jedem das zu geben, wessen er bedarf. Und wenn es nicht immer völlig reicht, wollen Sie, bitte, weder den Finanzreferenten noch sonst jemand dafür schuldig sprechen, sondern lediglich die Tatsache, daß wir hier in Österreich im Wechselspiel der Kräfte eben ab-

hängig sind von Prosperität oder ihrem Gegenteil.

Der Herr Abg. Kandutsch hat richtig gesagt, daß der Korea-Krieg einen Scheinaufschwung in Österreich bewirkt hat, weil ein ungeheurer Hunger nach Bedarfsgütern vorhanden war wegen der notwendigen Vorkehrungen, die der Korea-Krieg hervorgerufen hat. Diese Zeit ist vorüber und wir müssen uns durch gute und preiswerte Waren einen sicheren Absatz im Ausland erst sichern. Herr Abg. Pölzl, niemand in Österreich hat sich dagegen ausgesprochen, mit dem Osten Handel zu treiben. (Abg. Pölzl: „Ein widerlegtes Märchen!“) Aber eines steht fest: Seit Jahren ist es so, daß wohl wir unsere Handelsverpflichtungen einhalten, aber unsere Partner im Osten nicht. Ferner, daß wir zum Teil unbrauchbare und schlechte Ware bekommen, daß die Ware zum Teil über Nacht ungerechtfertigt verteuert wurde, wie zum Beispiel bei der Steinkohle aus dem polnischen und tschechischen Gebiet und daß schließlich ein Teil der Lieferung, die unser Staat leistete, nicht bezahlt wurde, so daß wir Guthaben im Osten haben und diese nicht einbringen können. Es hilft einmal nichts. Handel ist Gegenseitigkeit und man muß von jedem Partner dieselben realen Voraussetzungen erwarten. Wenn er sie erfüllt, wird der Handel blühen, erfüllt er sie nicht, wird der Handel verdorren. Aber eines darf ich doch noch sagen. Sie haben in großen Tönen geredet, Herr Abgeordneter. Wenn Sie uns so herrlich den Osten schildern, muß ich die Frage stellen: Ist es notwendig, daß sich der Osten mit einem eisernen Vorhang umgibt zu dem Zwecke, daß kein Staatsbürger hinaus und keiner hinein kann? (Abg. Pölzl: „Den habt Ihr herabgelassen!“) Kann es in einem solchen Lande Freiheit und Freizügigkeit geben, wenn es sich so schützen muß? Fürchtet dieser Block, daß das, was sich im Westen tut, aufklärend für die Völker des Ostens wäre, weshalb ein Einblick unmöglich gemacht wird? Ich habe Artikel gelesen und Bilder gesehen, daß in Sowjetrußland ein Kindergarten, ein Schülerhort eröffnet oder in der Landwirtschaft ein besonderer Erfolg erzielt wurde. Das sind doch keine besonderen Dinge. Sie sind bei uns längst zur Selbstverständlichkeit geworden. Wir sind nicht um eine Nasenlänge, sondern um wesentlich mehr den Verhältnissen im Osten voraus. Wir freuen uns darüber, wenn es dort vorwärts geht, aber eines steht fest, solange diese Stacheldrahtverhaue sind, Wachtürme stehen, solange Menschen, die dort heraus wollen, mit einem schrecklichen Tode rechnen müssen, weil sie zerrissen werden, oder wenn sie in die russisch besetzte Zone kommen, befürchten müssen, zurückgeschickt zu werden, glauben wir weder an die Freiheit, noch an friedliche Absichten. Wenn man den Frieden will, muß man Beweise erbringen. Bisher hörten wir von der kommunistischen Welt stets ein „Njet“. Solange das „Njet“ erschallt, glauben wir weder an friedliche Absichten, noch daran, daß drüben Freiheit besteht und müssen daher immer

wieder die Forderung erheben, zuerst mögen jene, die so schön reden, beweisen, daß sie es gut mit uns meinen.

Zuerst sollen sie den Österreichern Zistersdorf zurückgeben, die USIA-Betriebe auflösen, die getarnten USIA-Verkaufsstellen schließen, kurz und gut alles tun, daß Österreich seine Naturschätze wieder selbst heben kann und die Steuern ordnungsgemäß an den Staat bezahlt werden. Wir sind zu arm, daß wir zuschauen können, wie wir ausgebeutet werden. Wenn Sie Reden halten, die Verhältnisse aber wirklich nicht so sind, dann sagen Sie Ihre Reden zum Fenster hinaus, sie entsprechen weder den Tatsachen, noch ihrem eigenen Wissen und ihrer Überzeugung. (Anhaltender Beifall bei SPÖ.)

Landeshauptmann Krainer: Hoher Landtag! Es könnte doch vielleicht in 10 Jahren in den Landtagsprotokollen jemand nachsehen und dort finden, daß ein Invalidler um seine Staatsbürgerschaft gerungen und sie nicht bekommen hat, nur weil ein hartherziger Landeshauptmann in dem Lande gewählt wurde.

Deshalb muß ich den Fall richtigstellen. Es hat ja Abg. Pölzl selbst schon zugegeben, daß dieser Herr Capelari von der Verwaltungsbehörde abgestraft wurde, und zwar deshalb, weil er an Ausschreitungen aus Anlaß einer VdU-Versammlung sich beteiligt hat und von der Polizei angehalten wurde. Er hat dann auch eine Verwaltungsstrafe wegen seines Verhaltens bekommen. Capelari hat in einem Zeitpunkte an diesen Ausschreitungen teilgenommen, als er um die Staatsbürgerschaft angesucht hat. Voraussetzung, gesetzliche und moralische Voraussetzung für die Erlangung einer Staatsbürgerschaft ist es aber, daß der sich um sie Bewerbende die Gewähr bietet, ein ordentlicher Staatsbürger zu werden und daß er sich nicht unter die Radaumacher und Aufwiegler gesellt. Capelari hat, trotzdem er invalid und ein fast unter Tränen geschilderter armer Mensch ist, sich an Ausschreitungen beteiligt. Es kann ein solcher Ausländer nicht erwarten, Angehöriger der österreichischen Republik zu werden.

Wir haben bei den Einbürgerungen nicht nach der politischen Einstellung gesehen, wie hier behauptet wurde, wir sehen darauf, ob der Bewerber sich den österreichischen Gesetzen unterzuordnen weiß oder nicht. Capelari zählt nicht zu jenen, die die Gewähr bieten, daß sie Anhänger unseres demokratischen Staatswesens sein wollen und deshalb würde ihm die Staatsbürgerschaft versagt. (Beifall, Zustimmungsrufe bei ÖVP.)

Abg. Pölzl: Hohes Haus! Der Herr Landesfinanzreferent hat sich sehr abfällig über die Möglichkeiten des Osthandels geäußert. Er hat die alte Walze wiederholt, der Osten sei nicht lieferfähig oder nicht lieferwillig oder halte seine Verträge nicht ein, alles Sachen, die wir schon zur Genüge gehört haben und deren

Stichhältigkeit längst überprüft wurde. (Abg. K a n d u t s c h: „Wer hat überprüft?“) Es wurde festgestellt, daß es sich hierbei um nichts anderes handelt, als um die alte antisowjetische, antivolksdemokratische Propaganda. Aber diese Propaganda gibt keinem österreichischen Arbeiter und Angestellten Arbeitsmöglichkeiten und Verdienst und sie läßt auch die Tatsache Tatsache sein, die darin besteht, daß soundsoviele Länder der Erde mit der Sowjetunion, mit den Ländern der Volksdemokratien einen sehr erfolgreichen und ersprießlichen Handel betreiben. Ich verweise beispielsweise auf Finnland. Das ist ein Land, dessen Außenhandelsbilanz außerordentlich günstig steht, ein Land, das einen entfalteten Außenhandel mit der Sowjetunion hat und sehr gut fährt dabei. (Abg. W e g a r t: „Schämen Sie sich, daß Sie Finnland überhaupt zu nennen wagen!“) Das sagen nicht nur die finnischen Kommunisten und Sozialisten, sondern auch die bürgerlichen Parteien Finnlands.

Aber diese Tatsache liegt ja offenkundig zutage. Heute ist es so, daß die konservative Schweiz mit Hilfe österreichischer Halbfabrikate und Rohstoffe einen erfolgreichen Außenhandel mit den Volksdemokratien entwickelt und uns dort bereits mit unseren Rohstoffen und Halbfabrikaten eine wirkungsvolle Konkurrenz macht. Es hat doch keinen Zweck, an diesen Dingen herumzureden, wo wir doch genau wissen, daß wir in kurzer Zeit auf eine Entfaltung des Außenhandels absolut angewiesen sein werden. Täuschen Sie sich nicht, die Russen werden den sozialen Aufbau durchführen können, auch ohne Österreich. Und die Volksdemokratien werden ihren Weg zum Sozialismus auch ohne Österreich machen. Aber es ist eine große Frage, ob die österreichische Wirtschaft auf den Export nach dem Osten verzichten kann. Und wenn Teile der österreichischen Bourgeoisie und wenn die sozialistische Führung glaubt, auf diesen Außenhandel verzichten zu können, im Auftrage der Amerikaner, so werden sie erfahren, daß die österreichischen Arbeiter und Angestellten, daß das werktätige Volk in Österreich halt ja auf diesen Außenhandel ansteht.

Der Herr Landeshauptmann Krainer versucht, seinen Akt der Unmenschlichkeit gegen den Kriegsinvaliden Johann Capelari zu verteidigen, ist aber schlecht weggekommen dabei. Was sind die Tatsachen? Capelari hat eine Verwaltungsstrafe erhalten von 20 S. Warum? Er war in einer VdU-Versammlung und er als Kriegsinvalider, er als ein Opfer der nationalsozialistischen Politik in Österreich, ist in Erregung geraten über das, was der VdU-Redner dort gesagt hat und er hat als Kriegsinvalider seiner Empörung darüber Ausdruck verliehen, daß es heute in Österreich eine profaschistische Partei gibt, die womöglich die Verhältnisse der Hitler-Zeit wieder herstellen möchte. Ist es nicht ein elementares Recht dieses Kriegsinvaliden, der seine Gesundheit im Krieg gelassen hat (Abg. K a n d u t s c h: „Da waren Sie vorsichtiger,

nicht?“), der lahm aus diesem Krieg zurückgekommen ist, gegen die Kriegshetzer von heute aufzutreten. Ein Kriminalbeamter hat ihn zur Ruhe gemahnt, der Mann war begreiflich erregt, es kam zu einem kleinen Wortwechsel mit dem Kriminalbeamten. Hätte es sich um eine ernste Widersetzlichkeit gegen einen Kriminalbeamten, gegen das Auge des Gesetzes gehandelt, so hätte man Capelari gewiß den Prozeß gemacht. Aber so war die ganze Sache mit 20 S abgetan. Und das bildet für den Herrn Landeshauptmann den Anlaß, nämlich einen gesuchten und willkommenen Anlaß, einen jungen Schwerekriegsbeschädigten sein elementarstes Recht, das natürliche Recht auf die österreichische Staatsbürgerschaft, zu verweigern. Der Capelari hat doch österreichische Schulen besucht, er ist in Leoben aufgewachsen, er hat nur das Unglück, ein lediges Kind zu sein, aber das gesunde und natürliche Rechtsempfinden müßte doch jedem Verantwortlichen in unserem Lande sagen, das ist ja nur ein Fall der Gerechtigkeit, diesem Mann die Staatsbürgerschaft zu geben. Aber beim Herrn Landeshauptmann scheint es mit dem natürlichen Rechtsempfinden nicht sehr gut bestellt zu sein. Er steht auch heute noch auf den Standpunkt, es bestände zurecht, daß man Capelari die Staatsbürgerschaft verweigert. Herr Landeshauptmann, wenn ich mich daran machen und untersuchen würde, wem alles Sie in den letzten Jahren die Staatsbürgerschaft gegeben haben, so werden bestimmt viele von jenen, denen Sie die Staatsbürgerschaft gegeben haben, ausgesprochene Feinde Österreichs und des österreichischen Volkes sein (Abg. W e g a r t: „Sie wollen doch nicht sagen, daß Sie kein Staatsfeind sind!“) und wenn ich untersuchen würde, wie viele davon schon im Kriminal geendet haben, dann würden Sie staunen, zu welchen Ergebnissen ich kommen würde. Und ich sage noch einmal, der Landtag hätte allen Grund dazu, den Herrn Landeshauptmann aufzufordern, diesen Akt des Unrechtes gutzumachen und dem schwerekriegsbeschädigten Johann Capelari die Staatsbürgerschaft zu geben.

Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Das Schlußwort hat der Hauptberichterstatter.

Hauptberichterstatter: Es ist nichts Grundsätzliches gegen den Voranschlag vorgebracht worden. Alle Redner der politischen Parteien haben erklärt, daß sie dem Voranschlag zustimmen werden. Ich beantrage, die Generaldebatte für abgeschlossen zu erklären und in die Spezialdebatte einzugehen.

Präsident: Sie haben den Antrag des Hauptberichterstatters gehört und ich ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschickt.) Der Antrag ist angenommen.

Wie in den vergangenen Jahren ist beabsichtigt, in der Spezialdebatte zuerst den ordentlichen Landesvoranschlag, und zwar jede der

9 Gruppen gesondert zu behandeln, dann die Beratungen über den außerordentlichen Landesvoranschlag, die Sondervoranschläge, den Dienspostenplan und die Beschlußanträge des Finanzausschusses durchzuführen und zuletzt in die Beratung über den Gesetzestext einzugehen. Wird gegen diesen Vorschlag ein Einwand erhoben? Es ist dies nicht der Fall. Ich werde demnach in diesem Sinne vorgehen.

Wir beginnen mit der Gruppe 0 „Landtag und Allgemeine Verwaltung“. Berichterstatter ist Abg. Dr. Allitsch, dem ich das Wort erteile.

Berichterstatter Abg. Dr. Allitsch: Hoher Landtag! In der Gruppe 0 des ordentlichen Landesvoranschlages sind die Ansätze der Landesregierung, des Landtages, des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung der Agrarbezirksbehörde, der Bezirkshauptmannschaften und verschiedener anderer personeller Gruppen enthalten. Bei dem ursprünglichen Entwurf sind auf der Einnahmenseite 8,647.000 S und auf der Ausgabenseite 100,797.100 S ausgewiesen. Durch die Beratungen im Finanzausschuß sind nach einstimmiger Annahme folgende Posten einer Änderung zugeführt worden. Der Kraftfahrbetrieb der Landesregierung 01.42 erfuhr eine Verminderung von 40.000 S, der Kraftfahrbetrieb des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung eine solche von 68.000 S, die Kraftfahrzeuginstandhaltung in diesen Ämtern eine Minderung von 33.000 S. Außerdem wurde an Kosten der Lebensmittelbewirtschaftung der Betrag von 130.000 S eingespart und zusätzlich beim Kraftfahrbetrieb der Bezirkshauptmannschaften ein Betrag von 50.700 S und bei der Instandsetzung von Kraftfahrzeugen ein Betrag von 40.500 S. Es ergibt dies eine Einsparung von zusammen 362.200 S. An Zuwendungen wurde die Post 021,14 als solche neu geschaffen, und zwar ist hier ein Betrag von 100.000 S ausgewiesen, der für die Schulung der Landesbediensteten vorgesehen ist und den Zweck hat, denjenigen, die Prüfungen in den Gruppen A, B oder C abzulegen haben, durch Abhaltung von Kursen eine außerordentliche und wesentliche Unterstützung zur Vervollständigung ihrer Kenntnisse zuzugestehen. Im großen und ganzen hat die Gruppe 0 eine Verminderung von 258.600 S erfahren und sie weist somit die Höhe von 100,538.500 S aus.

Ich bitte die Mitglieder des Hohen Hauses, der Gruppe 0 die Zustimmung zu geben.

Abg. Stöffler: Unsere Fraktion hat während der Beratungen im Finanzausschuß den Antrag gestellt, die Autokosten zu untersuchen und schließlich auch durchgesetzt, daß auf diesem Gebiet Einsparungen durch Revidierung der Ansätze erfolgt sind. Man hat uns, als wir diesen Antrag stellten, mehr oder minder den Vorwurf gemacht, wir würden hier in demagogischer Weise wegen der sogenannten Dienstautos einen Vorstoß machen, fest steht aber,

daß auf dem Gebiet des Autofahrens sicherlich manches einzusparen ist und bei verschiedenen Anlässen es vermieden werden kann, daß jedes Auto immer nur einen Herrn zu dieser Veranstaltung bringt. Zweifellos ist es möglich, durch eine sinnvollere Einteilung der Fahrgäste hier Einsparungen durchzuführen und es ist erfreulich, daß sich diese Einsparung auf das gesamte Gebiet der Landesverwaltung, inklusive der Landesregierungsmitglieder, mit Ausnahme der technischen Fahrzeuge, erstreckt. Jedenfalls zeigen die verminderten Ansätze, daß die von uns gestellten Anträge bei eingehender Prüfung wirkliche Ersparungen erhoffen lassen und es ist nun der Zukunft überlassen, die entsprechenden Maßnahmen zu treffen, damit die Einsparungen auch wirklich erfolgen.

Abg. Hegenbarth: Hoher Landtag! Die heutige Debatte, die man so gewissermaßen als einen Grabgesang der jetzigen Landtagsperiode bezeichnen kann und die sich bisher, abgesehen von den üblichen Entgleisungen des Herrn Abg. Pözl durchaus in anständigen Formen bewegt hat, läßt gewisse Hoffnungen in Bezug auf den kommenden Wahlkampf zu. Ich glaube, daß die Parteien des Hohen Hauses sich darüber einig sind, diesen kommenden Wahlkampf möglichst sachlich und fair zu führen. Dieser Wahlkampf wird die Bewährungsprobe für unsere Demokratie darstellen und ich glaube, es wird und muß sich erweisen, daß es möglich ist, diese Wahlschlacht anständig durchzukämpfen, ohne die Ehre des politischen Gegners in den Kot zu schleifen.

Bei den meisten Referaten des heutigen Tages hat immer wieder die Meinung durchgeklungen, daß es nicht innerösterreichische Einflüsse allein sind, die Schuld tragen an den wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten, denen wir uns gegenübersehen und es ist ja auch wirklich so und wir sehen ja, wie besonders in der österreichischen Ostzone sich jeder Unternehmer geradezu hütet, größere Investitionen zu machen aus dem einfachen Grunde, weil man sich sagt: Wir wissen bei dieser unsicheren politischen Lage nicht, ob wir eines Tages überhaupt noch Herren im eigenen Betriebe sein werden. Es ist überaus erfreulich, daß Landesrat Dr. Illig heute geradezu das Signal gegeben hat zu einem passiven Widerstand gegen die Besatzungsmächte überhaupt. Ein großer deutscher Dichter hat einmal gesagt: „Die Freiheit wird nicht geschenkt, sie muß erkämpft werden.“ Es sind nunmehr fast 8 Jahre her, als die russische Armee unter Marschall Tolbuchin die österreichische Grenze überschritten hat und in der Verlautbarung, die Tolbuchin erlassen hat, hieß es: Wir kommen nach Österreich nicht, um Österreich zu besetzen, sondern um die Nazi zu vertreiben. Diese waren schnell vertrieben, auch Tolbuchin hat das Land verlassen, aber seine Soldaten sind dageblieben. Es ist schon so, daß jeder wirtschaftliche Aufschwung eines Landes unzertrennbar verbunden ist mit gewissen politischen Sicherheiten und es ist ohne

weiteres glaubhaft, daß wir immer wieder mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben werden, solange Österreich nicht innen- und außenpolitisch wenigstens einigermaßen auf einer festen Grundlage steht.

Im Jahre 1945 ging es noch einigermaßen. Da standen 4 Besatzungsmächte unter dem Einfluß der politischen Flitterwochen von Potsdam und Jalta. Aber diese Flitterwochen waren bald vorüber und das Kind Austria erstaunte, wie sich die 4 demokratischen Erzieher gegenseitig in die Haare gerieten und sich alle möglichen Lumpereien vorwarfen und jeder Pädagoge weiß, daß es für die Erziehung eines Kindes sehr nachteilig ist, wenn die Kinder Tag für Tag den Streit und den Zank ihrer politischen Erzieher miterleben müssen. Ich glaube, daß ein Volk, wie das österreichische, mit seiner vielhundertjährigen politischen und staatsbildenden Tradition es nicht notwendig hat, sich von kirgisischen Schafhirten oder Negerkorporalen über die Demokratie belehren zu lassen. Hoher Landtag! Wenn diese 4 ungebetenen Gäste, die sich hier so häuslich eingerichtet haben, zu uns kommen als Wintersportler oder Sommergäste mit devisenschweren Brieftaschen, so sollen sie uns herzlich willkommen sein und wir werden keinen Unterschied machen, ob einer aus Liverpool, Baltimore oder Wladiwostok kommt. Als demokratische Erzieher und politische Fronvögte lehnen wir entschieden alle vier ab. Die Freunde des Abg. Pölzl haben sich heute schon zurechtgelegt, in dunkler Nachtstunde, zu einer Zeit, in der anständige Menschen im Bett liegen, mit Farbtöpfen und Pinsel durch die nächtlichen Gassen zu schleichen und auf die Mauern zu schmieren: Tomy und Amy, go home, also eine Aufforderung an die westlichen Alliierten, das Land zu verlassen. Wir sind der Meinung, daß die westlichen Alliierten in unserem Lande nichts verloren haben, aber Ihr guten Österreicher müßtet hinzusetzen: Iwan auch dabei, dawei! Ich glaube, daß im Herzen eines jeden Österreichers den 4 Besatzungsmächten gegenüber nur eine einzige Auffassung, nur eine einzige Meinung gelten kann und diese muß lauten: „Ob Iwan, Tomy, Amy, gleich! Hinaus mit Euch aus Österreich! Österreich den Österreichern!“ (Lebhafter Beifall, Bravorufe.)

Abg. Wegart: Hoher Landtag! Ich möchte gegenüber dem Abgeordneten Pölzl nur eine Feststellung treffen. Er hat erklärt, wir seien für die Amerikaner die Bauern, die auf den Schachbrett hin- und hergeschoben werden. Dazu sagen wir: Lieber ein amerikanischer Bauer als ein russischer Slansky! Mehr wäre diesem Vergleich nicht anzufügen.

Zur Gruppe 0 steht ein Kapitel zur Debatte, daß die Frage der Beamtengehälter behandelt. Wenn wir die Indexziffern zur Hand nehmen, so können wir feststellen, daß gegenwärtig der Hilfsarbeiter einen Index von 864 aufweist, der Facharbeiter von 623, der Angestellte zwischen 300 und 400, während die öffentlichen Bedien-

steten einen Index von 370 aufweisen. Die wirtschaftliche und soziale Situation bei den öffentlichen Bediensteten schreit energisch nach einer Abhilfe. Man kann nicht auf die Dauer von den Beamten die besten Leistungen verlangen, ohne ihnen hierfür den gerechten Gehalt und den gerechten Lohn zu geben. Ich würde gerne diesbezüglich eine Aufklärung von Herrn Landesrat Matzner oder von Herrn Abg. Wurm des Österreichischen Gewerkschaftsbundes bekommen, aus welchen Gründen der Österreichische Gewerkschaftsbund bei allen fünf Lohn- und Preispakten ständig gerade die öffentlichen Bediensteten nicht berücksichtigt hat. Es sind ja auch diese Fragen bei Tagungen des Österreichischen Gewerkschaftsbundes zur Debatte gestanden. Es ist jedenfalls in dem ganzen großen Topf nur die eine Gruppe der öffentlichen Bediensteten nicht berücksichtigt worden, gerade diese Gruppe, bei der die soziale Situation am schlechtesten ist. Die Forderung unserer Fraktion muß darin liegen, gerade den öffentlichen Bediensteten jene Löhne und Gehälter zu geben, die ihren Leistungen in dieser schweren Zeit entsprechen. Sie haben, das kann mit Genugtuung festgestellt werden, in den letzten 7 Jahren, also gerade in der schwierigsten Zeit, wertvolle und ausgezeichnete Arbeit geleistet und in ihr liegt viel von dem gemeinsamen Fortschritt in der Steiermark begründet. Ihnen dafür einen gerechten Lohn zu geben, ist mit einer der Forderungen unserer Fraktion zu diesem Kapitel. (Beifall.)

Landesrat Dr. Elsnitz: Meine Damen und Herren! Ich möchte in wenigen Zügen nur ein Aufgabengebiet steifen, das in keiner Weise in das politische Gebiet fällt, und zwar im Zusammenhang mit dem Abschnitt 09 und der Post 70 „Förderungsbeiträge für das Österreichische Schwarze Kreuz“.

Wie dem Hohenhaus durch den Antrag unserer Fraktion im Finanzausschuß bekannt geworden ist, haben wir darum gebeten, den präliminierten Betrag von 6400 S um 3600 S auf 10.000 S zu erhöhen und dadurch dem Österreichischen Schwarzen Kreuz die Möglichkeit zu geben, seine charitative und in jeder Richtung unpolitische Arbeit für die Gefallenen unserer Heimat durchzuführen. Es dürfte Ihnen, meine Damen und Herren, bekannt sein, daß im Jahre 1919, kurz nach Beendigung des ersten Weltkrieges, das „Österreichische Schwarze Kreuz“ gegründet, im Jahre 1938 aufgelöst wurde und im Jahre 1946 wieder auferstanden ist. Das „Schwarze Kreuz“ betreut im Augenblick über 58.000 Kriegsgräber, rund 290 Kriegerfriedhöfe und Kriegsgräberparzellen. Es wendet jährlich rund 600.000 S zur Erhaltung dieser Gräber und Parzellen auf und hat in den vergangenen Jahren von 1946 bis 1952 3,378.000 S für die Erfüllung seiner Aufgaben bereits aufgewendet. Es scheint mir daher als dem zuständigen Referenten für das Kriegsgräberwesen nur recht und billig, daß der Hohe Landtag einmütig unserem Erhöhungsantrag zugestimmt hat.